

Diese Agrarinvestitionskredite sind ja weit zu hoch, das kann keiner mehr investieren. Wir spüren es auch, es geht ja fast nichts mehr im Grenzland und in der ganzen Steiermark, in der Landwirtschaft, daß man noch so viel investieren kann. Und gerade beim Kollegen Prutsch möchte ich sagen. In seiner Gemeinde, und vor allem in Lichendorf, war ich nach dem Unwetter 1980 in einem landwirtschaftlichen Kleinbetrieb. Es war noch kein Fußboden im Vorhaus. Ich habe mich nachher erkundigt, in der Meinung, vielleicht ist er ein Säuer oder ist sonst etwas. Er hat nur Probleme gehabt mit dem Vieh, mit der Familie, Schwierigkeiten. Ich muß sagen, da hat man versucht zu helfen, vor allem vom Land Steiermark mit der Grenzlandhilfe, mit der Grenzlandförderung. Das Land hat die 30 Millionen bereitgestellt, weil der Landeshauptmann und der Landeshauptmannstellvertreter Wegart auch wissen, wie es in unserem Grenzland aussieht. Nach langem ist es gelungen, 25 – und vielleicht gelingt es, daß der Bund auch auf 30 Millionen Schilling nachzieht, daß wir vor allem auch im Grenzland unsere Lebenschance und unsere Lebensberechtigung haben, und dafür trete ich ein. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Feldgrill: Ich erteile dem Herrn Landesrat Koiner das Schlußwort zur Gruppe 7, Landwirtschaft.

Landesrat Koiner: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

In der ganzen Breite der Land- und Forstwirtschaft ist zu den regionalen Problemen der verschiedenen Produktionsbereiche eine Darstellung erfolgt, die je nach politischer Seite natürlich auch manchmal ein bißchen unterschiedlich ausgefallen ist. Das war zu erwarten. Fast würde es einen jucken, nachdem man so lange in der Kammer als Interessensvertreter gesessen ist, nun dazu auch noch etwas zu sagen. Ich glaube, das haben die Abgeordneten aber bereits im reichen Maße getan. Ich bitte um Verständnis – auch in Anbetracht der verhältnismäßig langen Zeitspanne, die wir dafür verwendet haben –, davon Abstand nehmen zu dürfen. Ich möchte vielleicht einige Dinge im Schlußwort anmerken. Unbestritten ist, meine Damen und Herren in diesem Hohen Haus, daß die Landwirtschaft in weiten Bereichen, wie ich glaube, nach altbewährten Grundsätzen wirtschaftet. Das findet auch seinen Ausdruck – wie eben Bauern beurteilt werden, Gott sei Dank – verhältnismäßig einheitlich in der Wichtigkeit für die gesamte Volkswirtschaft. Da gibt es kaum mehr Meinungsverschiedenheiten. Einer dieser Grundsätze ist, daß die Bauern wissen, daß sie zuerst säen müssen, um ernten zu können. Vielleicht klingt dies banal, es ist aber eine tiefe Weisheit darinnen und wahrscheinlich auch ein Hinweis darauf, daß es Gesetze gibt, die nicht umgangen werden können. Der zweite, bitte: Erfahrung. Vor allem im Bereich der Landwirtschaft, wo man trotz Säen und trotz vieler Arbeit gerade in der Landwirtschaft noch keine Gewähr hat, daß man auch ernten kann. Das ist die Schwierigkeit. Ich weiß schon, wo immer man hilft, wie immer man eingreift, es gibt verschiedene Meinungen. Eine Meinung, die heute ausgedrückt worden ist: Die Herren sollen sich versichern lassen, dann brauchen sie nichts tun. Ich bitte sehr, wir waren ja zusammen unten, Herr Abgeordneter Zinkanell, es ist einfach wirklich erschütternd, wenn man diese wunderschönen Flächen dort zerstört sieht.

Wer könnte hier sagen: Selbst schuld, man hätte sie ja versichern lassen können oder was weiß ich. Ich meine es nur. (Abg. Zinkanell: „Das hat aber niemand gesagt!“)

Einfach ist so etwas nicht verantwortbar. Eine dritte Sache, die ich erwähnen darf; den Grundsatz, daß Wirtschaften nachhaltig zu betreiben sind. Ich weiß schon, daß die Landwirtschaft heute auch hier bestimmte Vorwürfe bekommt. Es ist aber auch unbestritten, daß es wahrscheinlich eine der wirklichen Großtaten ist, wenn wir eine Bewirtschaftungsform wählen können, die es nicht nur uns, sondern auch den Kindern und Kindeskindern auch noch ermöglicht, dort das ernten zu können, was eine wachsende Bevölkerung auf dieser Welt einfach braucht. Wir würden alle miteinander sehr gut daran tun, und hier auch ein Wort an die Grünen, wenn wir der Landwirtschaft dabei helfen würden, daß sie bei diesem Grundsatz bleiben kann und die ökonomischen Zwänge nicht so hart werden, daß man leider Gottes, um die Existenz von heute sichern zu können, die Existenz von morgen oder übermorgen gefährden muß. Da gibt es sicher die Notwendigkeit eines gemeinsamen Bemühens. Und das Vierte, auch einer dieser Grundsätze, meine Damen und Herren, daß die Landwirtschaft gelernt hat und dabei geblieben ist, daß das Notwendige vor dem Angenehmen erledigt werden muß. Auch ein Grundsatz. Es sind heute Leistungen als Pluspunkte angeführt worden, so der Bau von neuen Häusern und Wirtschaftsgebäuden, die Anschaffung und Verstärkung der Traktore. Es sind Pluspunkte. Ich betrachte sie auch so. Seien wir froh darüber, und das dürfte doch eine gemeinsam zu vertretende Ansicht sein, daß es diese Grundhaltung der Bauern ist, eben eher in das Wirtschaftsgebäude, also in den Betrieb, Geld zu investieren und auf viele persönliche Dinge, die er auch ganz gerne hätte und möchte, zu verzichten, weil ihm das mehr Freude macht und weil das auch eine Notwendigkeit ist. Wir sollten dabei die Landwirtschaft nicht beirren. Wohin kann es denn gehen? Ich glaube, es ist das gesamte Haus einer Auffassung, daß trotz des Rückganges der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft, der also das typische Kennzeichen der Entwicklung ist, und nicht die Abnahme der Betriebe – Herr Abgeordneter Prutsch –, sondern der Rückgang der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft, die Bedeutung dieser Land- und Forstwirtschaft für die gesamte Volkswirtschaft eigentlich nicht abgenommen hat, eher gleichgeblieben ist, was auch die Produktionsziffern zeigen, und in neu dazugekommenen Bereichen eher an Bedeutung gewinnt. Diese Gesamtauffassung ist sehr deutlich zu spüren, und wir sind sicher deshalb alle miteinander bemüht, zu ermöglichen, daß sich die Landwirtschaft in der Beziehung weiterentwickeln kann. Nun, ich gebe zu, so einfach sind die Dinge ja nicht, wie man sich das vorstellt, was notwendig wäre, um das auch erfüllen zu können. Hier gehe ich durchaus konform mit vielen Ausführungen, die heute gemacht worden sind. Nur, wir sollten auch einfach uns im klaren sein, wohin können diese großen Richtungen gehen?

Ich glaube, meine Damen und Herren, es ist unbestritten, daß die EG-Agrarmarktordeung, die Abschirmung eines so riesengroßen Wirtschaftsbereiches in der Landwirtschaft, aus der die österreichische wegen

seiner Neutralität ausgeklammert ist, einfach Probleme mit sich bringen muß. Das haben wir deutlich gespürt. Es ist gar keine Frage, all diese Mittel, die Bund und Land aufwenden, um etwa Vieh- und Fleischexporte in diesen Raum zu ermöglichen, wären nicht notwendig, würde das eingetreten sein, was im übrigen Bereich der Wirtschaft halt eingetreten ist. Dann gäbe es diese Notwendigkeit nicht, über einen anderen Kanal, aber nicht in der Form, daß es der Land- und Forstwirtschaft zugerechnet werden müßte. Ich meine also, hier muß ein entsprechender Versuch, ein sehr zielgerichteter Versuch weitergeführt werden, um mit diesem Problem fertig zu werden. Fast alle Probleme unserer Landwirtschaft aus vielen Bereichen rekrutieren sich aus einer Benachteiligung gegenüber einem so riesigen Wirtschaftsraum, der ja unser natürlicher ist. Natürlich gäbe es auch noch einen anderen, aber der Comecon-Wirtschaftsraum ist ja in mancher Hinsicht ebenso unsicher und so problematisch, daß das keine Ausweichmöglichkeit im großen Bereich ist. Die zweite Angelegenheit: Ich glaube natürlich, die Entwicklung des Agrarhandelsdefizites ist ein deutlicher Hinweis, was zu tun ist. Es ist unbestritten, daß man in einer Zeit wie dieser natürlich bestrebt sein wird, im Inland all das zu erzeugen, was man erzeugen kann. Wir haben viele Produktionsbereiche im sogenannten agrarischen Handel, die wir nicht abdecken können, was wir aber tun könnten. Das sichert eben Arbeitsplätze, und das ist deshalb so von Bedeutung – das ist ja klar zum Ausdruck gekommen –, weil in einer Zeit, in der sich industriell-gewerbliche Arbeitsplätze so schwierig darstellen, jeder in Österreich interessiert sein müßte, daß der Landwirt möglichst auf seinem Hof sein Einkommen erzielen kann und nicht gezwungen ist, in solch einer Situation auch noch als Konkurrent um – leider Gottes – gefährdete und weniger werdende Arbeitsplätze aufzutreten. Darüber gibt es keine besonderen Meinungsverschiedenheiten. Schwierig ist dann nur immer die Verwirklichung. Aber dahin muß die Richtung gehen. Ich glaube, daß wir all das, was wir unter alternative Produktionsmöglichkeiten haben, zielgerichtet entwickelt werden soll. Ich gebe gerne zu, der Bereich der Ölsaaten ist ein gigantischer Bereich und würde uns wirklich Riesenumstellungen abverlangen, mit all den Schwierigkeiten, die sich dabei ergeben. Ich habe voriges Jahr berichtet. Wir waren in Amerika drüben. Wir wissen sehr genau, was uns hier bevorsteht. Das ist ein Bereich, wo wir etwa 500.000 Tonnen – gar so weit sind wir nicht mehr weg – Eiweißfuttermittel einführen. Würden wir das umlegen auf eine Fläche, dann wüßten wir sehr genau, wieviel Flächen man landwirtschaftlich anders nützen könnte, für die man keine Exportsubventionen, Unterstützungen und so weiter brauchen würde. Ein ganz eminentes, wichtiges Kapitel. Ich weiß schon, daß es nicht so leicht ist.

Und noch eines zum Abschluß, meine Damen und Herren. Wir glauben, daß die Einheitswerterhöhung per 1983 um 5 Prozent – ich will es nicht ganz überbewerten – mir deswegen so problematisch erscheint, weil sie zu einer Zeit beschlossen worden ist, in der wirklich noch niemand absehen konnte, wie sich die Ertragslage entwickeln wird. Und das ist ein Fehler. Natürlich sollen sich auch Einheitswerte der Ertragslage anpassen. Wenn man aber bei dem Grundsatz bleibt, der Einheitswert ist ein Ertragswert, und darauf

beruht ja sehr vieles, was die Landwirtschaft berührt, nämlich Pauschalierung, Einkommensteuer und so weiter, dann bitte müssen wir auch dabei bleiben, daß die Einheitswerte nach der Ertragslage hinauf- oder herabgesetzt und nicht zwei oder drei Jahre im vorhinein festgesetzt werden. Das kann auch der größte Hellseher nicht wissen. Da ist etwas passiert, das können wir nicht akzeptieren. Eines der wirklichen Probleme ist die Hinaufsetzung des Mehrwertsteuersatzes. Ich weiß schon, der Finanzminister ist kein reicher Mann mehr, das wissen wir alle zusammen, natürlich tut es ihm weh. Aber es ist unbestritten, das ist eine Sache der Gerechtigkeit und es wäre nur eine Gleichbehandlung der Landwirtschaft mit allen übrigen. Die Mehrwertsteuer ist betriebsneutral und letzten Endes eine Konsumentensteuer. So ist das konzipiert. All das, was die Landwirtschaft an Mehrwertsteuer in betrieblicher Form ausgibt, müßte über diesen Prozentsatz bei ihren Verkaufsprodukten hereinkommen. Da ist man ziemlich der gleichen Meinung. Darin sind die großen Linien erkennbar, wohin wir wollen. Vielleicht gelingt es, bei all den gegensätzlichen Auffassungen einen gemeinsamen Weg zu finden. Herr Abgeordneter Zinkanell, da war das Bemühen erkennbar, was immer bei all den harten und natürlich auch verschiedenen politischen Meinungen hier zum Ausdruck gekommen ist – wohin man in einer Positiventwicklung gemeinsam gehen kann. Und je schwieriger die Zeiten werden, desto wichtiger wird es werden. Ich habe auch diesen Splitter gelesen, ich sage nur folgendes: Wer heute diese letzte Rede, wenn ich so sagen darf, gehört hat und dann den Schluß, es hat wahrscheinlich viele gegeben, unbeschadet auf welcher Seite sie sitzen, die trotzdem ergriffen waren. Man soll das unter Männern nicht zu laut und zu oft betonen, aber ich glaube, es ist auch ein schönes Gefühl zu wissen, daß es so etwas gibt. (Allgemeiner Beifall.)

Und so ist diese Landwirtschaftsdebatte des Jahres 1982 eigentlich unter dem Titel „Zinkanells Abschied“ gestanden. Ich wünsche dir alles Gute. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 7, Fremdenverkehr. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kröll. Ich erteile es ihm.

Abg. Kröll: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Bevor ich als erster Redner auf das Kapitel Fremdenverkehr näher eingehe, möchte ich als jüngeres Mitglied dieses Hauses auch sagen, daß es einen sehr bewegt, wenn solche Dinge stattfinden, wie sie heute hier durch die Worte von und für Zinkanell gesprochen wurden, ganz allgemein. Ich glaube, das ist eine Feststellung, die man ruhig sagen kann. Hatte ich mich vor einem Jahr, meine Damen und Herren, von dieser Stelle aus mit der Bedeutung des Tourismus und Fremdenverkehrs für die österreichische und steirische Volkswirtschaft beschäftigt und auf deren besonderen Stellenwert hingewiesen, so geziemt es sich heute, wenige Tage nach dem Landesfremdenverkehrstag in Feldbach, auf die sehr erfolgreiche über 20jährige Aufbauarbeit des steirischen Fremdenverkehrs und des Tourismus unter der Federführung von Herrn

Landeshauptmannstellvertreter Wegart und des Fremdenverkehrsdirektors Josef Gaisbacher näher einzugehen. Zweitens erlaube ich mir, eine kurze Bilanz über die sportliche, organisatorische und wirtschaftliche Durchführung der alpinen Schiweltmeisterschaften in unserem Lande zu ziehen, und schließlich möchte ich drittens gerade auch auf Grund der Referatsübernahme ab 1983 durch Herrn Landesrat Hans-Georg Fuchs einen Blick in die Zukunft werfen.

Zum Ersten: In der Ära Wegart konnte sich der steirische Fremdenverkehr vom Jahre 1961/62 mit 5,175.178 Nächtigungen auf nunmehr 9,088.213 im Jahre 1981/82 steigern. Dies war zwar gemessen am Vorjahr 1980/81 ein Rückgang um 4 Prozent, und wir liegen damit im österreichischen Durchschnitt in der Entwicklung des Tourismus, festigte aber gleichzeitig den guten vierten Platz in der Länderwertung aller Bundesländer. 1961/62 war die Steiermark an sechster Stelle. Niederösterreich und Oberösterreich waren deutlich vor uns. Der Winter 1981/82 war geprägt von guter Schneelage und vier großen weltweiten Schi-großveranstaltungen mit internationaler Bedeutung. Ob es die Schiorientierung mit ihrer Weltmeisterschaft im Raum Aigen im Ennstal war, das Weltcup-Schifliegen am Kulm, Mitterndorf, Tauplitz oder die Nordische Juniorenweltmeisterschaft in Murau, schließlich als Höhepunkt die Alpine Schiweltmeisterschaft in Schladming/Haus in der Dachstein-Tauern-Region. Und dieser Winter brachte mit 3,421.000 Nächtigungen in unserem Land einen leichten Rückgang um 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr, wobei jedoch eine neuerliche Zunahme an Ausländernächtigungen zu verzeichnen war, die stellenweise und ortsweise über 20 Prozent lag. Nur die westlichen Bundesländer Salzburg, Tirol und Vorarlberg konnten im letzten Winter mit 3,5 Prozent in Salzburg, 5,4 Prozent in Tirol und 4,8 Prozent in Vorarlberg neuerlich steigern, während Oberösterreich 1,2 Prozent, Niederösterreich 3,9 Prozent und Kärnten mit 4,5 Prozent deutliche Abstriche machen mußten. Es ist auch zu berücksichtigen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß in der Steiermark im Winterhalbjahr des letzten Jahres 672.000 Übernachtungen von polnischen Staatsbürgern registriert wurden, welche natürlich nicht in der Fremdenverkehrsstatistik aufscheinen, die aber auch nicht nur eine humane Aufgabe war, sondern für die Fremdenverkehrswirtschaft da und dort auch einen wirklich positiven Niederschlag fand. Daß der Fremdenverkehr nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im In- und Ausland gesehen werden muß, zeigte besonders das Sommerergebnis 1982 aber auch bei uns in der Steiermark sehr deutlich. Das Sommerhalbjahr brachte uns in der grünen Mark mit 5,6 Millionen Nächtigungen, genau 5,674.699, einen Rückgang um 5,7 Prozent oder um 342.000 Nächtigungen. Besonders der August war es, der bei uns, aber auch in Tirol oder in Kärnten, besonders stark in Kärnten, mit 11,7 Prozent in Kärnten, in Tirol mit 8,5 Prozent, diesen Trend der Schwierigkeiten im Sommertourismus ganz deutlich unterstrichen hat. Besonders die Ausländernächtigungen gingen im Sommer um 10,7 Prozent zurück, während die Inländernächtigungen einen Rückgang um 2,5 Prozent hatten. Es wurde damit sehr deutlich, wie Franz Wegart am Landesfremdenverkehrstag ausführte, daß erstmals seit langer Zeit nicht nur im Urlaub, sondern am Urlaub

gespart wurde. Eine Bestätigung dieser Aussage kommt deutlich zutage, wenn man sieht, daß die Aufenthalte der Gäste kürzer geworden sind. Und es ist nicht nur eine schlechtere Meldemoral, sondern es ist auch ein Niederschlag der wirtschaftlichen Entwicklung. Selbstverständlich, wenn weniger Geld in der Tasche ist und für die Familie zu sorgen ist und die Leute mehr zu Hause bleiben müssen, dann wird man nicht verlängern, sondern es wird gespart an der Konsumation und auch an der Dauer des Urlaubsaufenthaltes. Die Statistik des „Kuriere“ von gestern, meine Damen und Herren, zeigt, das ist für mich sehr erschreckend auch als Ausblick für die Zukunft, aber nicht entmutigend, daß mit 37,8 Prozent bereits der Urlaub an erster Stelle unter jenen Werten genannt wird, vor Restaurants, Auto fahren, Sparen und Erhaltung, Bekleidung, Heurigen, Essen, Trinken, Ausflüge, Wohnung, Einladungen, wo der Bürger glaubt, einsparen zu können. Und diese Zahl wird uns sicherlich noch sehr zu schaffen machen. Außerhalb der Statistik erzielten die polnischen Staatsbürger zusätzlich auch im Sommerhalbjahr noch einmal 250.000 Nächtigungen in unserem Land, so daß man sagen kann, daß mit 1,270.000 Polennächtigungen in unserem Land, diese Zahl, die nicht in unserer Statistik ist, viermal so groß ist als der Rückgang in unserem Land. Neben dem Rückgang an Nächtigungen waren vor allem der kürzere Aufenthalt – wie ich schon sagte –, die wesentlich sparsamere Konsumation in den Hotels, Restaurants und Pensionen deutlich spürbar, was vor allem für die Betriebe mit hohen Personalkosten große Probleme bringt. Denn ich glaube, ich kann selbstverständlich hier sehr glaubhaft versichern, daß bestausgestattete Hotels mit bestgeschultem Personal für ein Würstl oder Gulasch nicht teuer bezahlte Köche anstellen müssen. Das bringt schon eine wirkliche Problematik, wenn wir wissen, daß es hier nicht wieder besser wird. Dazu die allgemeinen Belastungen der Betriebe, steuerlich, die Zinsenlast, die kurzen Laufzeiten der Kredite, Betriebskostensteigerungen und dergleichen mehr. Erfreulich ist aber, in diesem Zusammenhang feststellen zu dürfen, daß es dennoch gelungen ist, den hohen Beschäftigungsstand im Fremdenverkehr zu erhalten. Im Fremdenverkehr direkt und in fremdenverkehrsnahen Betrieben, wenn ich den Bereich Seilbahnen und Schilifte dazunehme, finden immerhin 24.000 Steirerinnen und Steirer ihre Beschäftigung. Nicht eingerechnet ist der Multiplikatoreffekt hinüber in Handel und Gewerbe. Meine Damen und Herren, derzeit sind für die kommende Wintersaison noch sehr viele Arbeitsplätze in der Dachstein-Tauern-Region, besonders in der Ramsau, unbesetzt. Welch Widerspruch oft lokal-regional zu einer allgemeinen Entwicklung. Mir sagen die Wirte ganz deutlich, wir warten sehr, sehr dringend, bis sich endlich die Köche und die Serviererinnen melden, wir haben schon Angst, daß wir zu Weihnachten unsere Personalstellen nicht besetzen können. Also bitte, so etwas gibt es auch. Das muß auch gesagt werden, und es ist daher auch – glaube ich – in der Arbeitsmarktförderung verstärkt zu achten in Zukunft, ob man nicht auch jemandem zumuten kann, daß er etwas weiter fährt, um einer Winterarbeit nachzugehen, bevor man jedermann gleich sozusagen eine Unterstützung gewährt, wenn es dafür Arbeit gibt.

Es gab aber auch sehr erfreuliche Entwicklungen in diesem letzten Fremdenverkehrsjahr, wie zum Beispiel

der verstärkte Ausflugs- und Tagestourismus. Er ist ein weiteres Standbein in unserer Steiermark, in das steirische Weinland. Oder der Besuch von fast 230.000 Gästen bei der Erzherzog-Johann-Ausstellung in Stainz, aber auch die wieder gesicherte Großveranstaltung am Österreichring brachte Kaufkraft in diese Region und sicherlich auch einen ganz erhöhten werbewirksamen Wert für die Nachfolgebetrachtung. Bezüglich des Ausbaues der Infrastruktur für den Sommer- und Wintertourismus brauchen wir in der Steiermark keinen Vergleich mit anderen Bundesländern scheuen. In allen Teilen des Landes wurden in den letzten zehn bis zwanzig Jahren moderne Anlagen und Einrichtungen, wie zum Beispiel Seilbahnen und Lifte, Pisten und Loipen, Freibäder, Hallenbäder, Badesseen, Thermalbäder, Kurhäuser, Golfplätze, Tennisplätze, Tennishallen, Mehrzweckeinrichtungen, Mehrzweckhallen, sowie ein großes Netz an Wanderwegen geschaffen. Ich werde nicht den Versuch unternehmen, jetzt Ortsaufzählungen vorzunehmen, das führt zu nichts, und das würde die Zeit sprengen. Aber nur einige Zahlen seien genannt: Die Steiermark verfügt über 141 Schwimmbäder, 26 Hallenbäder, 20 Badesee- und Freizeitseen, 194 Tennisanlagen, 16 Tennishallen, moderne Kurmitteleinrichtungen und Zentren in fünf neu erschlossenen Kurorten. Oder 569 Schilifanagen und Seilbahnen, nicht zu vergessen das größte erschlossene Wandernetz in den Ostalpen. Durch den Blumenschmuckwettbewerb, den Landeshauptmannstellvertreter Wegart zu Recht als die größte grüne Bürgerinitiative mit 37.000 Teilnehmern bezeichnet hat, wurde die Steiermark in ein blühendes Land verwandelt, auch wenn wir gerade gehört haben, daß ein paar Rosen, die versprochen worden sind, noch nicht stehen, aber das ist ja bildlich gemeint. Den 37.000 Teilnehmern, besonders Frauen in diesem Land, Bäuerinnen, Wirtinnen, Hausfrauen, Arbeiterfrauen, Geschäftsfrauen, die ihre Lokale mit Blumenschmuck so hervorragend geziert haben, gilt wohl unser herzlichster Glückwunsch. Den Wenigzellern zur Erreichung des Europapreises als schönstes Blumen-dorf, und das ist für die Steiermark eine hohe Auszeichnung. (Allgemeiner Beifall.)

Man kann also sagen, daß unser Land trotz mancher Schwierigkeiten und Rückschläge, die es auch sonst gibt, einen guten Platz innerhalb der Bundesländer einnimmt. Besonders drei Schwerpunkte möchte ich als Kennzeichnung dieser Aufbauarbeit unter der Verantwortung von Herrn Landeshauptmann Wegart nennen.

Erstens: die Schaffung einer positiven Fremdenverkehrsgesinnung im ganzen Land. Die Steiermark wurde neben einem Agrar- und Industrieland, oder wenn Sie wollen einem Industrie- und Agrarland, auch ein Fremdenverkehrsland.

Zweitens: die Gründung von 22 Verbänden und 359 Vereinen, meine Damen und Herren, Verkehrsvereine, und damit der Gewinn von Tausenden freiwilligen und ehrenamtlichen Mitarbeitern und Funktionären.

Drittens: die Schaffung einer enorm verbesserten Infrastruktur für den Fremdenverkehr, für den Sommer- und Wintertourismus in allen Teilen unseres Landes unter Wahrung der landschaftlichen Eignung und Schonung und im Sinne einer organischen Entwicklung. Nicht auf dem Reißbrett, sondern durch eine

Entwicklung, die von der Wirtschaft, von den örtlichen Initiativen getragen war, hat sich dieses Land geformt.

Meine Damen und Herren, viele Landsleute haben dazu positiv beigetragen. Ich denke an unsere Gastronomen, besonders an die Wirtinnen, an die gewerblichen Beherberger, an die Bauern, die die Landschaft pflegen, die Grund und Boden zur Verfügung stellen, die in der Privatvermietung eine große Rolle spielen, wie auch die übrigen Privatvermieter. Ich denke an die qualifizierten Mitarbeiter, die insbesondere in Gleichenberg und Aigen in so hervorragender Weise von Direktor Siegel ausgebildet werden und hier jeden Vergleich anstellen können. Ich denke an die Verkehrsvereine und -verbände, an die Sportvereine und -verbände, hier insbesondere auch an den Steirischen Schiverband, ich denke an die alpinen Vereine, ich denke an die Schischulen der Steiermark. Der Landesobmann Moscher, er ist auf der Galerie, bemüht sich jetzt gerade, die Schilehrerweltmeisterschaft der Schischulen in die Steiermark zu bringen. (Allgemeiner Beifall.) Wir hoffen, daß das gelingt, wir wünschen ihm dazu alles Gute.

Die Musikkapellen und Kulturträger, die Wirtschaft ganz allgemein als eminenter Träger und bedeutender Faktor im Tourismus und im hohen Maße die Gemeinden, meine Damen und Herren. Besonders aber wohl die Landesregierung, das Landesfremdenverkehrsamt und der Landesfremdenverkehrsverband mit seinem zuständigen Referenten, Landeshauptmannstellvertreter Franz Wegart, an der Spitze und für die Administration dem Landesfremdenverkehrsdirektor Hofrat Gaisbacher an der Spitze. Dir und Herrn Hofrat Gaisbacher ein herzliches Dankeschön für diese großartige Arbeit von über 20 Jahren für den steirischen Fremdenverkehr in jeder Richtung, Herr Landeshauptmann. Und ich kann das ganz offen sagen, und ich muß es gar nicht einschränken, so wie es der Kollege Hammerl getan hat, der dir auch sehr herzlich gedankt hat, aber gleichzeitig auch getadelt hat in einem anderen Zusammenhang. Ich kann dir sagen, wir alle danken dir sehr, und niemand in dem Hause wird nicht bestätigen, daß du ein großer Wegbereiter für diese imponierende Aufbauarbeit in unserem Lande warst. (Allgemeiner Beifall. – Abg. Ing. Turek: „Warum läßt Ihr nicht weiterarbeiten?“) Auch Gaisbacher, als Vertreter dieses menschlichen hilfsbereiten Typus, der auch ein glaubhafter Vertreter des grünen Herzens ist, gilt in diesem Zusammenhang ein herzliches und aufrichtiges Wort des Dankes sowie allen seinen Helfern.

Meine Damen und Herren, nun zum zweiten Teil meiner Rede. Zur alpinen Schiweltmeisterschaft, verehrte Damen und Herren, Hoher Landtag. Es kann das Jahr 1982 nicht vorbeigehen, ohne daß ich noch einmal kurz auf diese größte Wintersportveranstaltung unseres Landes aus der Sicht der sportlichen, organisatorischen und wirtschaftlichen Abwicklung kurz Bilanz ziehe. Zur sportlichen Abwicklung: Ich kann nur Blitzlichter aufzeigen, es würde zu weit führen. 37 Nationen haben mit 109 Damen und 178 Herren an den Weltmeisterschaften in Schladming und Haus teilgenommen. Dies ist ein Nennungsrekord. Die größte Zahl an Nationen, die jemals an alpinen Schiweltmeisterschaften teilgenommen hat. Es gab erstmals keinen einzigen Protest gegen ein sportliches Ergebnis, keinen einzigen

Protest. Damit soll unterstrichen werden, daß die sportliche Vorbereitung sicherlich vom Äußeren her Anlaß war, nicht protestieren zu müssen. Es gab keine größere Verletzung, meine Damen und Herren, dies besonders deshalb, weil erhöhte Sicherungsvorkehrungen getroffen wurden. Eine hohe Latte wurde hier gelegt für alle Nachfolgeveranstalter, wenn man nur an die modernen Sicherheitszäune denkt. Es gab einen österreichischen Sieg, für den wir sicherlich nur insofern einen lokalen steirischen Beitrag haben, als man sicher nicht leugnen kann, daß Karl Kahr als Cheftrainer der österreichischen Mannschaft beigetragen hat, daß diesmal Weirather und früher Walcher, und alle wie sie heißen, zu Weltmeisterehren gekommen sind. Das soll uns auch freuen. Und wir haben von einer Schweizer Illustrierten vier Goldmedaillen zugesprochen erhalten. Sie hat aufgezeigt, daß der Stern Erika Hess in ihrer Bedeutung eine ganz große Nachfolgerin für Annemarie Moser-Pröll oder auch für Therese Nadig ist, und sie hat den Organisatoren, uns allen, die mitgeholfen haben, vier Medaillen überreicht. Für die Durchführung, Abwicklung, für den klaren Kopf und die notwendigen Entscheidungen am Anfang bei der Schlechtwetterphase und für die Herzlichkeit der Spiele. Und es gab auch viel Lob von allen Sportverantwortlichen, insbesondere vom FIS-Präsidenten Marc Hodler. Sie haben es sicher selbst gehört und gelesen.

Die organisatorische Bilanz ganz kurz: 1936 Mitarbeiter waren für den technischen und organisatorischen Ablauf nötig. 138 Sitzungen mit 535 Stunden wurden im offiziellen OK gehalten. Dazu kommen noch die ganze Bewerbungsphase und viele Nebengespräche, die ja nicht aufzuschreiben sind. 525.600 Stunden wurden im Rahmen der Weltmeisterschaft für Vorbereitung und Durchführung geleistet, oder 1,5 Millionen Blatt Papier erforderte der Schriftverkehr des Informations- und Nachrichtenwesens. 41,5 Stunden TV-live-Sendungen, 11 Stunden TV-Sonderberichterstattung und 58 Hörfunkstunden war die Übertragung in Bild und Ton in alle Welt. 931 akkreditierte Journalisten, Fotografen und Filmleute übermittelten dieses Großereignis nicht nur in Österreich und Europa, sondern in Übersee genauso. Worauf wir besonders stolz sein können, ist, daß wir viel Zuspruch gefunden haben über unsere eigene Art, über die Tracht, die wir gepflogen haben, über das Brauch- und Volkstum, das wir gepflogen haben – das Steirische ist hervorgekommen. Ob in Murau oder in Schladming bei den Siegerehrungen, bei den Eröffnungen, bei den Schlußveranstaltungen. Wie haben uns hier wirklich unterschieden, auch in Nizza beim Kongreß. Man hat gesagt, schau, das sind Steirer. Ich glaube, wir haben daher auch unserem Loden, dem Steirergwand, den steirischen Produkten eine große, große wichtige Ehre erwiesen, was sich zweifellos positiv niederschlagen wird.

Und nun noch ein Wort zur wirtschaftlichen Bilanz: 127.614 Zuschauer, Besucher und Gäste, das heißt also nicht alles zahlende Leute, wohnten der Weltmeisterschaft insgesamt bei. 246 Werbelizenz- und Ausstattungspartner, meine Damen und Herren – das sind schon Dimensionen, die man vergleichen kann mit Olympiaden oder anderen Großveranstaltungen, wo wir jederzeit den Vergleich antreten können –, waren bemüht, uns in einer echten Partnerschaft zur Seite zu stehen. 41,7 Millionen Schilling umfaßt der Gesamter-

trag aus Bareinnahmen, Sach- und Dienstleistungserträgen aller Werbelizenz- und Ausstattungsverträge.

Wir haben weiters an Werbematerial 189.000 Werbekleber, 1.090.000 Stück Souvenirartikel über den Handel in den Umsatz gebracht, was auch ein Werbeartikel, aber auch ein wichtiger Wirtschaftsartikel ist, den unsere Kaufleute veräußern konnten. Rechnet man den Werbe- und Ausstattereinnahmen noch die Eintritte sowie die Personal- und technisch-logistischen Leistungen hinzu, die wir nicht bezahlen mußten, weil sie eben in Naturalien geleistet wurden, so werden die Gesamteinnahmen den Betrag von 67,7 Millionen Schilling erreichen. Aus diesem Grund und wegen allfälliger Einsparungen konnten zirka 11,1 Millionen Schilling den Gebietskörperschaften erspart werden. Es sind Steuergelder, die hier sehr verantwortungsvoll eingesetzt wurden und wo sich herausstellt, daß man auch bei Sportgroßveranstaltungen, wenn auch Marketing, Werbung und Organisation entsprechend klappen und wenn das Wetter stimmt und wenn auch die Sportleistungen da sind und wenn auch ein Glück dabei ist und wenn Partner sind, die mithelfen ohne Bezahlung, daß man sogar dem Steuerzahler etwas ersparen kann. Demnach reduzieren sich die Beiträge der Gebietskörperschaften bei Bund, Land und Gemeinden von ursprünglich 75 Millionen als Mitgliedsbeitrag im OK auf 63,9 Millionen Schilling. Derzeit, meine Damen und Herren, prüft uns der Rechnungshof. Die Gebahrung der Weltmeisterschaft, ich sehe in der Galerie sogar einen Vertreter anwesend, wir können den Berichten mit Interesse entgegensehen, weil wir glauben, daß in jeder Hinsicht alles für eine ordnungsgemäße Durchführung getan wurde. Das gesamte Organisationskomitee und die vielen Helfer haben wirklich gute Arbeit geleistet. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, alle haben sich auch über die Ehrungen und Auszeichnungen ihrer steirischen Heimat und die sie sonst erhalten haben aufrichtig gefreut. Im Namen der Bevölkerung der Gemeinden der Dachstein-Tauern-Region, des Bezirkes Liezen, aber ich glaube wohl auch insgesamt als steirischer Mandatar es sagen zu dürfen, unserer steirischen Heimat, danke ich daher namentlich dem Vizepräsidenten im OK und Landeshauptmann Dr. Josef Krainer sowie seinem Amtsvorgänger Dr. Niederl in dieser Funktion sehr, sehr herzlich, den Mitgliedern des Landes in der Hauptversammlung, im Vorstand und im Exekutivkomitee, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart und Herrn Landesrat Dr. Klauser sehr herzlich, den drei Hofräten, die Vorsitzende von wichtigen Arbeitsausschüssen waren, dem „Gaisi“, wenn ich so sagen darf – Wirkl. Hofrat Dr. Gaisbacher, dem Wirkl. Hofrat Dr. Kriegseisen und dem Herrn Landesbaudirektor Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Andersson, die wichtige Ressorts im Vorsitz geführt haben, für die gute Zusammenarbeit. Ich danke auch dem Präsidenten des Komitees für alle Vertreter des Bundes, Herrn Minister Sinowatz, und allen Helfern, ob es das Bundesheer, ob es die Gendarmerie ist. Ich danke insbesondere auch den Vertretern des Sports, der FIS mit dem Präsidenten Marc Hodler genauso wie dem Präsidenten Koller vom ÖSV oder dem Präsidenten Otto Straub und dem Wintersportvereinsobmann Edi Hegl und allen übrigen Funktionären im Sport. Dank und Anerkennung gebührt aber besonders auch, meine Damen und Herren, für die hauptamtliche Füh-

rung des Managements und der Abwicklung dem Generalsekretär Fritz Trafler mit seinem Stellvertreter Herbert Thaller und allen, die in seinem Stab gerade im Bereich der Organisation, des Marketings, der Werbung und des Verkaufs wirklich stabsmäßige Arbeit geleistet haben. Ein herzliches Dankeschön an diese Leute. Sie haben bewiesen, daß sie dafür befähigt sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Aus der empirischen Marktstudie der Österreichischen Akademie für Führungskräfte von Dr. Schnedlitz und Dr. Piber über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Ski-WM kann man sicher erst nach größerem zeitlichem Abstand verlässlich urteilen. Aber eines läßt sich schon sagen, die Verbesserung der Infrastruktur, die Hebung der Bekanntheit und die Preisdisziplin, die in der Region gerade auch von unserer Wirtschaft in einer so vorbildlichen Weise eingehalten wurde, sind Werte, auf die wir langfristig sicher aufbauen können und die Zukunft positiv beeinflussen werden. Aber auch kurzfristig kann sich die Weltmeisterschaft in der direkten Übernachtungszahl des Winters durchaus zeigen. In Schladming selbst hatten wir entgegen des allgemeinen Trends eine Zunahme um 6,1 Prozent, in der Dastein-Tauern-Region um 2,3 Prozent und im Bezirk Liezen um 1,2 Prozent, so daß doch der Großraum des Bezirkes Liezen in den Pluszahlen auch in diesem Winter ist. Und davon haben wir Ausländersteigerungen an Nächtigungen von 20 und mehr Prozent. Ich glaube daher, meine Damen und Herren, daß ich doch noch einmal Ihre Aufmerksamkeit mit diesem Thema in Anspruch nehmen durfte. Ich habe mir erlaubt, Ihnen als kleines Präsent der OMEGA, der offiziellen Zeitnehmung, in Zusammenarbeit mit der FIS eine kleine Broschüre auf Ihre Tischplätze zu legen, die sie uns überreicht haben, auf deren Gestaltung wir keinen Einfluß haben. Das ist ein Präsent der Firma OMEGA, Sie sehen es letztlich auch in der Darstellung.

Damit komme ich zum letzten Teil meiner Rede kurz auf die Zukunft des Fremdenverkehrs zu sprechen. Für die kommende Wintersaison lagen sehr gute Anfragen vor. Die Ereignisse in Jugoslawien mit der Ausreisesteuer, in Schweden mit der Abwertung um 16 Prozent sind allerdings wieder erhebliche Rückschläge. Allein im WM-Gebiet unserer Region sind durch die jugoslawische Entwicklung 30.000 Nächtigungen betroffen und dies vor allem im Dezember und im Jänner, was echte Lückenfüller sind. Auch wurden relativ viele Quartiere, welche für Schweden und Dänen bereits fix reserviert waren, wieder zurückgegeben auf Grund der Paritätsänderung und auf Grund der Währungsverschiebung. Dennoch erwarten die Fremdenverkehrsverantwortlichen und die Gastronomen – vorausgesetzt eine gute Schneelage – ein gute Saison. Der Tourismus ist Gefahren ausgesetzt. Er hat aber auch Chancen, sich unter erschwerten Bedingungen zu behaupten. Auf die Gefahren habe ich eingangs schon hingewiesen. Es darf keine weitere Belastung sein. Man muß auch einfach einmal den Leuten die Freude an der Arbeit lassen, denn da gibt es wirklich nur rund um die Uhr Arbeit, wenn man sich so ein Wirtshaus ansieht. Und letztlich ist ja der Gast keine Ware, sondern ein Mensch, der immer zufriedenzustellen ist. Das bedeutet sehr, sehr viel an Einsatz und Substanz. In der Umsetzung des Modells Steiermark wurden im

Kapitel unter materiellen Lebensgrundlagen beim Thema Fremdenverkehr, das unter dem Vorsitz von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Hans-Georg Fuchs tagte, zum Teil neue Ansätze und Schwerpunkte formuliert. Ganz allgemein für die Wirtschaft, aber auch im Bereich des Fremdenverkehrs. Eine Feststellung, die zu unterstreichen ist, daß der Fremdenverkehr, wenn es die internationale Lage zuläßt, durchaus noch arbeitsplatzintensiv sein kann. Ich darf in diesem Zusammenhang in Erinnerung rufen, daß in den letzten zehn Jahren 3500 Arbeitsplätze neu geschaffen wurden. Es sind neue Organisationsformen vorgesehen. Neben dem Corps der ehrenamtlichen Mitarbeiter und Funktionäre sollen zusätzlich auch hauptamtliche Fachleute zugezogen werden, so wie es die Dachstein-Tauern-Region aus sich heraus, Verkehrsvereine, Gemeinden und Seilbahnen durch die Bestellung eines Geschäftsführers auch schon mit gutem Erfolg seit zwei Jahren praktiziert. Es sollen Koordinationskompetenzen im Landesfremdenverkehrsverband auch unter Einbeziehung von Großveranstaltungen praktiziert werden. Franz Wegart sagte, als er das Amt gemeinsam mit Josef Gaisbacher vor mehr als 20 Jahren übernommen hatte, in Feldbach: Hat er auch neue Wege beschritten, die zu einem unerhörten Aufstieg geführt haben, ich konnte darauf im wesentlichen eingehen. Und er sagte auch, daß es ein Fundament ist, auf diesem Boden des aufbereiteten Fremdenverkehrsangebotes der Steiermark weiter aufzubauen. Ein verstärktes Bemühen unter schwierigen Wettbewerbsbedingungen kommt dem Verkauf und dem Marketing zu.

Die steirischen Möglichkeiten sind sicher wieder im In- und Ausland in den Vordergrund zu schieben. Das ist etwa die vierte Ebene, von der ich sprechen möchte, nach den drei Ebenen der letzten Jahre, Gesinnung, Infrastruktur und ehrenamtliche Mitarbeiter, eine vierte Ebene, verstärktes Miteinander, verstärkte Bemühungen, die Möglichkeiten auch an den Mann zu bringen. Dies wird aber nur möglich sein, wenn auch das Fremdenverkehrsgesetz Realität wird und alle relevanten Fremdenverkehrsträger wie Verbände, Vereine, Gemeinden, die Wirtschaft, die Bauern als Grundbesitzer entsprechend einbindet. Dem zuständigen Fremdenverkehrsreferenten Dipl.-Ing. Hans-Georg Fuchs und seinen Mitarbeitern wünsche ich auf dem Boden, der aufbereitet wurde von seinem Vorgänger Franz Wegart, eine ebenso gedeihliche Arbeit zum Wohle aller im Fremdenverkehr Tätigen und danke nochmals abschließend sehr, sehr herzlich dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Franz Wegart und dir, lieber Herr Hofrat Gaisbacher für all' deine Mitarbeit. Leider ist auch Dr. Lang nicht mehr unter uns, der auch so viel getan hat, immer hilfsbereit war, und rufe Ihnen ein aufrichtiges steirisches Glückauf zu! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Wir unterbrechen jetzt die Sitzung bis 14.15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung von 13 Uhr bis 14.15 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hans Brandl. Ich erteile es ihm.

Abg. Brandl: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Nach den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kröll habe ich in der Mittagspause versucht, über die logischen Schlußfolgerungen des Inhaltes seiner Rede nachzudenken. Ich bin nicht schlüssig geworden. Es gibt seit Jahrzehnten den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Franz Wegart als steirischen Landesfremdenverkehrsreferenten, und ich glaube nicht zuviel zu sagen, wenn ich behaupte, ein Begriff, ein Denkmal, im steirischen Fremdenverkehr. Und Kröll sprach auch davon. Er sagte mit Recht, gewaltige Aufbauleistungen, er nannte drei grundsätzliche Punkte in dieser Zeit des Wirkens des Herrn Landeshauptmannstellvertreters, den Versuch, in die Steiermark auch eine bessere Fremdenverkehrsgesinnung hereinzubringen, er sprach vom Aufbau, von Verbänden auf regionaler Ebene und von einer großen Anzahl von Fremdenverkehrsvereinen und letzten Endes von den gewaltigen Bemühungen, die Infrastruktur in diesem wichtigen Volkswirtschaftszweig zu verbessern. Kollege Kröll sprach auch von neuen Bädern, von Kurorten. Aufgefallen ist mir, daß er Loipersdorf nicht erwähnt hat, wobei ich gleich dazusagen möchte, ich sage das rein persönlich, war auch einmal dort, ich sage, ein gewaltiges Werk, eine richtige Entscheidung für die Steiermark, ganz eindeutig, und eine Entscheidung, die wahrscheinlich aus der jetzigen Situation noch gar nicht so genau beurteilt werden kann, die viel stärker in die Zukunft hineinreicht. (Allgemeiner Beifall.) Aber, meine Damen und Herren, mit Loipersdorf, ich will nicht näher eingehen, haben meiner Meinung nach, vielleicht waren sie schon früher da, die Schwierigkeiten begonnen. Herr Landeshauptmann, ich bin sehr froh, daß du jetzt vor mir bist, weil das Rückwärts, das ist immer sehr unangenehm bei dir gewesen. Aber die Schwierigkeiten haben damit begonnen, das weitere ist bekannt, der Wechsel wird in nächster Zeit erfolgen. Eine Ära geht zweifellos zu Ende, und ich glaube es geziemt sich, für Leistungen, die eindeutig für das ganze Land Steiermark erbracht worden sind, gezielten Respekt auszusprechen. (Allgemeiner Beifall.) Ich darf aber gleich anfügen, der Landesfremdenverkehrsreferent, Landeshauptmannstellvertreter Kollege Wegart, war auch nicht immer ganz leicht, es war manchmal schwierig mit ihm. Ich kann es mir auch vorstellen, bei so vielen Subventionen, die er zu vergeben gehabt hat, kann es natürlich passieren, daß er dann immer wieder einige, muß ein Zufall sein, bestimmte vergißt. Es kann auch passieren, wenn man älter wird, dann rechnet man ein bißchen damit, das geht uns allen so, daß man dann glaubt, einiges, was da herkommt, das erledigt sich sowieso von selbst, und das war dann auch wieder in bestimmten Bereichen, wo eine solche Selbsterledigung vor sich gegangen ist. Aber bitte, im großen und ganzen haben wir immer zurechtkommen müssen. So war die Situation. Herr Landeshauptmannstellvertreter, weil ich gerade von der Vergeßlichkeit gesprochen habe, das ist jetzt die letzte Bitte in dieser Sache an dich, die Gemeinde Wildalpen hat am 20. Oktober 1981 schriftlich eine Zusicherung über eine gewisse Förderung bekommen, die Höhe ist jetzt nicht entscheidend, für ein wichtiges Vorhaben. Sie hat bis heute noch nichts bekommen. Ähnlich ist es bei der Gemeinde Palfau und bei der

Gemeinde Tauplitz. Ich bitte dich, diesen Wunsch, er gehört zu den Schlußfakten wahrscheinlich, doch jetzt für diese steirischen Gemeinden, die ein sehr wesentlicher Bestandteil sind in Regionen, die wirklich ein Geld brauchen, uns diesen Wunsch zu erfüllen. Herr Landeshauptmann, mir ist noch etwas zu Mittag eingefallen. Wenn man so lange in dem Hause sitzt, die Dinge kennt, das Auf und Ab in der Politik mitmacht, dann beurteilt man ja einiges etwas anders, aber wir haben so oft den Vorschlag unterbreitet, daß dieses Land so wie andere Bundesländer notwendigst und dringend ein Fremdenverkehrsgesetz braucht. Ich habe voriges Jahr, auch bei der Budgetdebatte, diesen Wunsch für uns, ich weiß nicht das 19. oder 20. Mal, so lange ist es ungefähr her, wieder vorgetragen und eigentlich geglaubt, es wird jetzt leichter gehen, weil auch plötzlich, möchte ich fast sagen, in der Wirtschaft, vor allem in der Bundeswirtschaftskammer, Kollege Dorfer mich auf dem Gebiet sehr unterstützt hat. (Abg. Dr. Dorfer: „Nicht plötzlich, auch ich fordere das drei Jahre, wenn Sie die Protokolle nachlesen!“) Das ist ja noch bedauerlicher, wenn das so ist. Herr Landeshauptmann, da habe ich so das Gefühl, wenn Sie da ein bißchen mehr, aber das haben Sie selten getan, auf uns gehört hätten, vielleicht wäre da etwas zu retten gewesen, weil ich den Eindruck habe, dieses steirische Fremdenverkehrsgesetz war irgendwo die Schlüsselfrage. Es ist selbstverständlich, daß solche gesetzlichen Bestimmungen natürlich zu einer Veränderung des gesamten Ablaufes, der gesamten Abwicklung führen, und da war halt dann die Bereitschaft nicht mehr so gegeben. Voriges Jahr wäre noch Zeit gewesen. Jetzt müßte ich eigentlich sagen, der Zug ist abgefahren, heute haben wir vom Kollegen Kröll neuerlich eine Ankündigung gehört, die Botschaft gehört, wenn ich es so nenne, der Glaube fehlt uns noch ein bißchen, weil angekündigt ist das schon sehr oft geworden. Aber letzten Endes, wir werden nicht umhinkönnen, das was in anderen Bundesländern doch sehr wesentlich den Fremdenverkehr geprägt hat, das was beigetragen hat, die finanzielle Situation für die Erfüllung der vielfältigen Aufgaben zu erleichtern, das werden wir halt auch in der Steiermark brauchen. Und der neue Landesfremdenverkehrsreferent, der logische Nachfolger müßte man jetzt sagen, der wird jetzt die Aufgabe haben, seine Grundlagen und Grundsätze vorzulegen. Wir sind von unserer Fraktion her darauf vorbereitet und jederzeit bereit, in entsprechende Verhandlungen einzugehen.

Ein zweites Problem, das auch wiederholt hier zum Ausdruck gekommen ist. Wir haben in der Steiermark auch kein Privatzimmervermietungsgesetz. Ich meine jetzt gar nicht damit, daß man für alles und jedes gesetzliche Regelungen braucht. Aber es gibt auch in einem so umfangreichen Bereich gewisse Dinge, die man auch wieder nur auf einer gesetzlichen Basis regeln kann, wenn ich daran denke, daß ich eine Qualität verbessern will, und das wäre sehr notwendig und sehr wichtig auch in dem großen Bereich der Privatzimmervermietung. Das habe ich so an der niederösterreichischen Grenze – St. Sebastian ist die nördlichste Gemeinde der Steiermark, wir grenzen unmittelbar an Niederösterreich an, wir wissen also, was sich auf der anderen Seite abspielt – sehr deutlich gesehen, daß die Niederösterreicher mit ihrem Privatzimmervermietungsgesetz sehr beachtlich ihr Niveau

gehoben haben. Das fehlt uns eben auch und trägt ein bißchen bei.

Und das Dritte jetzt noch auf gesetzlicher Ebene. Ich sehe nicht ein, daß wir bei den Zweitwohnungen nicht versuchen, zu einer Abgabe zu kommen. Aus allen möglichen Ebenen müssen wir mehr Geld hereinbringen, wir müssen das nach gerechten und vertretbaren Grundsätzen machen, anders geht es nicht. Und da gibt es heute Zweitwohnungen in Massen, die dann weiter vermietet werden unter ganz normalen Bedingungen, wo eine Gemeinde nicht hineinsehen kann, gar nichts kann sie machen. Und hier haben wir eine unterschiedliche Behandlung. Der Gast, der zu uns in das Gasthaus, in das Hotel, in das Privatzimmer kommt, der muß brav seine Fremdenverkehrsabgabe bezahlen – hoffentlich geht sie dann auch weiter bis zur Gemeinde, das ist dann auch eine entscheidende Frage –, und derjenige, der in einer Zweitwohnung ist, dort genauso seinen Urlaub verbringt, dort genauso die Infrastruktur dieser Fremdenverkehrsregion in Anspruch nimmt, der ist verschont. Es wäre höchst an der Zeit, daß wir das tun, und wir können uns nicht ausreden, daß es hier irgendwo verfassungsrechtliche Bedenken gibt, denn die Tiroler haben das sehr eindeutig in einem Gesetz geregelt, wo es keinerlei Einspruch des Verfassungsdienstes, des Bundeskanzleramtes und in weiterer Folge auch irgendwelche gerichtliche Auseinandersetzungen in der Frage gegeben hätte. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wissen alle zusammen, und das ist ja in den Zahlen des Kollegen Kröll sehr deutlich zum Ausdruck gekommen, daß sich der Fremdenverkehrshimmel, wenn ich ihn so nenne, ein bißchen verdüstert hat. Das, was in den siebziger Jahren der Wirtschaftszweig war, wo man geglaubt hat, Wachstumsraten, die weitergehen müssen, wo es keine Grenzen gibt und wo wir aus dieser Entwicklung auch einige negative Erscheinungen zu verzeichnen gehabt haben, das müssen wir auch sehen, diese Zeit dürfte vorüber sein. Wir werden auch in diesem Volkswirtschaftszweig Schwierigkeiten haben. Wir sehen es ja sehr genau. Ich bringe jetzt ein bißchen andere Zahlen. Wenn wir einen Vergleich anstellen, einen etwas längeren Zeitraum nehmen, 1978 bis 1981, und hier die Entwicklung der Nächtigungszahlen bundesländerweise vergleichen, dann sehen wir Kärnten hat einen Zuwachs bei den Nächtigungen von 22 Prozent gehabt in diesen drei Jahren, Burgenland 17 Prozent, Tirol 14 Prozent, Salzburg und Vorarlberg 10 Prozent, Wien 8 Prozent, Niederösterreich 5 Prozent, Oberösterreich 2,5 Prozent und die Steiermark, das Schlußlicht mit 0,7 Prozent im Vergleich dieses Zeitraumes. Aber der Vergleich der letzten Zeit ist ja nicht besonders günstig, das wissen wir sehr genau. Andererseits – ich bin schon beim Schluß – wird auch der Fremdenverkehr ein Volkswirtschaftszweig bleiben, auf den wir uns auch in der Zukunft stützen werden müssen. Wir haben alle landschaftlichen Voraussetzungen dazu, wir haben die Menschen, die in den Fremdenverkehrsbetrieben ihre Aufgaben hervorragend erfüllen, und es wird darum gehen, alles zu tun, um das zu unterstützen, daß es auch hier wieder ein bißchen aufwärtsgeht. Es werden wahrscheinlich auch neue Ideen hereinkommen müssen, weil wir mit den Dingen von gestern die Probleme von morgen nicht lösen können. Danke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Dorfer: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Es ist unbestritten und sicher wird heute kein Redner etwas anderes behaupten, wahr ist, der Fremdenverkehr stagniert. In der Steiermark hat die Abnahme im Fremdenverkehrsjahr 1981/1982 vier Prozent oder anders ausgedrückt, die Entwicklung minus vier Prozent, gemessen an den Nächtigungsziffern, betragen und ist eben auf 9,088.000 Nächtigungen gesunken. Eine ähnliche, fast genau gleiche Entwicklung, prozentuell haben wir im gesamtösterreichischen Schnitt in den letzten Jahren, wenn auch längerfristig sicherlich die Ziffern des Kollegen Brandl stimmen. Die Gastronomie klagt über Umsatzrückgänge, die Gastronomie klagt über zunehmende Sparsamkeit der Gäste, vor allem spürt man das bei den Extras, die immer von besonderem finanziellem Interesse für die Wirte gewesen sind. Und nun, Hohes Haus, meine Damen und Herren, gibt es Leute, Journalisten, und die Zeitungen schreiben es so, die sich darüber besonders wundern, die staunen, die alle möglichen Schuldigen suchen, warum der Fremdenverkehr auf einmal stagniert und zurückgeht. Die da meinen, alles mögliche ist da schuld, und die auch die Weisheit besitzen, das namentlich anzuführen, wer und was da schuld ist. Meine Damen und Herren, Hohes Haus, ich kann im Gegenteil eigentlich nur darüber staunen, daß es offensichtlich Leute gibt, die glauben, daß sich der Fremdenverkehr unabhängig von der übrigen Wirtschaft entwickeln kann. Der Fremdenverkehr ist doch wohl nichts anderes als ein Teil der Wirtschaft und nichts anderes. Bitte mir zu erklären, was der Fremdenverkehr anderes sein soll? (Abg. Halper: „Wer glaubt etwas anderes?“) Ich berufe mich auf die Zeitungen, ich habe hier keinem Vorredner widersprochen. (Abg. Halper: „Da haben Sie die ‚Tagespost‘ gelesen!“) Nein, nein, nein, ich lese alle Zeitungen und stelle das in den letzten Wochen wiederholt fest. Ich kann nur sagen, wenn die übrige Wirtschaft stagniert, wenn viele Arbeitnehmer freigestellt werden müssen, warum sollte es eigentlich beim Fremdenverkehr anders sein? Die Idee, daß sich der Fremdenverkehr von der anderen Wirtschaftsentwicklung abkoppeln könnte, ist doch eine Illusion. Und ich sage das in Richtung all derer, das hat mit meinen Vorrednern nichts zu tun, die in den letzten Wochen und Monaten geschrieben haben und Schuldige gesucht haben in der Fremdenverkehrsentwicklung. Deswegen sage ich das hier. Ich kann im Gegenteil eigentlich nur sagen, ich wundere mich eher darüber, daß der Fremdenverkehr nicht mehr stagniert und daß er nicht mehr schrumpft. Denn wenn Tausende Arbeitslose in Westeuropa zu verzeichnen sind, insbesondere in unserem Hauptland, das uns Gäste schickt, in der Bundesrepublik Deutschland zwei Millionen Arbeitslose zur Zeit, wenn viele Arbeitsplätze unsicher geworden sind, viele verunsicherte Existenzen damit verbunden sind, dann ist es doch klar, wo zuerst gespart wird. Zuerst wird eben dort gespart, wo die Ausgaben nicht existenziell notwendig sind, das ist eben einmal beim Urlaub. Es ist vor allem beim Zweiturlaub. Das immer geringere Annehmen eines Zweiturlaubes bekommen wir immer mehr zu spüren.

Ich weiß schon, Hohes Haus, daß es ein schwacher Trost ist, über eine unerfreuliche Entwicklung - wie könnte es anders sein -, aber alles andere wäre doch auch in der Fremdenverkehrspolitik eine Art Kopf-in-den-Sand-Stecken, wie ich glaube. Besorgniserregend, Hohes Haus, ist die finanzielle Situation von immer mehr Fremdenverkehrsbetrieben, auch in der Steiermark. Die Gewinne werden immer seltener. Viele leben noch, und wir wissen nicht wie lange, von ihrer Substanz. Allerdings kann man dazu sagen, Insolvenzen in großer Zahl konnten im Fremdenverkehr nur dadurch verhindert werden, daß eben viele Gastwirte samt ihren Familienangehörigen viel mehr arbeiten als der Durchschnittsösterreicher: 60-, 70- und 80-Stunden-Wochen sind dort geradezu eine Selbstverständlichkeit, und daß viele dieser Familienangehörigen fast nichts dabei verdienen und dadurch eben die Insolvenzen zum Großteil bisher noch verhindert werden konnten. Das alles ist eben nur in Familienbetrieben möglich. Fast alle steirischen Fremdenverkehrsbetriebe sind Familienbetriebe. Das soll auch so bleiben, das macht auch die Qualität des österreichischen Fremdenverkehrs aus, und ich möchte sagen, das sichert auch die Arbeitsplätze im Fremdenverkehr.

Nun glaube ich, daß zwei Gruppen von Maßnahmen zur Verbesserung der prekären wirtschaftlichen Situation des steirischen Fremdenverkehrs besonders vordringlich sind, wobei ich natürlich keine umfassende Erwähnung der notwendigen Maßnahmen geben kann und will: Zur ersten Gruppe der notwendigen Maßnahmen zähle ich auf jeden Fall die steuerlichen Erleichterungen, die in irgendeiner Form, trotz der angespannten öffentlichen Budgets, von den Gemeindebudgets bis zum Bundesbudget, kommen müssen. Die im internationalen Vergleich außergewöhnlich hohe Besteuerung der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft hat nachweislich seit Jahren investitionshemmende und leistungsfeindliche Wirkungen, die damit verbunden auch arbeitsplatzvernichtende oder zumindest arbeitsplatzbeschränkende Wirkungen ergeben. Die Folge ist eine Steuerverweigerung, die auch meine Vorredner mit anderen Worten schon angeführt haben, dies in allen möglichen Formen. Auch das steigende Pfuscherunwesen im Fremdenverkehr ist ja nichts anderes als eine Art Steuerumgehung, weil der Steuerdruck so groß ist, daß oft eine legale gewerbliche Fremdenverkehrsbetätigung unrentabel wird, das heißt, die bestehende Steuer praktisch leistungsbestrafend ist. Ich erlebe es sehr oft bei Versammlungen und vor wenigen Tagen erst in Predlitz, daß etwa ein Landwirt aufsteht und sagt: „Ja lieber Herr Dr. Dorfer, ich hatte, wie Sie wissen, eine Fremdenpensionskonzession, ich bin daraufgekommen, bei einem konzessionierten Fremdenverkehrsbetrieb ist nichts zu verdienen, es ist überhaupt nichts mehr übriggeblieben. Die Folge davon ist, daß ich die Konzession aufgegeben habe, und jetzt habe ich Schwierigkeiten mit der Gendarmerie, mit der Handelskammer, weil ich wegen angeblicher Gewerbepfuscherie angezeigt werde.“ Eine Entwicklung, die man in Hunderten Fällen, ich glaube in Tausenden Fällen, in diesem Lande in letzter Zeit erleben muß. Wenn Sie in Graz am Abend in der Nacht durch die Stadt gehen, entdecken Sie immer mehr sogenannte Klubs, das sind Nachtlokale ohne Konzession, man sagt, auf Vereinsbasis organisiert, nur

die Mitglieder dürfen hinein. In Wahrheit darf jeder hinein. Es werden dort schöne Geschäfte abgewickelt, es gibt nur keine Konzession. Es werden keine Steuern und Abgaben bezahlt, und es werden auch keine zusätzlichen Arbeitsplätze damit gesichert. Das ist, Hohes Haus und meine Damen und Herren, nichts anderes als die Flucht aus dem Steuerdruck. Es steht einfach fest, daß die optimalen Grenzen der Besteuerung, von denen seinerzeit ein Finanzminister Kamitz wiederholt gesprochen hat und dieses als Ziel hingestellt hat, daß diese optimalen Grenzen der Besteuerung längst überschritten sind. Der Kollege Brandl hat ein Privatzimmervermietungsgesetz gefordert, auch im Zusammenhang mit seiner Feststellung und Meinung, die richtig ist, daß eben auch dort eine Wettbewerbsungleichheit gegeben ist, weil eben in solchen Fällen Steuern und Abgaben nicht bezahlt werden. (Abg. Heschitz: „Dieses steuerfreie Land ist ein Land, das wir uns nicht wünschen. Siehe Albanien!“) Herr Präsident, ich bin ganz Ihrer Meinung, auch ich wünsche mir kein steuerfreies Land. Was ich mir wünsche, ist das Bestreben jedes Finanzministers und jeder Regierung, optimale Grenzen der Besteuerung zu finden, das heißt, die Besteuerung in jene Richtung zu lenken, daß der Kuchen optimal wächst, damit, um mit Kamitz zu reden, sich jeder einzelne Staatsbürger ein relativ großes Stück vom Kuchen abschneiden kann. Ein steuerfreies Land um Gottes Willen schon gar nicht à la Albanien, das will ich am allerwenigsten. Weitere Investitionen im Fremdenverkehr wären zweifellos notwendig, vor allem Qualitätsverbesserungen, aber dazu fehlt weithin das Eigenkapital. Teures Fremdkapital in zu hohem Maße amortisiert sich im Fremdenverkehr immer weniger. Die Gewinnerwartungen sind zu gering und dadurch werden auch für das nächste Jahr viele Investitionen ausbleiben; man kann sie auch nicht einem Betrieb mit viel Fremdkapital zusätzlich, wenn auch notwendig, empfehlen.

Die zweite Gruppe dessen, was notwendig wäre an Maßnahmen, wird eine verstärkte Imagewerbung sowie eine gezielte Verkaufswerbung sein müssen. Dazu brauchen wir unter anderem ein modernes Fremdenverkehrsgesetz, und dazu möchte ich, um, wie mir scheint, vorhandene Mißverständnisse auszuräumen, nur folgendes feststellen: Es ist mir völlig klar, an sich eine Pinsenweisheit, daß ein Landesfremdenverkehrsgesetz kein Allheilmittel und keine Wunderdroge ist. Ich habe auch von niemandem gehört, daß er darin so etwas sehen würde. Trotzdem glaube ich, daß ein Fremdenverkehrsgesetz in der jetzigen Situation, ich betone in der jetzigen Situation, meinerwegen, Kollege Brandl, seit zwei, drei Jahren, ein Gebot der Stunde ist. Ich kann nicht beurteilen, ob es richtig gewesen wäre, ein solches Gesetz schon vor zehn Jahren zu machen. (Abg. Brandl: „Es wäre besser gewesen!“) Ich glaube jedenfalls, daß es damals möglich war, ohne Fremdenverkehrsgesetz auszukommen. Jetzt jedenfalls, glaube ich wirklich, ist es notwendig. In Zukunft wird es notwendig sein, und wir brauchen dieses Gesetz als eine Basis eines noch effizienteren Fremdenverkehrsmanagements und als Basis für notwendige Finanzierungen, die die öffentlichen Budgets nicht mehr hergeben können. Dabei scheinen mir folgende Klarstellungen notwendig: Es geistert in der öffentlichen Diskussion um unser Fremdenverkehrsgesetz die Vorstellung

herum oder zumindest wird unterstellt, daß ehrenamtliche Funktionäre unserer Fremdenverkehrsorganisationen durch hauptberufliche ersetzt werden sollen. Solches zu verlangen, meine Damen und Herren, wäre glatter Unsinn. Ganz im Gegenteil, ich glaube, daß ehrenamtliche Funktionäre in Zukunft mindestens und genauso wichtig sind und sein werden wie bisher, denn sie müssen die Träger der Willensbildung, sie müssen richtungweisend sein in den Vereinen und Fremdenverkehrsverbänden. Es ist nicht genug zu danken all jenen ehrenamtlichen Funktionären, die diese Aufgabe bisher schon erfüllt haben, egal, ob es Fremdenverkehrstreibende waren, ob es sehr oft bei Bezirksfremdenverkehrsverbänden die Bezirkshauptleute waren, die sich für den Obmann hergegeben haben und rein ehrenamtlich ohne jeden Ersatz dafür Enormes für unsere Fremdenverkehrswirtschaft geleistet haben. Es ist allen diesen Leuten im höchsten Maße zu danken, und wir werden sie in Zukunft genauso brauchen wie bisher. Aber, meine Damen und Herren und Hohes Haus, man kann doch nicht verlangen, daß diese ehrenamtlichen Fremdenverkehrsfunktionäre in ihrer kargen Freizeit auch die viele Arbeit eines zweifellos notwendigen Fremdenverkehrsmanagements vollziehen. Ganz abgesehen davon, daß detailfachliche Spezialkenntnisse verständlicherweise bei diesen Funktionären oft nicht vorhanden sein können, weil ihr Hauptberuf ja sehr oft etwas ganz anderes ist. Daher brauchen wir die Ergänzung der ehrenamtlichen Manager durch hauptberufliche. Sicher werden das nur einige wenige im Land sein und für bestimmte Großregionen. Aber notwendig sind sie. Daher glaube ich, daß für Großregionen ein hauptberuflicher Manager notwendig sein wird. Dazu kommt, daß wir ja die Fachleute haben. Wir erleben es jedes Jahr bei den Abschlusfeiern in der Hotelfachschule Bad Gleichenberg, daß höchstqualifizierte Leute dort ausgemustert werden, daß jeder schon einen Posten hat, aber ein beachtlicher Teil davon diesen Posten nicht in der Steiermark bekommen konnte, sondern bereits einen Posten irgendwo im Westen Österreichs oder weiter im Westen über die österreichischen Grenzen hinaus angenommen hat. Ich möchte daher noch einmal klar und deutlich sagen, die ehrenamtlichen Fremdenverkehrsfunktionäre müssen bleiben, sie sollen nur durch hauptberufliche, fachlich im Fremdenverkehr ausgebildete Manager für Großregionen unterstützt werden, und das Fremdenverkehrsgesetz, Hohes Haus, soll die Finanzierung sichern. Es mag im übrigen recht sonderbar klingen, daß gerade Funktionäre der Wirtschaft mit einer zusätzlichen Abgabe einverstanden sind, ja, sie geradezu fordern. Ich bin mir, Hohes Haus, und jeder andere Funktionär der Wirtschaft darüber im klaren, daß es innerhalb der Handelskammer gar nicht leicht sein wird, bei allen Berufsgruppen der Wirtschaft Verständnis für diese zusätzliche Belastung zu finden. Aber trotzdem, bei der Bedeutung des Fremdenverkehrs in Österreich für fast alle Sparten unserer Wirtschaft, natürlich mehr oder weniger für die eine oder andere Sparte, werden wir den erforderlichen Interessensausgleich auch in der Handelskammer zustande bringen, dessen bin ich sicher, weil diese kleine Abgabe wie keine andere Abgabe, die die Betriebe zu leisten haben, sehr unmittelbar positive Wirkungen für die betroffenen Betriebe bringen wird, verglichen mit der Größe dieser Abgabe. Ich habe daher nur eine

Bitte, ja, ich möchte sagen, Forderung, daß dieses Fremdenverkehrsgesetz in vollem Konsens mit der Handelskammer, mit der Interessensvertretung der Fremdenverkehrswirtschaft, ausgearbeitet wird. Nicht, weil ich sagen möchte, wer bezahlt, schafft an, denn 85 Prozent dieser Ausgaben werden Mitglieder der Handelskammer bezahlen, sondern weil ich der Meinung bin, daß dies ein Gesetz für die gesamte Wirtschaft ist.

Und am Schlusse meiner Ausführungen, meine Damen und Herren, geziemt sich noch eine Feststellung. Wir leben in einer wirtschaftlichen Umbruchszeit. Sie ist auch im steirischen Fremdenverkehr eine Umbruchszeit geworden. Hochverdiente und bewährte Männer an der Spitze der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft, Landeshauptmannstellvertreter Franz Wegart, Landesfremdenverkehrsdirektor Winkl. Hofrat Dr. Gaisbacher, gehen aus diesen Funktionen, und neue Männer kommen. Sicherlich auch mit neuen, zum Teil anderen Vorstellungen, Ideen und Zielen. Und das, glaube ich, ist die Antwort auf die Frage des Kollegen Brandl, warum? Es ist in dieser Stunde und an dieser Stelle sicher nicht meine Aufgabe und schon gar nicht meine Kompetenz, und trotzdem drängt es mich dazu, dies zu tun, den Alten für ihre großen und bleibenden Verdienste zu danken, sie waren mit Hirn und Herz in dieser Aufgabe tätig, und den Neuen Erfolg zu wünschen ohne irgendwelche Vorschußlobernen zu verabreichen. Eines aber wünsche ich in dieser Stunde der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft und damit uns allen: daß die großartige Saat, die durch zwei Jahrzehnte gesät und auch geerntet wurde, mit neuen Düngemitteln versehen, mit zusätzlichen Erntemethoden weitere und zusätzliche Erträge zum Wohle unserer steirischen Wirtschaft bringen möge. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Stoppacher. Ich erteile es ihm.

Abg. Stoppacher: Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte damit einleiten, daß einer, der lange in der Politik steht, einmal gesagt hat, man wird ja noch gescheitert werden dürfen. Ich möchte es etwas abwandeln, man wird auch gerechter werden dürfen. Und, verehrte Kollegen aus der sozialistischen Fraktion, ich muß daran erinnern, daß seinerzeit 1978 der Herr Abgeordnete Laurich noch heftig den Landesfremdenverkehrsreferenten deswegen attackiert hat, weil das Landesfremdenverkehrsgesetz nicht Wirklichkeit geworden ist. Und im Jahre 1981, meine Damen und Herren, in der 4. Sitzung der X. Gesetzgebungsperiode hat der Herr Abgeordnete Ofner das neuerdings getan und vor allem wegen der gerechteren Verteilung der Förderungsmittel sein Mißfallen ausgedrückt. Ich freue mich sehr, daß man nun gerechter geworden ist jenem gegenüber, der bisher in der Hauptsache dafür verantwortlich gezeichnet hat. Ein Zweites: Der Herr Abgeordnete Brandl und auch mein Vorredner Dr. Dorfer haben den Wunsch geäußert, neben dem Landesfremdenverkehrsgesetz auch ein Privatzimmervermietungsgesetz zu beschließen. Ich bin nur in einer kleinen Fremdenverkehrsgemeinde tätig. Dort ist es nicht möglich, mit Managern, großen Büros und viel Personal die Fremdenverkehrsfragen zu lösen, sondern ist

dies nur mit dem Einsatz jedes einzelnen Funktionärs möglich. Ich frage mich, wo bleibt der Glaube an die Realität. Wir alle sind immer gegen die Bürokratie. Wir sind aber alle für die einzelnen Beamten. Ich frage mich nur, wie das zusammenpassen soll, wenn wir glauben, daß alles besser wird, wenn ein Gesetz geschaffen werden muß, wie dieses Gesetz administriert werden muß. In den Dörfern und Märkten und in den kleinen Städten bestehen Schwierigkeiten, die Administration im Sinne der Lösung der Probleme durchzuführen. (Abg. Brandl: „Bitte erklären wieso!“) Ich darf gleich sagen und kann darüber reden. Immer wieder hört man, man sollte die Meldepflicht kontrollieren, um die Meldemoral zu heben. Dies ist einfach gesagt, da und dort wäre es ohne Zweifel auch gerecht und angebracht, nur in der praktischen Durchführung, meine Damen und Herren, ergeben sich Schwierigkeiten. Nun lassen Sie mich ein paar Worte auch zum Fremdenverkehr im allgemeinen sagen. Ich kann mich auch ein wenig zurückerinnern an die Geschehnisse seit dem Zweiten Weltkrieg und habe miterlebt, wie sich die ersten Versuche im steirischen Fremdenverkehr in den oststeirischen Orten und Gemeinden entwickelt haben. Ich komme aus einer Gegend, wo wir nicht in der glücklichen Lage sind, zwei Saisonen zu haben, sondern weitestgehend, und gerade Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart und auch Herr Landesfremdenverkehrsdirektor Hofrat Dr. Gaisbacher wissen das, mit einer Saison auszukommen haben. Daher kann ich mich auch gut erinnern, wie es in den Anfängen gewesen ist. Diese kleinen Anfänge haben insgesamt in der Steiermark, in Österreich diese Sparte der Wirtschaft zu einem der größten Devisenbringer und auch zu einem Faktor des Arbeitsmarktes gemacht. Wenn man daran denkt, daß es einzelne Orte gibt, die sich schon im vergangenen Jahrhundert mit der sogenannten Sommerfrische beschäftigt haben. Zum Beispiel bei uns war damals der Großteil der Gäste Jagdgäste, die auf den Auerhahn im Rabenwald gejagt haben, oder Juden. Das war nicht nur bei uns in Anger, sondern auch in St. Ruprecht, in Radegund, in Pöllau und (Abg. Harntodt: „In Gleichenberg!“) in Gleichenberg genauso. Aus dieser Entwicklung heraus wurde der Anfang – wie ich bereits sagte –, der in das vergangene Jahrhundert zurückgeht, nach dem Zweiten Weltkrieg fortgesetzt und weitergebaut. Wir haben miterlebt, daß in diesen Jahren ein rasanter Aufschwung möglich war. An diesem Tag und in dieser Stunde sollte man auch an die verantwortlichen Männer denken, die den Fremdenverkehr weitgehend gestaltet und dafür verantwortlich gezeichnet haben. An den ehemaligen Landesrat und späteren Bundesminister DDr. Udo Illig, an den verstorbenen Landesrat Karl Brunner und dann später das Duo Landeshauptmannstellvertreter Franz Wegart und sein Mitstreiter Hofrat Dr. Josef Gaisbacher. Lassen Sie mich in dieser Stunde Herrn Landeshauptmannstellvertreter Franz Wegart – und als Bürgermeister einer Fremdenverkehrsgemeinde, die ihn zum Ehrenbürger ernannt hat, tue ich das um so lieber – namens der kleinen Orte der Ost-, der West-, der Süd- und der Obersteiermark, für die Obersteiermark hat das berechtigterweise mein Kollege Kröll getan, für alles aufrichtig und herzlich danken. Obwohl wir auch dem Zeitgeist gehuldigt haben, „könnte es ein bißchen mehr sein“, und du leider auch in der Vergangenheit unter dem Motto

„darf es nicht ein bißchen weniger sein“ handeln mußtest, haben wir uns doch immer zusammengeredet. Dafür aufrichtigen und herzlichen Dank. Und auch dir, Herr Hofrat, für all deine Mühe und deine Sorge auch um die Kleinen im Fremdenverkehr wirklich herzlichen Dank dafür. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren, zum Fremdenverkehr gehört neben dem Geld auch die sogenannte Infrastruktureinrichtung. Es sind einige Dinge genannt worden, und ich möchte sie nicht wiederholen, ob das der Stubenbergsee, Loipersdorf und so weiter sind. Im Jahre 1975, meine Damen und Herren, haben wir uns im oberen Feistritztal des Gerichtsbezirkes Birkfeld zusammengetan und den sogenannten Wirtschaftsförderungs- und Raumordnungsverband gegründet. Wir haben dort versucht, Bestandsaufnahme zu machen, um festzustellen, was fehlt, vor allem im Bereich des Fremdenverkehrs. Ein ganz besonderer Wunsch und eine ganz besondere Sorge war der Ausbau der Bundesstraße 72 und der Landesstraße im gesamten oberen Feistritztal und darüber hinaus im oststeirischen Raum. Dem Landesstraßenreferenten, unserem heutigen Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, ist es mit all seinen Kräften und mit all seinen Mitarbeitern gelungen, hier wirklich einen echten Schritt nach vorne zu tun. Obwohl der Herr Landeshauptmann nicht hier ist, darf ich ihm dafür aufrichtig und herzlich danken, weil wir glauben, daß uns damit ein Schritt in die Zukunft gelungen ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man seinen Dank ausspricht, so gibt es meistens auch Wünsche. Auch wir im Bezirk Weiz und in der Oststeiermark, in den sogenannten kleinen Fremdenverkehrsregionen, haben natürlich einige Wünsche vorzubringen. Dazu gehört die Abrundung der Wintersporteinrichtungen in unserem Bereich. Es geht auch darum, daß die so berühmte Tropfsteinhöhle, das Katerloch, der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht wird. Ich glaube, ich sage nicht zuviel, das ist die schönste Tropfsteinhöhle Österreichs. Diese Tropfsteinhöhle ist von den Besitzern, die sie erschlossen haben, dem Ehepaar Hofer, mit der Begründung gesperrt worden, daß manche Besucher wie Vandalen gehaust und alles zerschlagen haben. Wir hoffen, daß es uns in gemeinsamer Arbeit gelingen möge, daß diese Höhle wieder ein Schaubjekt wird, und damit auch als eine Einrichtung für den Fremdenverkehr zur Verfügung steht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wären einige der Wünsche gewesen.

Und zum Schluß spreche ich die Hoffnung und den Wunsch an den Nachfolger, Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Hans-Georg Fuchs aus, daß er unserer Fremdenverkehrsregion seine Aufmerksamkeit schenkt. Von den vielen Notwendigkeiten waren drei Dinge für den Erfolg im Fremdenverkehr bedeutungsvoll. Lassen Sie mich den Vergleich mit einem Schusterstuhl darstellen. Ein dicker „Haxn“ ist der gewerbliche Beherberger, das Gasthaus, das Hotel und auch der konzessionierte Frühstückspensionsinhaber. Daneben, meine Damen und Herren, damit eine gute Balance besteht, sind die zwei dünneren Beine der Privatzimmervermieter und der Urlaub am Bauernhof. In unserer Region ist ein Erfolg des Fremdenverkehrs davon abhängig, ob das Miteinander dieser drei Träger im Fremdenverkehr auch in Zukunft möglich ist. Dazu kommen die freiwilligen Mithelfer in den Fremdenverkehrsvereinen und

Gemeinden, die das ihre dazu beizutragen haben, was fast eine Selbstverständlichkeit ist. Mit dem Dank an dich sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter und an Herrn Hofrat Dr. Gaisbacher, wünsche ich dem Fremdenverkehr eine gedeihliche und gute Zusammenarbeit sowie Glück für die Zukunft. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart hat das Schlußwort.

Landeshauptmannstellvertreter Wegart: Herr Präsident, Hohes Haus, verehrte Damen und Herren!

Ich möchte einmal zunächst den Debattenrednern ein herzliches Danke für ihre Darlegungen zum Ausdruck bringen. Ich werde den Versuch unternehmen, auf die einzelnen Diskussionsbeiträge im Verlaufe meines Berichtes und meiner Analyse näher einzugehen. Meine Damen und Herren, Sie werden nicht Gefahr laufen, daß ich Sie nun sehr lange in Anspruch nehme. Aber es wird mir gerne jeder abnehmen, wenn ich sage, daß ich auch in dieser Stunde natürlich persönlich bewegt bin. Denn es ist sicher eine lange Periode steirischer Aufbauarbeit im Fremdenverkehr, die mit der Pensionierung des Hofrates Dr. Gaisbacher und mit der Übergabe meines Referates an Landesrat Fuchs eine Periode abschließt, eine Periode, die, alles in allem, zweifelsohne für das Land, für die Fremdenverkehrswirtschaft und für viele Teile unseres Landes gute Früchte getragen hat. Es wäre jetzt sicher für mich reizvoll, Sie mit Ziffern und mit Zahlen zu belasten. Aber ich glaube, ich werde davon Abstand nehmen. Ich werde Ihnen am Schluß meines Referates einen gedruckten Bericht über mein Referat am Landesfremdenverkehrstag geben und würde Sie bitten, diesen Bericht in einer ruhigen Stunde zu lesen. Wenn Sie ihn nicht lesen, würde ich fast vermessen sein und sagen, Sie werden etwas versäumen. Ich würde Ihnen daher empfehlen, ihn zu lesen. Aber, meine Damen und Herren, ganz sicher bin ich verpflichtet, auf einige Dinge einzugehen, die naturgemäß vor dem Hohen Haus zur Sprache gebracht werden müssen. Das ist, wenn Sie wollen, der umrissene Pflichtkreis. Meine Damen und Herren, als ich 1961 in die Landesregierung gewählt wurde, es ist lange her, da habe ich in der Fremdenverkehrsabteilung, die es damals nicht gegeben hat, sondern in der Rechtsabteilung 4, den ORR. Dr. Gaisbacher vorgefunden und noch ein paar Mitarbeiter. Wir haben damals im November 1961 den ersten Fremdenverkehrstag in Admont zur Durchführung gebracht. Da habe ich dreimal durchgezählt im Festsaal der Hauptschule zu Admont die Teilnehmer, und ich bin nie mehr als auf 71 gekommen. Am Schluß der Veranstaltung haben wir uns unterhalten und haben gesagt, eigentlich ist ja schon einiges geschehen, das muß man anerkennen, wenn auch die vierziger und fünfziger Jahre natürlich nicht jene stürmische Entwicklung hatten als dann die späteren, mit Rücksicht auf die Wiederaufbauphase und auf die ganz bedeutende wirtschaftliche Expansion, die wir in den sechziger Jahren erlebt haben. Es gibt nicht wenige, die heute schon von den goldenen sechziger Jahren reden. Da hat der Fremdenverkehr naturgemäß auch seinen Einstieg gefunden. Damals haben wir uns zusammengesetzt und haben ein Aktionsprogramm

ausgearbeitet. Unbekümmert, wie ein Dreiundvierzigjähriger ist, habe ich einfach auch einige Überlegungen angestellt. Wir haben damals gesagt, es gibt einmal zunächst drei Dinge, die wir zu erfüllen haben. Das erste, das ist der Aufbau der Infrastruktur. Die Infrastruktur im Lande war in diesem Umfange, von dem wir jetzt berichten können, zweifelsohne nicht gegeben. Es waren auch nicht die Mittel zur Verfügung, und es hat noch vieles von dem gefehlt, was ein moderner Tourismus braucht. Das zweite war, daß wir im Winterfremdenverkehr tatsächlich ein weißer Fleck gewesen sind. Da gab es ein paar Punkte und damit hatte es sein Bewenden. Es hat damals im Jahre 1961 knapp 95 Aufstiegshilfen gegeben. Wir haben damals die Aktion Schilift in die Wege geleitet und haben innerhalb eines Jahrzehnts nahezu 600 Anlagen im Lande aufgebaut und den Winterfremdenverkehr, meine Damen und Herren, damit auch, der unter ferner liefen in diesem Lande stattgefunden hat, an die vierte Stelle der österreichischen Bundesländer gebracht. Der österreichische Winterfremdenverkehr, meine Damen und Herren, spielt sich schwerpunktmäßig ab in Tirol, in Salzburg, in Vorarlberg und in der Steiermark. Das sind die vier bedeutenden Wintersportländer der österreichischen Republik. Alles andere können Sie unter ferner liefen hinnehmen. Das ist die Realität. Das zeigen auch die Übernachtungsziffern. Wir waren hinsichtlich der Gesamtübernachtungsfrequenz 1961 noch an sechster Stelle. Wir haben zuerst Niederösterreich überflügelt, in weiterer Folge in den sechziger Jahren Oberösterreich überflügelt und haben uns ebenfalls Mitte der sechziger Jahre an die vierte Stelle der österreichischen Bundesländer gesetzt. Hier halten wir die Stellung eindeutig, im Gegenteil, der Abstand zu Oberösterreich und zu Niederösterreich hat sich in dieser Zeit auch in den letzten Jahren noch vergrößert. Dazu kommt, daß weite Bereiche unseres Bundeslandes für nur eine Saison erschließbar waren. Ich nenne Ihnen hiebei die Oststeiermark. Mit Ausnahme der nördlichen Oststeiermark ist die gesamte übrige Oststeiermark ein Einsaisongebiet. Das hat viele Folgen für die Investitionen, viele Folgen für den Einsatz. Und man muß wissen, daß ein gewerblicher Fremdenverkehrsbetrieb, wenn er wirtschaftlich reüssieren will, dann muß er sich auf zwei Saisonen stützen. Oder, wie es in der Oststeiermark der Fall ist, daß er selbst im Betrieb auf zwei oder drei Beinen steht. Nur so kommt er über die Runden. Denn das eingesetzte Kapital in der Fremdenverkehrswirtschaft setzt sich langsam um. Jede Erschließung ist ein unglaublich langsamer Prozeß. Es ist nicht so wie in der Industrie, meine Damen und Herren, daß man eine Planung vornimmt, eine Fabrik hinbaut, die Maschinen hineinstellt, die Arbeiter einstellt, die Techniker anstellt und dann sagt, jetzt geht die Produktion los. Oh nein, das geht viel langsamer und viellangwieriger vor sich. Ehe es so weit ist, daß ein Betrieb geplant und gebaut wird und dann versucht, an die Gäste heranzukommen, vergeht im Regelfall ein halbes Jahrzehnt, ehe er sagen kann, er hat nun Tritt und Schritt gefaßt. Das ist die Realität und nichts anderes. Und daher war es ganz klar, daß wir in diesem Zusammenhang natürlich auch unsere Zeit gebraucht haben. Aber man kann sagen, daß das erste Jahrzehnt, meine Damen und Herren, zweifelsohne ein Jahrzehnt war, in dem wir eine beachtliche, in vielen Fällen sogar eine stürmische Aufwärtsentwicklung

erlebt haben, Mit Recht könnte der kritische Zuhörer sich nun die Frage stellen, und das haben auch die Medien getan – ich komme darauf heute noch gebührend zurück –, wir sind ein großes Bundesland, warum hätten wir nicht die gleiche Entwicklung nehmen können wie in Tirol? Oder wie in Salzburg? Das ist eine berechnete Frage, eine Frage, der ich auch nicht ausweiche, und zu der ich Stellung nehme.

Meine Damen und Herren, jetzt müssen wir eine Reise in die Vergangenheit antreten. Als der Erste Weltkrieg zu Ende ging und Österreich-Ungarn aufgeteilt in seine Nachfolgestaaten wurde, blieb übrig das, was wir die Alpenrepublik auch unserer Tage nennen. Eine Grenzziehung, die unser Bundesland in eine geographische Randlage gebracht hat. Nehmen Sie eine Landkarte von Europa zur Hand, dann wird Ihnen etwas anschaulich. Alle großen Transversalen aus Zentraleuropa führen nach dem Südwesten. Und eine einzige führt nach dem Osten, und sie nennt sich bezeichnenderweise Westautobahn. Ich sage Ihnen eines, es ist das eine Lebensfrage der steirischen Wirtschaft und im gleichen Umfange auch eine Lebensfrage des steirischen Tourismus. Die Probleme, die wir in der steirischen Wirtschaft haben, sind Standortprobleme und sind die Probleme der Randlage. Wer das nicht sieht, geht auch hier an Realitäten vorbei oder erleidet einen Realitätsverlust. Daher ist der Kampf um die Pyhrnautobahn, um den Versuch einer Transversale nach Zentraleuropa in Wahrheit ein Kampf auf Leben und Tod für die Weiterentwicklung in unserem Bundesland. Es wird allzu rasch vergessen, daß ein Drittel der Steiermark 1919 aus unserem Bundesland ausgegliedert und in den jugoslawischen Staatsverband eingegliedert wurde. 8000 Quadratkilometer sind es gewesen. Städte wie Marburg, Cilli und Pettau, sagen wir es ruhig, sind deutsche Städte gewesen. Das Land ist uns verlorengegangen. Und Städte, die früher im Zentrum des Landes gewesen sind, sind Grenzstädte geworden. Ich gehöre einer Generation an, die über Vergleichsmöglichkeiten verfügt. Ich kann einiges auch immerhin vergleichen. Ich erinnere mich lebhaft, ich bin ja im steirischen Unterland aufgewachsen, in der Nähe der Grenzstadt Radkersburg. Das Elend der damaligen Zeit kann sich ja heute überhaupt niemand vorstellen. Das war die Grenzziehung. Wir waren an der Mauer, an der Wand. Und dann kam der Zweite Weltkrieg, und dann wurde die Situation durch die politischen Veränderungen neuerdings verschärft. Und zwar in dem Umfang verschärft, dessen Vorstellungswelt heute Gott sei Dank etwas anders geworden ist. Aber erleben wir nicht auch gegenwärtig einen Vorgang, den ich als ungewöhnlich bezeichne, weil ihn niemand auch in seiner künsten Phantasie hätte erwarten können, daß unser Nachbarstaat einfach hergeht und eine 1000-Mark-Sperre einführt, seligen Angedenkens der 1000-Mark-Sperre in den dreißiger Jahren aus dem damaligen Deutschen Reich. Ich sage Ihnen auch eines hier, ich habe es am Fremdenverkehrstag gesagt und werde es auch hier tun. Trotzdem muß man eines sagen, hoffentlich gelingt dem Nachbarstaat eine Konsolidierung. Nichts haben wir uns sehnlicher zu wünschen, als dieses, denn eine Veränderung des Status quo im Nachbarstaat könnte eine Veränderung mit schwerwiegenden Folgen auch für Österreich sein. Mehr habe ich dazu nicht zu sagen. Wenn wir auch

diesen Schritt bedauern, so müssen wir zumindest so viel Verständnis aufbringen und sagen, hoffentlich gelingt ihnen die Konsolidierung. Das ist nicht nur ein Anliegen, das für sie selbst gilt, sondern – ich glaube – es ist auch ein österreichisches Anliegen. Ich glaube, auch das muß hinzugefügt werden. Meine Damen und Herren! So haben wir in diesen sechziger Jahren den ersten entscheidenden Schritt getan. Wir haben die Infrastruktur aufgebaut. Wir haben unzählige Schwimmbäder gebaut, Badeseen, Hallenbäder, Wanderwege. Wir haben mit einem Wort den großen Aufgabenbereich eigentlich – ich könnte fast sagen – weitestgehend abgeschlossen. Es ist unglaublich, wie viele Opfer von Gemeinden, aber auch vom Land erbracht wurden. Es ist unglaublich, mit welchem Schwung, mit welchem Elan und mit welcher Begeisterung da gearbeitet wurde, ehrenamtlich! Ich komme auch darauf noch zurück. Die zweite große Aufgabe, die wir in den sechziger Jahren angegangen sind, war die Kreditsteuerung zugunsten der gewerblichen Fremdenverkehrswirtschaft. Und jetzt lassen Sie mich auch etwas sagen. Der verstorbene Landeshauptmann Krainer hat das mehrfach gesagt, und ich glaube zur Ehre dieses Andenkens zitiere ich ihn. Er hat folgendes gesagt, sehr oft: „Vergessen wir nicht, daß wir ein Bundesland der kleinen Existenzen sind. Daß wir erst sehr spät Anschluß an die Industrie gefunden haben, daß die Agrarstruktur eine Agrarstruktur weitestgehend auch der kleinen bäuerlichen Betriebe ist.“ In meiner engeren Heimat sind es die Keuschler, die untersteirischen Keuschler. Und daß es die kleinen Gewerbetreibenden sind. Und daß wir eigentlich diese Struktur – und machen wir uns nichts vor – auch heute noch weitestgehend erhalten haben. So habe ich damals, auch aus einer Einstellung und aus dem eigenen Erleben, eine Auffassung vertreten, daß ich gesagt habe, wir werden den Familienbetrieb in den Vordergrund stellen. Wir werden nicht dem Gigantismus erliegen, sondern wir werden einfach sagen, der Familienbetrieb ist und bleibt unser Hauptziel. Und wir sind richtig gefahren. Jetzt erweist es sich in dieser Zeit, daß der Familienbetrieb krisenfest ist, daß er überschaubar ist und daß er in der Betreuung des Gastes durch nichts und durch niemanden zu ersetzen ist. Und, meine Damen und Herren, es ist – leider müssen wir sagen – in den letzten Wochen und Monaten auch eine Insolvenzwelle über den Österreichischen Fremdenverkehr hereingebrochen. Niemand geringerer als Tirol führt die Statistik in der Insolvenzwelle an, weil sie eine stürmische Entwicklung erlebt haben und weil das auch in der Diskussion bereits aufgezeigt wurde, daß die geringe Eigenkapitaldecke zuviel Fremdkapital, und wenn Gäste einmal ausbleiben, dann kommt er in die Drängerei.

Die Insolvenzen im steirischen Fremdenverkehr können wir an den fünf Fingern einer Hand abzählen. Das ist die Realität, weil wir auch dem Grundsatz gehuldigt haben, und das lassen Sie mich auch bei dieser Gelegenheit betonen. Wir hätten in den sechziger Jahren, ich bestreite das heute gar nicht, wahrscheinlich sogar etwas mehr Mittel mobilisieren können, aber auf Grund meiner sozialen Herkunft habe ich die Auffassung vertreten und habe gesagt, lassen wir es normal entwickeln und organisch wachsen, so wie ein Baum im Walde. Wenn er normal wächst und Wurzeln

faßt, dann wird er Stürme überstehen. Wenn er schießt wie im Treibhaus, dann weiß man nie, wenn der erste Sturm kommt, was ihm passiert. Wie richtig wir auch mit dieser Einstellung gefahren sind, beweisen uns auch diese Wochen und Monate. Wir sind auf diese Stürme eingestellt, und wir werden diese Stürme, sie sind noch nicht zur Gänze da, aber die Herausforderung ist sichtbar, überstehen. Auch eine Einstellung, die wir damals vom Grundsätzlichen her verfolgt und beobachtet haben. Meine Damen und Herren, wir haben in der Frage der Förderung der gewerblichen Fremdenverkehrswirtschaft, wie ich es betont habe, den Familienbetrieb in den Mittelpunkt gestellt. Wir haben aber auch als drittes, und das war naturgemäß eine Folge der beiden anderen Maßnahmen, die Werbung forciert. Henry Ford, der Erfinder des Fließbandes, hat einmal erklärt, wenn du in eine Sache einen Dollar hineinsteckst, gib einen zweiten dazu, um es bekanntzumachen. Das ist in Wahrheit die klassische Formel der Werbung. Wir haben mit der Werbung eingesetzt, und ich erinnere mich lebhaft, als ich das Referat übernommen habe, und als wir eine Bestandsaufnahme vorgenommen haben, habe ich zuerst gefragt, von woher kommen die Gäste. Dann wurde festgestellt, sie kommen zuerst aus Österreich.

Unsere schwierige randgeographische Lage hat uns veranlaßt, zuerst dem Inlandsgast den Vorrang einzuräumen, und dann haben wir festgestellt, wir kommen Zug um Zug auch stärker an den deutschen Gast heran, ein wenig an den holländischen und ein wenig an den skandinavischen. Und auf diesen Schwerpunkt haben wir unsere Werbung konzentriert. Zuerst im Inland, und wenn wir heute, meine Damen und Herren, unverändert unter den neun österreichischen Bundesländern das Inländerfremdenverkehrsland Nummer eins sind, dann ist das auch auf diese Orientierung zurückzuführen. Wir sind damit auch richtig gefahren. Ich habe dabei immer einen Ausdruck gebracht und habe erklärt, der Inlandsgast ist in Wahrheit die eiserne Ration des steirischen Fremdenverkehrs. Auf ihn können wir jetzt und sicher auch in Zukunft noch stärker zurückgreifen. Da sind Bundesländer, ohne daß ich sie im einzelnen nenne, die gar keinen Wert darauf gelegt haben, daß ein inländischer Gast zu ihnen kommt, und die ihn auch jetzt in den letzten zwei Jahren überraschenderweise zu entdecken begonnen haben, weil sie mittlerweile auch spüren, daß sich da gewisse Trendveränderungen abzeichnen. Daher haben wir geworben. Geworben auf einer Reihe von Ebenen. Über die Fremdenverkehrsabteilung des Landes, über die Regionalverbände und Bezirksverbände, über die Ortsvereine, über die Sektion Fremdenverkehr der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, und wir haben unseren Anteil der österreichischen Fremdenverkehrswerbung in Wien zur Verfügung gestellt, wobei ich vermerken möchte, daß gerade auch die österreichische Fremdenverkehrswerbung Wien außerordentlich viel zugunsten unseres Bundeslandes zuwege gebracht hat. Ich möchte das heute auch mit besonderer Dankbarkeit vermerken. Es haben die einzelnen Fremdenverkehrsbetriebe geworben, und wir können sagen, daß wir eigentlich Zug um Zug unseren Werbeinsatz in der Größenordnung zwischen 25 bis 30 Millionen Schilling im Jahr umgesetzt haben. Das ist eine enorme Zahl in der Fülle der Möglichkeiten.

Wir haben Messen besucht, wir haben selbst Ausstellungen veranstaltet, wir haben Journalisten in das Land gebracht, wir sind hingefahren in jede Stadt, ob es Wien, Berlin, Hannover, Hamburg, Essen, Köln, München, Stuttgart, ob es Agram oder Laibach gewesen ist, überall, wo es möglich war, sind wir hingefahren und haben uns an Ort und Stelle bemerkbar gemacht und haben uns, mit einem Wort gesagt, gerührt. Aber wir waren nicht allein dort. Da sind auch die anderen aufgetreten. Es zeigt sich, daß der ungeheure Werbeinsatz, der in der Fremdenverkehrswirtschaft und von uns allen zum Ausdruck gebracht wurde, natürlich auch seine Früchte getragen hat. Zug um Zug. Und ich sage Ihnen, ich glaube das muß man in diesem Zusammenhang betonen, daß der Erfolg des steirischen Fremdenverkehrs deshalb um so höher zu bewerten ist, weil er unter erschwerten Bedingungen zustande gekommen ist. Wenn wir die Standortlage Tirols oder Salzburgs gehabt hätten, wäre manches einfacher und unkomplizierter gelaufen. Ganz sicher. Deshalb glaube ich, sollten wir das auch in dem Zusammenhang sagen. Und, meine Damen und Herren, wir haben so nebenbei viele andere Dinge in die Wege geleitet. Ich möchte vielleicht darauf aufmerksam machen, daß wir in dieser Zeit fünf neue Kurorte aus dem Boden gestampft haben, daß wir in dieser Zeit, meine Damen und Herren, einen Schwerpunkt gebildet haben, das war die Schaffung und die Erziehung zur Fremdenverkehrsgesinnung. Wie schwer es ist, eine Gemeinde in eine Fremdenverkehrsgemeinde umzupolen, das habe ich an vielen, vielen Beispielen persönlich erlebt. Weil es nicht nur darauf ankommt, daß ein paar dort freundlich und höflich und hilfsbereit sind und Fremdenverkehrsgesinnung üben, sondern da muß eine ganze Gemeinde mittun. Auch das, glaube ich, haben wir zuwege gebracht.

Es gibt eine demoskopische Untersuchung Oberösterreichs, die ausgelotet hat, welches von den österreichischen Bundesländern in der Gastfreundschaft die Spitze anführt. Die Steiermark gilt nach dieser demoskopischen Untersuchung, die nicht von uns veranlaßt wurde, als das gastfreundlichste Bundesland unter den österreichischen Bundesländern. Und wenn ich mehrfach in den letzten Tagen das Wort Fremdenverkehrsindustrie gehört habe, dann würde ich Sie bitten, dieses Wort aus dem Sprachschatz zu streichen. Wir haben keine Fremdenverkehrsindustrie, und wir wollen keine Fremdenverkehrsindustrie, sondern wir wollen einen Fremdenverkehr, der auf die Eigenart unseres Bundeslandes aufbaut. (Allgemeiner Beifall.) Diese Eigenart, meine Damen und Herren, ist es, die in der Vielfalt dieses Landes, in der Vielfalt dieser Landschaft, in der Vielfalt seiner Menschen zum Ausdruck kommt, in der Vielfalt auch unserer geschichtlichen Vergangenheit. Das alles zusammengenommen. Wenn Gäste herkommen hat das viele Gründe, und es gibt viele menschliche Berührungspunkte. Aber es ist auch das Wesen, dem sie begegnen. Das sollten wir nicht übersehen. Es ist nicht nur ein kommerzieller Vorgang, wie das manche glauben, und eine Nummer, die für drei Wochen versorgt werden muß und dann wieder heimschicken ist, sondern es ist in Wahrheit auch eine der menschlichen Brücken. Ich glaube, daß die Steiermark im Verlaufe dieser Zeit auch viele neue Freunde gewonnen hat. Das gehört auch zu diesem Kapitel dazu.

Meine Damen und Herren, das ist vielleicht jetzt, ich gebe es gerne zu, in aller Kürze ein Bericht, eine Analyse über diese Zeit, die ich als die Pionierzeit in der Aufbauphase des steirischen Fremdenverkehrs bezeichnen möchte. Wenn ich vielleicht noch hinzufüge, es ist heute schon gesagt worden, einer Idee unseres verehrten Landtagspräsidenten Hanns Koren folgend, der im Gedenkjahr 1959 den Landesblumenschmuckwettbewerb eingeführt hat, den wir dann in mein Referat übernommen haben und den wir durchgeführt haben bis zum heutigen Tage. Im heurigen Jahr haben wir 35.000 Einzelbeteiligungen zustande gebracht, Hunderte von Gemeinden, die sich an diesem Wettbewerb beteiligen. Ja, man kann ruhig sagen, es ist die größte Bürgerinitiative unseres Bundeslandes für eine schönere, für eine lebenswertere und lebenswertere Steiermark. Und wenn dieses wunderschöne Dorf Wenigzell im heurigen Jahr beim Europäischen Blumenschmuckwettbewerb die Palme des Sieges als das „Schönste Dorf Europas“ im Blumenschmuckwettbewerb 1982 zuwege gebracht hat, dann ist das auch unter anderem auf diese Bemühungen zurückzuführen. Dazu kommt noch, und das muß gesagt werden, wir haben nicht subventioniert. Hier haben die Beteiligten selbst in die Tasche gegriffen, Zeit und Geld geopfert. Ich erinnere mich, ich war bei der „Felsenwirtin“ in der Ramsau, die dreimal Landessiegerin gewesen ist. Man muß dieses Blumenparadies erlebt haben, um zu begreifen, was sie da zuwege gebracht hat. Auf meine Frage, na, wieviel Stunden brauchen Sie denn im Tag dafür. Da hat sie gesagt von gut halb fünf Uhr früh bis um sieben Uhr früh und nach dem Essen bis um fünf Uhr am Nachmittag. Unter fünf Stunden am Tag geht es nicht. Dann sage ich, was kostet das Ganze, dann sagt sie, im Schnitt investiere ich in diese Sache pro Saison etwa 35.000 Schilling. Meine Damen und Herren, nur um ein Beispiel zu sagen. Solche Beispiele könnte ich en masse aufzählen, um auch zu sagen, was hier an enormer freiwilliger Arbeit geleistet wird.

Nun lassen Sie mich zum Aktuellen ein Wort sagen, zur Analyse des abgelaufenen Fremdenverkehrsjahres. Verehrte Damen und Herren, wir haben bis vor kurzem die Philosophie vertreten, daß alles andere unter Umständen in Schwierigkeiten geraten kann, dem Fremdenverkehr wird im Regelfall nichts passieren. Von dieser Philosophie müssen wir, aber nicht nur wir in der Steiermark, leider überhaupt Abschied nehmen. Zeitverzögert kommt die Problematik, in der wir uns gegenwärtig befinden, nicht nur wir, sondern auch unsere Herkunftsländer, die Bundesrepublik, die Niederlande und ähnliches auch auf den Fremdenverkehr zu. Ich werde Sie auch hier nicht mit Zahlen belasten. Sie sind heute bereits genannt worden. Aber es hat sich eines gezeigt. Der Rückgang im heurigen Sommerfremdenverkehr von West nach Ost ist durchgehend fast in gleichen Größenordnungen – er schaut nur in absoluten Zahlen jeweils etwas anders aus. Es zeigt sich, wenn 81 Prozent aller Gäste, die nach Österreich kommen, aus der Bundesrepublik Deutschland und aus Holland kommen, dann muß man wissen, wenn die wirtschaftlichen Vorgänge der Bundesrepublik und auch in Holland nun einmal so massiv auftreten, daß wir naturgemäß auch davon betroffen sind. Das ist unvermeidlich, und das ist ein Vorgang, der uns heim-

gesucht hat. Der uns aber immer noch nicht so stark heimgesucht hat als etwa jene Länder, die nur ausschließlich auf den bundesdeutschen Gast gebaut haben. Die Tiroler hatten allein im August 30 Prozent weniger bundesdeutsche Gäste. Das hat in manchen Bergdörfern Tirols so gewirkt, als sei ein Unwetter über sie hereingebrochen. Man muß wissen, was das bedeutet. Daher ist es ganz sicher, daß wir sagen können, wir haben von den Zuwachsraten der siebziger und ganz sicher von den Zuwachsraten der sechziger Jahre in dieser Form Abschied genommen. Sondern jetzt kommt es darauf an – das mag auch vielleicht für den einen oder anderen sehr wenig sein, aber ich halte es für sehr viel – zu sagen, daß wir diese Gratwanderung, die wir da erreicht haben, fortsetzen. Ich könnte sagen, wenn man verschiedenes befolgt, beobachtet und auch neue Überlegungen anstellt, daß dies möglich ist. Möglich ist es sicher, aber es wird nicht einfach sein. Da muß man kein Prophet sein, denn diese großen Zuwachsraten werden angesichts der wirtschaftlichen Situation einfach nicht mehr drinnen sein, wobei noch hinzukommt auch die enorme Konkurrenz, meine Damen und Herren, der wir in aller Welt im Sommer gegenüberstehen mit Dumpingpreisen, die man einfach gar nicht mehr begreifen kann. Die Konkurrenz ist weltweit geworden. Jeder Staat versucht, am Kuchen des Tourismus mitzunaschen. Daher glaube ich, dürfen wir auch in diesem Zusammenhang feststellen, daß die Frage der Situation, wie es weitergeht, einfach so beantwortet werden kann, es gibt – es ist auch heute schon festgestellt worden – keine Wunderdroge, für nichts, das zeigt sich ja leider. Es gibt nur eines, eine alte Bauernregel zu befolgen, die lautet: „Sich regen bringt Segen.“ Und man wird sich eben regen müssen. Das haben die Fremdenverkehrswirtschaft und alle an ihr Beteiligten bisher getan, und ich zweifle keinen Augenblick, daß sie das ebenfalls in Zukunft tun werden.

Meine Damen und Herren! Ich habe aber noch einen Vorgang in diesem Zusammenhang hier zu berichten, der im heurigen Frühjahr auch eine wichtige mediale Auseinandersetzung zur Folge gehabt hat. Das war die Frage Loipersdorf. Lassen Sie mich auch hier in aller Offenheit ein Wort sagen, wobei ich zuerst folgendes an die Spitze stelle: Ich bedaure die Kostenexplosion ebenso. Das muß einmal zunächst festgestellt werden. Es gibt dafür eine Reihe von Ursachen, die begründbar erscheinen. Es gibt auch ein paar Dinge, die uns leider auch ausgerutscht sind. Das wollen wir auch nicht bestreiten. Ich bedaure es, das muß ich gleich hinzufügen. Aber gleichzeitig füge ich hinzu, meine Damen und Herren, als dieses Projekt angegangen wurde, konnten wir einfach mit dem besten Willen nicht voraussehen, weil es ein einmaliges Projekt im Lande ist. Es ist die erste Therme, die wir erschlossen haben, daß wir hier ein Projekt zuwege gebracht haben, das voll eingeschlagen hat. Noch dazu in diesem Gebiet – das lassen Sie mich hier auch sagen. Kein Landesteil der Steiermark ist in seiner geschichtlichen Vergangenheit so bitter geprüft worden und von so vielen Heimsuchungen überrascht worden, als die Oststeiermark. Lesen Sie ein wenig steirische Geschichte, dann werden Sie merken, wie übel den Oststeirern mitgespielt wurde. Es ist ihnen nichts erspart geblieben, bis in die jüngste Zeit herein. Zuletzt in den April- und

Maitagen des Jahres 1945. Es ging sogar eine Zeitlang ein grausames Wort um, das Wort von der vergessenen Oststeiermark. Und heute können wir sagen, hat die Oststeiermark aufgeholt. Sie ist ein lebendiges Land geworden mit seinen Problemen, aber sie ist ein lebendiges Land geworden. Obwohl es nur in den vier Bezirken im Regelfall eine Saison gibt, haben sie es im letzten Fremdenverkehrsjahr auf zwei Millionen Übernachtungen gebracht. Ein Erfolg, den man einfach als ungewöhnlich bezeichnen muß. Ich sage Ihnen eines, es ist uns mit Loipersdorf gelungen erstens eine Strukturverbesserung, eine ganz entscheidende, es ist uns gelungen, 250 über das Jahr gesicherte Arbeitsplätze zu schaffen und in einem Einzugsgebiet von 30 Kilometern zweifelsohne auch eine wirtschaftliche Befruchtung und auch – das, was man sagt – die Hebung eines Image; heute bedeutet das bereits schon etwas. Ich habe gerade heute vormittag die Ziffern der ersten elf Monate auf den Tisch bekommen. Vom 1. Jänner des heurigen Jahres bis zum 30. November hatten wir in Loipersdorf – Sie hören nicht falsch – 342.000 Besucher. (Allgemeiner Beifall.) Das ist eine gigantische Zahl! Wir sind davon ausgegangen, daß wir etwa auf 150.000, 160.000 kommen müssen, um in etwa kostendeckend zu sein. Wir werden im Dezember allerdings etwa zehn Tage für Überholungsarbeiten sperren, aber wir werden am Ende auf 360.000 Besucher kommen, das ist immerhin ein Vorgang, der auch für die Zukunft zu den besten Hoffnungen berechtigt. Ein Vorgang, meine Damen und Herren, den ich als etwas Einmaliges und etwas Großes bezeichnen möchte. Aber ich sage nochmals, es ist uns einiges natürlich auch – wenn man so will – davongerannt.

Nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch in dieser Stunde ein Wort des Dankes sagen an einen Mann, der mit mir diese 21 Jahre die Wegstrecke zurückgelegt hat. Hofrat Dr. Gaisbacher! Lieber Freund! Ich möchte dir hier vor diesem Hohen Haus ein herzliches Danke sagen für deinen Fleiß, für dein Beispiel, für deinen Einsatz, manchmal pecken wir ja gerne auf den Beamten herum. Aber lassen Sie mich sagen, das ist die Siebentagewoche, da hat es keinen freien Abend gegeben, wir haben uns geschunden und geplagt bis zur Erschöpfung, und wann immer ich ihn gebraucht habe, war er da, zu jeder Zeit, ob Sonn- und Feiertag, ob am Vormittag, am Nachmittag, am Abend und in der Nacht. Geschunden bis zur Erschöpfung. Er hat dem Land viele Freunde gebracht mit seinem Charme, mit seiner Ausstrahlung, über die er verfügt, und mit diesem fröhlichen Wesen, das so ein gutes Stück Steirertum verkörpert. Ich möchte dir in dieser Stunde sehr, sehr herzlich danken, denn es war eine wunderbare Zeit. Es war eine Zeit – wir gehören der gleichen Generation an, du bist ein paar Monate älter, aber da kannst ja du nichts dafür –, ich kann nur eines sagen, wofür ich dir aber ganz besonders auch in dieser Stunde danken möchte, ist, für diese persönliche Freundschaft, für die Loyalität und für das Mitgehen in guten und in trüben Tagen. Es war großartig, und was man dir wünschen darf, auch dir und vor allem auch deiner lieben Frau und deinen Kindern, die sehr oft auf dich verzichten mußten. Ich habe es ja hin und wieder ein wenig vermerkt, nicht im bösen Sinne, aber hin und wieder wurde mir doch angedeutet, es wäre doch gut, wenn der Papa hin und wieder daheim wäre. Ich

schließe in diesen Dank deine liebe Frau ein und deine Kinder und darf dir aus ganzem Herzen einen gesunden, einen friedlichen Lebensabend und Ruhestand wünschen, denn den hast du dir redlich verdient. (Allgemeiner Beifall.)

Ja, meine Damen und Herren, und nun lassen Sie mich noch ein Wort sagen. Ich merke, es knistert im Raume, jeder sagt, wann kommt er nun endlich darauf! Es ist die Frage der Referatsübergabe. Es haben sich damit Berufene und Unberufene beschäftigt. Lassen Sie mich einmal zunächst eine grundsätzliche Feststellung treffen. Es hat mich niemand zu dieser Sache gezwungen. Ich möchte darauf besonderen Wert legen und diese Feststellung auch hier treffen. Es ist mehrfach auch in den Medien, seitdem diese Sache draußen ist, ein Wort gefallen, das ich nicht gern höre. Das Wort vom Parteisoldaten. Ich sage Ihnen eines, jeder Mensch erfährt seine Prägung. Ich habe sie erfahren im Elternhaus, bei meiner Großmutter, wo ich aufgewachsen bin, im steirischen Unterland. Ich habe sie erfahren in der Landschule zu Radkersburg durch begnadete Lehrer. Aber ich habe sie zum dritten erfahren, als ich den grauen Rock angezogen habe sieben Jahre lang und gelernt habe Disziplin, Kameradschaft, Freundschaft, Pflichterfüllung. Und dem werde ich niemals ausweichen. Ich sage Ihnen auch eines, ich habe durch meine Gesinnungsgemeinschaft eine Chance bekommen, eine Chance, diesem Lande zu dienen. Ich durfte diese Chance wahrnehmen. Es gibt genauso tüchtige, viel gescheitere und bessere Leute, als es ein Wegart sein kann, die diese Chance nicht hatten. Ich bin froh gewesen und dankbar, daß ich diesem Land im Fremdenverkehrsreferat dienen durfte und dienen konnte. Es ist mir die Entscheidung, die mir überlassen war, nicht leichtgefallen, da würde ich es mir zu einfach machen. Aber ich war der Meinung, ich habe auch mit mir gerungen, das gebe ich Ihnen gerne zu, daß ich gesagt habe, nach 21 Jahren Tätigkeit soll auch eine neue Philosophie mit neuen Personen Platz greifen. Ich habe am Fremdenverkehrstag zum Ausdruck gebracht, ich bitte alle Verantwortlichen, ob sie Bürgermeister oder Obmänner sind, dem neuen Referenten, den neuen Herren in der Fremdenverkehrsabteilung, im Fremdenverkehrsverband die gleiche Loyalität entgegenzubringen und die gleiche Mitarbeit und die gleiche Begeisterung, die sie mir entgegengebracht haben. Denn das Gebot unserer Tage, und das sage ich dem ganzen Haus, ist in Wahrheit das Gebot der Zusammenarbeit. Meine Damen und Herren, es verbinden mich mit vielen in diesem Hause zur Linken, zur Mitte und zur Rechten persönliche Beziehungen, die ich nicht leugne, zu denen ich mich bekenne. Ich habe als Halbwüchsiger erlebt, wie grausam es in diesem Lande zugegangen ist, wo politische Gegner sich nicht die Hand reichen konnten, wo sie sich am liebsten gegenseitig umgebracht hätten. Wir haben es ja zweimal probiert im Jahre 1934. Gott sei Dank ist das vorbei, Gott sei Dank können wir miteinander reden. Auch die Diskussion in diesen drei Tagen ist ein lebendiges Zeugnis, daß wir in der Demokratie einen großen Fortschritt gemacht haben. Es ist ein lebendiges Zeugnis für die Kraft dieses Landes. Es kommt darauf an, was mir einer meiner Lehrmeister gesagt hat, Alfons Gorbach, nicht den Gegner zu vernichten, sondern ihn zu überwinden.

Überwinden heißt aber auch, mit ihm reden und versuchen, letzten Endes das Gemeinsame zu tun. Und wenn ich sagen könnte, verehrte Freunde, wenn ich Sie so ansprechen darf, das ist ein großes Boot. Wir alle sitzen im gleichen Boot, nur jeder an einem anderen Ruder. Aber es kommt darauf an, daß dieses Boot einen guten Kurs steuert und daß dieser gute Kurs weitergesteuert wird, das ist mein Wunsch und meine Bitte, auch in dieser Stunde. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Wir kommen somit zum dritten und letzten Teil der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Präsident Stoisser.

Abg. Ing. Stoisser: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bevor ich zur allgemeinen Wirtschaftsförderung komme, möchte auch ich mich beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart herzlich für seine Tätigkeit für den Fremdenverkehr bedanken, der sich, wie wir schon gehört haben, ja nicht direkt von der Wirtschaft trennen läßt und mit seinen starken Impulsen auch die gesamte Wirtschaft in der Steiermark beeinflußt hat. Ich richte gleichzeitig auch die Bitte an den Nachfolger, so wie bisher für die allgemeine Wirtschaft auch im Fremdenverkehr tätig zu sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu Beginn einige Zahlen. Sie würden teilweise schon genannt. Tatsachen: 127.000 Arbeitslose in Österreich, das sind 4,5 Prozent. In der Steiermark über 20.000, das sind 5 Prozent. Das ist eine Zunahme um mehr als ein Drittel in der Steiermark. Das Furchtbare dabei ist, daß der Anteil der Jugendlichen hier bereits 33,8 Prozent erreicht hat. Wenn man sich diese Jugendlichen anschaut, bis 19 Jahre beispielsweise, ist es bemerkenswert, daß 70 Prozent dieser Jugendlichen nur einen Hauptschulabschluß haben und 24 Prozent davon einen Lehrabschluß fertig haben. Auch die Insolvenzen haben sich leider Gottes nicht zum besten entwickelt. So sind in der Steiermark bisher, bis Ende November, 225 Ausgleiche und Konkurse angemeldet worden, das sind gegenüber dem Vorjahr nahezu 30 Prozent mehr. Aber was nun dazu. Ich will jetzt nicht billig hin- und herschupfen, wer hier die Schuld hat, sondern ich möchte feststellen, daß es wirklich die allgemeine Wirtschaftslage auf der Welt ist, daß die Zeit des hohen Wachstums mit 5, 6, 7 und vielleicht noch mehr Prozent vorbei ist, daß wir uns freuen müssen, wenn wir ein Wachstum von einem oder vielleicht sogar 2 Prozent erzielen werden. Nur die Bevölkerung, die Unternehmer und die Politiker müssen in ihren Taten und ihren Wünschen und in ihrem Willen dieser Tatsache Rechnung tragen. Ich glaube, das ist das Wesentliche. Man soll hier nichts anderes vorgaukeln, sondern man sollte dieser Tatsache in die Augen schauen. Hier gibt es natürlich verschiedene Lösungsmöglichkeiten. Und daß wir uns hier - links und rechts - nicht immer einer Meinung sind, liegt ja wohl in der Natur der Dinge. Man hört, man könnte mehr Schulden machen, man könnte eine Arbeitszeitverkürzung machen. Man könnte vielleicht Schulden machen und diese mit einer Inflation beseitigen. Es gäbe da viele Dinge mehr. Ich meine vielleicht kurz zur Arbeitszeitverkürzung. Wenn ein Unternehmer weiß,

daß diese Arbeitszeitverkürzung eine gute Sache ist, wird er sicher dazu stehen und wir würden als Interessensvertreter der Unternehmer einer solchen sofort zustimmen. Nur ist diese Materie so kompliziert, daß man das, glaube ich, nicht mit einem einfachen Ja oder Nein beantworten kann. Es ist hier sicherlich nicht die Zeit dazu, eine ausführliche Diskussion darüber durchzuführen. Ich habe nur eine Frage, warum man von der Regierungsseite her dieser Tatsache nicht Rechnung trägt und dem Volk hier versucht, falsche Tatsachen vor Augen zu halten. Ein Beispiel dafür ist das Bundesbudget dieses Jahres, das ja gerade im Nationalrat behandelt wird. Hier setzt man für das Budget eine Arbeitslosenrate von 3,3 Prozent ein. 4,2 Prozent sind prognostiziert. Das Wachstum wird mit 2 Prozent angenommen. Das WIFO hat dafür ein bis 1,5 Prozent eingesetzt, und das ist mit Vorsicht zu genießen. Von der Steueramnestie erwartet man sich 5 Milliarden Schilling. Für den Personalaufwand werden nur 4 Prozent Mehraufwand dazugerechnet. In Wirklichkeit ist der Lohnabschluß schon höher, und man hat gleichzeitig 1150 neue Dienstposten geschaffen. Auch für Jugendliche, dankenswerterweise. Man hat aber weiterhin neue Schulden gemacht. Und zu diesen Schulden möchte ich nur sagen: Das kann nicht der österreichische und der richtige Weg sein. Dazu nur zwei Vergleiche: Im Jahre 1975 hat der Bund bei der damals entstehenden Arbeitslosigkeit 35 Milliarden Schilling Neuverschuldung aufgenommen, und es wurden damals davon 5 Milliarden Schilling an Zinsen weggezahlt. Es wurde auch tatsächlich die Arbeitslosigkeit damit in den Griff gebracht. Nur hat man das Schuldenmachen in den Jahren darauf weiterhin fortgesetzt, und man hat auch heuer wieder 32 Milliarden Schilling Neuverschuldung aufgenommen. Aber, meine Damen und Herren, davon sind 27 Milliarden Schilling an Zinsen weggezahlt worden. Nur 5 Milliarden Schilling konnten für die Wirtschaft wirksam eingesetzt werden. Allein an diesem Vergleich sehen Sie, daß ein Weiterverschulden unmöglich ist, weil es dann keine Beweglichkeit im Budget mehr gibt und die neuen Schulden nur mehr für das Decken der alten Schulden da sind. Es wurde dieser österreichische Weg sogar exportiert nach Frankreich, nach Spanien. Nur in Frankreich hat man schon die Konsequenzen gezogen, nachdem man mit diesem „österreichischen Weg“ mit mehr Schulden, mit viel mehr Staatsausgaben, mit viel mehr Staatsbediensteten bereits 8,6 Prozent Arbeitslosigkeit erreicht hat, die höchste seit den dreißiger Jahren in Frankreich. Und man hat eine 180-Grad-Kehrtwendung gemacht und hat erstens eine Preisüberwachung, zweitens einen Lohnstopp in einem sozialistisch geführten Land eingeführt. (Abg. Halper: „Nur für die hohen Einkommen!“) Nicht für die hohen, für 10 bis 12 Prozent und für die Staatsbediensteten ein Limit von 8 Prozent. Die öffentlichen Ausgaben wurden stark reduziert, und es wurde - man höre und staune - der Selbstbehalt in den Spitälern eingeführt. Und die Regierung - auch das ist sehr bezeichnend - erklärt, den Unternehmern höhere Gewinnspannen zuzugestehen, weil diese Gewinne für das weitere Wirken für die Wirtschaft besser ist. Meine Meinung ist, daß man den produktiven Sektor fördern muß, die Industrie, die Landwirtschaft, das produzierende Gewerbe. Die Dienstleistung alleine kann uns eine Vollbeschäftigung nicht geben und hat ja in Österreich bereits einen Wert

von 58 Prozent erreicht. Wir wünschen uns auch, daß wir keine Bocksprünge des Staates haben, wie in der letzten Zeit. Das zweite Abgabenänderungsgesetz unseligen Angedenkens! Das Mietengesetz, das Jugendeinstellungsgesetz, das herumgeistert, das Jugendbeschäftigungsgesetz und die Belegschaftspflicht und was es da alles mehr gibt. Die hohen Zinsen können kein Anreiz sein für neue Investitionen und für eine Neuverschuldung. Die hohen Zinsen sind der Tod einer Wirtschaft. Das sei gesagt, und wir freuen uns, daß es hier bereits eine positive Entwicklung nach unten gibt.

Nun zur Situation in der Steiermark, wenn ich unten beginnen darf im Grenzland. Hier war nie extra viel los, und es gibt daher keine spektakulären Zusammenbrüche. Es sind aber im Grenzland die höchsten Arbeitslosenzahlen, in Deutschlandsberg, in Leibnitz und in Radkersburg, jetzt zur Zeit nur noch übertroffen von Murau. Ein furchtbarer Schlag für uns ist diese faktische Sperre der Grenze, die für einige hundert Arbeitsplätze im gesamten südsteirischen Raum eine große Gefahr ist. Eines muß ich hier sagen, ich vermisste hier eigentlich eine diplomatische Tätigkeit unseres in der Außenpolitik so erfolgreichen Bundeskanzlers. Wir haben dazu kein einziges Wort von ihm gehört. Die Steirer und die Kärntner hätten sich sehr gefreut, wenn auch hier vom Bundeskanzler eine außenpolitische Aktivität gesetzt worden wäre. (Abg. Dr. Dorfer: „Das kommt nicht in die Weltpresse. Das ist nicht interessant!“) Zur Oststeiermark: In der Oststeiermark hat man sehr erfolgreiche Versuche mit der Industrialisierung gehabt, die – leider Gottes –, wie wir wissen, fehlgeschlagen sind. Die Oststeiermark ist ein Land, in dem die größte Pendlerbewegung – weil sie im Sog von Wien ist – entstanden ist. Das kann nicht im Sinne der Steirer sein, daß unsere Steirer in ein ohnedies starkes Ballungszentrum pendeln müssen. Es hat auch der Bezirk Murau zur Zeit die höchste Arbeitslosigkeit und Probleme. Die Weststeiermark hat noch immer nicht das Schließen einer Industrie und den starken Rückgang des Bergbaues verkraftet. Im Ennstal ist auch – wie wir heute schon gehört haben – der Fremdenverkehr ein Sorgenkind geworden, und Mariazell hat auch einen Dornröschenschlaf. Die Mürz-Mur-Furche ist tagtäglich in der Zeitung und ist unser größtes Sorgenkind, vor allen Dingen wird davon am meisten gesprochen. Nun zu dieser verstaatlichten Industrie einige Worte. Die verstaatlichte Industrie ist seit 1945 mit Ausnahme von vier Jahren immer in der politischen Verantwortung von Sozialisten. Und nun – seit nahezu 13 Jahren – in der Verantwortung von Bundeskanzler Kreisky. Es mag schon stimmen, daß wir eine Stahlkrise haben, das stimmt sicherlich, aber das alleine kann man nicht als Ausrede nehmen. Dazu nur eines: In den Jahren von 1966 bis 1970 wurde von unserem damaligen Staatssekretär Tausch eine Studie in Auftrag gegeben, um über den Stand und über die Zukunft dieses großen Industriekomplexes etwas zu erfahren. Bereits damals, im Jahre 1968, wurde festgestellt, daß diese Betriebe eine andere Struktur brauchen. Und es waren handfeste Vorschläge da, die allerdings nur zum Teil und viel zu wenig in die Tat umgesetzt wurden. Und das, meine Damen und Herren, ist die alleinige Verantwortung der Bundesregierung und des ressortierenden Regierungsmitgliedes,

also des Bundeskanzlers. Dieser Bundeskanzler erklärt nun, bitte so ist es nicht mit der Verstaatlichten. Wenn man ihnen jetzt 3,5 Milliarden Schilling gibt, die haben ja 112 Milliarden Schilling Steuern bezahlt. 25 Milliarden haben sie in den letzten zehn Jahren für die private Wirtschaft ausgegeben, und außerdem haben sie auch Dividende bezahlt. Stimmt ja! Nur bitte, jetzt werde ich Ihnen auch das Weitere sagen, die zweite Seite!

Wissen Sie, von diesen 4 Milliarden Dividende sind ganze 76 Milliarden Schilling in zwölf Jahren beim Bund verblieben. Wenn Sie nun 76 durch 12 dividieren, kommen 633.000 Schilling pro Jahr heraus. Das ist das, was ein Oberamtsrat kostet, meine Damen und Herren, oder, wenn Sie wollen, im Durchschnitt zwei Beschäftigte in der Verstaatlichten. Oder ich habe es versucht – (Abg. Ing. Turek: „Du hast Milliarden gesagt!“) 76 Millionen Schilling sind übriggeblieben – ich habe hier den Bericht des Rechnungshofes –, 76 Millionen in zwölf Jahren. Ich habe es versucht –, in Prozenten auszudrücken. Es geht nicht. Ich habe es versucht in Promille auszudrücken, geht auch nicht. Es sind Millionstel. Vier Millionstel des Umsatzes sind an Dividende beim Eigentümer verblieben. Oder man könnte eine neue Einheit hier dafür nehmen, Mikropromille, das wäre etwas, meine Damen und Herren. Wenn jetzt der Herr Bundeskanzler privater Eigentümer wäre, könnte ich mir nicht vorstellen, daß er sich das gefallen ließe. Und aus den nächsten Zahlen werden Sie sehen – zumindest ich glaube es nicht –, daß die Menschen, die in der verstaatlichten Industrie arbeiten, fauler sind oder dümmer sind, das glaube ich nicht, oder daß nur die das schlechte Management haben, sondern das liegt meiner Meinung nach einzig und allein beim Eigentümer. Wenn man nun hört, daß trotz dieser geringen Dividendenzahlung bisher bereits 4,9 Milliarden Schilling der Verstaatlichten zugewendet wurden, heuer 3,5 Milliarden Schilling und in Zukunft wahrscheinlich noch weitere 10, 12 oder 14 Milliarden, so ist dazu zu sagen, daß dann auch die Steuerleistung bereits weg ist und 113.000 oder 114.000 Menschen in diesem Staate arbeiten, ohne daß der Staat davon auch nur irgend etwas hat.

Nun zur Behauptung, daß 25,6 Milliarden Schilling an die private Wirtschaft an Aufträgen vergeben wurden. Das stimmt! Nur, in einem Jahr haben wir zirka 180 Milliarden Schilling Umsatz bei der Verstaatlichten, 15 Milliarden davon sind interner Konzernumsatz, 35 Milliarden sind Exportumsätze, verbleibt also ein Rest von 112,5 Milliarden Schilling, der an die private Wirtschaft in Österreich verkauft wurde. Das heißt, viereinhalbmal soviel wurde von der verstaatlichten an die private Wirtschaft verkauft, als sie von ihr gekauft hat. Nichts dagegen zu sagen, aber man sollte auch diese zweite Seite aufzeigen.

Nun noch einmal zu den Steuern. Zwischen der Steuerleistung pro Kopf und Nase in der Verstaatlichten und in der privaten Wirtschaft ist ein himmelhoher Unterschied. Pro Beschäftigten in der allgemeinen Wirtschaft sind es 30.000, ganz genau 30.418 Schilling, hat mir einer ausgerechnet, und in der verstaatlichten 7960 pro Jahr. Also 30 : 8, ganz grob gesagt, rund viermal so viel. Das gibt uns wirklich zu denken. Diese Mürz-Mur-Furche ist für uns wirklich ein großes Problem. Es gibt dort keine Zuwanderung anderer

Betriebe. Wie Sie alle wissen, sind die Abwanderungsquoten nicht nur im Grenzland so hoch, sondern interessanterweise auch dort, wo die verstaatlichte Industrie ist. Das ist auch ganz klar, es werden ja immer weniger Arbeitsplätze. Ich glaube, um 6000 sind es in den letzten Jahren weniger geworden. Die Jugend muß dort abwandern.

Es ist auch klar und selbstverständlich, daß sich Menschen, die dort wohnen, Gedanken machen, was kann man da machen, was kann man dagegen tun. Es haben Funktionäre der Kammer der gewerblichen Wirtschaft eine Studie in Auftrag gegeben. Und in dieser ist ganz einfach gestanden, daß die verstaatlichte Industrie dort auf Grund ihres hohen Lohnniveaus einen großen Sog ausübt und es dadurch Neuansiedlungen von Betrieben faktisch nicht gibt, weil sich diese alle vor diesem hohen Lohnniveau und vor dieser ganzen Atmosphäre dort fürchten. Und nun hat einer dieser Funktionäre das der Öffentlichkeit vorgestellt. Und da ist eigentlich etwas sehr Bedauerliches passiert, und ich hoffe, daß das ein Einzelfall ist und bleibt. Es wurde ein Flugblatt herausgegeben, in dem sehr stark polemisiert wurde, und zum Schluß steht dort: „Als Arbeitnehmervertreter weisen wir darauf hin, daß sich alle unsere Beschäftigten der verstaatlichten Industrie genau überlegen werden, wo sie mit ihrem so problemlos verdienten hohen Einkommen einkaufen werden. Jedenfalls nicht bei jenen, die so maßlos gegen die verstaatlichte Industrie hetzen.“ Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist nicht der richtige Ton. Wir kennen uns schon lange genug, ich bin kein Heißmacher, sondern ich bin für die Zusammenarbeit. Solche Dinge können eine Atmosphäre sehr vergiften, noch dazu, wo es sich hier um einen Mann handelt, der, als eine Schließung drohte, sich spontan bereit erklärt hat, mit betroffenen Arbeiten zu demonstrieren, mitzumarschieren und auch mitzufahren zum Bundeskanzler. Ich hoffe, daß man hier diesbezüglich auch einen Konsens findet.

Etwas zum steirischen Budget für Wirtschaftsförderung. Wir haben im heurigen Jahr 285.633.000 Schilling an Wirtschaftsförderung drinnen. Das ist gegenüber dem Vorjahr etwas weniger. Es mußte auch hier, wie bei allen Ermessensausgaben, eine Kürzung durchgeführt werden. Erfreulich ist es aber, daß vor allen Dingen die Jungunternehmeraktion bedeutend höher, nämlich von 4,9 auf 9 Millionen Schilling, angesetzt wurde. Das ist sehr erfreulich, denn wir brauchen neue Betriebe. Diese Jungunternehmerförderungsaktion der Steiermark hat sich als sehr gut erwiesen. Erfreulich ist auch, daß gerade für die Kleingewerbeförderung der Ansatz auch etwas erhöht wurde, und zwar auf rund 60 Millionen Schilling. Weiterhin glaube ich, daß es erfreulich ist, daß dieses steirische Arbeitsplatzsonderprogramm, das der Herr Landeshauptmann diese Woche vorgestellt hat, in der Steiermark für rund 8500 Bauarbeiter zumindest die Arbeitsplätze erhalten wird und daß damit der Rückgang der privaten Investitionen zur Gänze gedeckt wird. Sie kennen alle diese Positionen, so daß ich es mir ersparen kann, diese im einzelnen vorzulesen. Wir brauchen, meine Damen und Herren, bei der Wirtschaft ein ausgewogenes Verhältnis. Wir brauchen Großbetriebe, Mittelbetriebe und Kleinbetriebe. Wir brauchen aus allen Sektoren die Betriebe. Ich glaube, das muß ich hier im vorhinein

sagen. Es ist allerdings ein Unterschied, ob wir einen 100.000-Mann-Betrieb in Österreich haben oder in Deutschland oder gar in Amerika. Aus diesem Grunde haben wir eine etwas kleiner strukturierte Wirtschaft, und es herrschen bei uns die Klein- und Mittelbetriebe vor, und diese haben etwa drei Viertel der Gesamtbeschäftigten. Daher sollte man gerade diesen Betrieben besonderes Augenmerk zuwenden, und gerade diese Menschen sind durch die Politik der letzten Zeit verunsichert worden, durch die Förderungen da und dort. Und ich möchte hier nochmals feststellen, daß wir uns zu dieser 3,5-Milliarden-Spritze für die verstaatlichte Industrie bekennen, weil wir nicht wünschen, daß es irgendwo verödete Landstriche geben soll. Aber das kann nicht in alle Zeit fortgeschrieben werden, und es darf nicht zwei Arten von Österreichern geben. Solche, die in verstaatlichten Betrieben und solche, die in der privaten Wirtschaft tätig sind. Daher fordern wir auch, wenn schon eine Förderung, auch für diese Kleinbetriebe. Das beste aber, das möchte ich hier am Rande vermerken, wäre eigentlich eine Gewinnprämierung. Was heißt das, eine Gewinnprämierung. Es wäre einfach eine Steuererleichterung. Das wäre unbürokratisch, wäre überhaupt kein Mehraufwand und wäre gerecht und vor allen Dingen leistungssteigernd. Aber ich weiß, daß so etwas zur Zeit eine Illusion ist. Man sollte sich das aber als Ziel für die Zukunft setzen und von der jetzigen reinen Förderungs- und Schuldenmacherpolitik in diese Richtung sukzessive umschwenken. (Beifall bei der ÖVP.)

Zur Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe sind meiner Meinung nach notwendig, Hilfe in der Gründungsphase in Form von Beratung und Information und, von uns eine Forderung, Jungunternehmensparen und Hilfe für Wachstumssprung. Das sind Investitionsförderung und Exporthilfen und Hilfen auch in der Krise, wenn unverschuldet jemand in den Strudel eines Konkurses kommt; Hilfe zur Betriebsmittelfinanzierung und endlich eine Entbürokratisierung des gesamten Steuerwesens. Eine Studie hat ergeben, daß 100 Millionen Stunden in der privaten Wirtschaft für den Staat unbezahlt geleistet werden müssen. Das sind umgerechnet 70.000 Menschen. Hier glaube ich, daß es sehr leicht möglich wäre, Vereinfachungen durchzuführen. Auch bei Umwelt- und Recycling, bei energie- und rohstoffschonenden Arbeiten gäbe es viele Möglichkeiten gerade für die kleinen Betriebe, und würde auch der gesamten Wirtschaft zugute kommen. Dasselbe gilt für die Stadterneuerungen. Abschließend, meine Damen und Herren, glaube ich, sagen zu können, daß es nicht eine Schicksalsmacht ist, die uns in diese Situation gebracht hat und der wir hilflos ausgesetzt sind. Wir haben Chancen, wenn wir uns richtig verhalten, wenn wir den produktiven Bereich stärken, die Betriebe entlasten und die Wettbewerbsfähigkeit noch mehr stärken, nicht nur bei der Verstaatlichten, sondern, wie gesagt, überall. Wir Österreicher können auf großartige Leistungen zurückblicken. Denken Sie nur an den Wiederaufbau, und denken Sie an die Exportsteigerungen, die wir in den letzten schwierigen Jahren erreicht haben. Das ist eine Leistung des österreichischen Volkes, der Österreicher in dieser Wirtschaft. Ich glaube, auch eine Anmerkung von mir, daß dieser Weg möglich war, weil wir – das bezeichne ich als den österreichischen Weg – die Sozialpartner-

schaft gehabt haben, wo sich Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber zusammensetzen und immer wieder verfahrenere Situationen, die durch die Politik entstanden sind, klären. Diese Sozialpartnerschaft sollten wir weiterpflegen. Ich glaube, das ist ein Pfand in unserer Hand. Harte Arbeit könnte auf längere Sicht auch Besserung bringen. Nicht weniger Arbeit, das ist nicht möglich. Gemeinsam die Ärmel aufstricken, dann wird es gehen. Ich glaube an dieses Land und an diese Menschen und an unsere Zukunft. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Harmtodt. Ich erteile es ihm.

Abg. Harmtodt: Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Noch nie in der Geschichte wurde so viel von der Wirtschaft gesprochen. Und noch nie in der Geschichte gab es so viele Insolvenzen wie in der Jetztzeit. Man spricht von großen Schwierigkeiten, die zum Teil vom Ausland kommen. Man spricht von Schwierigkeiten, die hausgemacht wurden. Mein Kollege Stoisser hat es schon ausgesagt, daß der österreichische Weg sicherlich falsch ist. Ich möchte das wiederholen und möchte dafür einige Sünden aufzeigen. Ich möchte aber voraus wegnehmen, daß nicht alles falsch war, was die Bundesregierung gemacht hat, im Gegenteil, sie hat auch viel Gutes gemacht. Das möchte ich vorwegnehmen. Nun zu diesen Fehlern, die ich kurz aufzeigen möchte. Einmal die Schuldenpolitik, zweitens die Umverteilung, drittens die Verschwendung und viertens die Belastung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nun zur Schuldenpolitik. 1970 hatte der österreichische Staat 47,1 Milliarden Schilling Schulden. Damals sprach Dr. Kreisky von einem Bankrott, ja sogar von einer Gefahr für Österreich. Heute nähern wir uns mit Leasing etwa der 400-Milliarden-Grenze. Und noch viel schlimmer, die rasante Zunahme beträgt, meine sehr geehrten Damen und Herren, pro Stunde fünf Millionen Schilling, das ist eine sehr beachtliche Zahl. Und heute spricht der gleiche Mann als Bundeskanzler, daß es eine Notwendigkeit ist. (Abg. Dr. Strenitz: „Stimmt ja!“) Hier kann man klar diesen Unterschied erkennen. Eines möchte ich auch sagen, mit Schulden wird man auf Dauer keine Arbeitsplätze sichern können. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Tschernitz: „Selber nicht überzeugt davon!“) Sie wissen es, daß sicherlich viele Vorhaben notwendig sind und daß man dafür auch Kredite aufnehmen muß, das ist ganz klar. Aber was jetzt gemacht wird, geht weit über unsere Verhältnisse, und wir können diese Zinsendienste, diese große Bürde, diese große Belastung, einfach nicht mehr verkraften. Zur Umverteilung: Schon im Jahre 1967 sprach damals Dr. Kreisky von einer Umverteilung, und 1970 sollte das realisiert werden. Wir haben angenommen, daß es eine Umverteilung ist, daß diese Armen, die sehr wenig verdienen, das sind unsere Arbeiter zum Teil oder zum Teil unsere Rentner, daß die mehr bekommen. In Wirklichkeit, meine Damen und Herren, wenn man das mit der Kaufkraft vergleicht, bekommen gerade diese Armen heute wesentlich weniger. Daher möchte ich sagen – (Abg. Premsberger: „Ausgesprochener Blödsinn!“) – ich habe

ausdrücklich gesagt, Herr Kollege Premsberger, wenn man das vergleicht mit der Kaufkraft! Damals mußten unsere Rentner kein Holz klauben gehen, damals haben sie noch das Geld bekommen! (Beifall bei der ÖVP.) Das Gegenteil ist eingetreten. Es ist nachweisbar, daß unsere Unternehmer weniger haben. Und das ist die Umverteilung. Man hat dort sicherlich etwas weggenommen – Sie haben das schon gestern gehört – (Abg. Ing. Turek: „Wer hat es bekommen?“) Ich werde es dir gleich sagen, wer es bekommen hat!

Wir haben das gestern schon gehört, daß die Kapitalstrecke einmal früher entsprechend war, weil unsere Firmen, unsere Unternehmer das Geld benötigten. Heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Eigenkapitalstrecke bei 17 Prozent, und das ist wirklich eine sehr große Gefahr. Jetzt stellt sich die Frage, die der Kollege Turek angestellt hat, wo ist denn das Geld hingekommen? Meine Damen und Herren! Ich könnte hier stundenlang reden, möchte aber eines erwähnen, meine Damen und Herren. Der aufgeblähte Verwaltungsapparat, diese vielen Schreibtische – ich habe gar nichts gegen unsere tüchtigen Beamten und Bediensteten, wir haben wirklich sehr viele, die große Voraussetzungen haben und die für uns notwendig sind, diese Bediensteten. (Abg. Hammerl: „Haben Sie weggehört, wieviele Beamte im Land fixiert wurden?“) Mein lieber Freund Hammerl, eines möchte ich dir sagen! Schon im Jahre 1967 hat man auch erkannt, daß der Verwaltungsapparat in Österreich zu groß wird. Damals hat aber der Gruber den Auftrag bekommen, Einsparungen zu treffen, und Ende 1969 hat er freudig bekanntgegeben, daß er etwa 1000 Beamte eingespart hat. (Abg. Hammerl: „Musikkapellen beim Bundesheer!“) Nein, so geht es nicht! Heute, mein lieber Kollege Hammerl, hat Österreich um 163.000 öffentliche Bedienstete mehr. (Abg. Hammerl: „Lehrer!“) Da sind klarerweise, gerechterweise, muß ich hinzufügen, Lehrer dabei, Professoren, vielleicht viele Ärzte und so weiter, Personal, Krankenschwestern sind mit dabei. Das gebe ich ohne weiteres zu. Aber 163.000! Vergleichen Sie das einmal mit früher. (Abg. Ing. Turek: „Er meint die produktiven Gewerkschaften!“ – Abg. Hammerl: „Wir sind nicht so viele!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun ein paar Worte, die ich angekündigt habe, zu dieser Verschwendung. Dieser Gigantismus bringt uns ebenfalls große Schwierigkeiten. Ich nenne nur ein paar Beispiele: AKH-Bau, 1962 wurde dafür eine Milliarde Schilling geschätzt, 1978 18 Milliarden, und heute rechnet man sogar bis zur Fertigstellung mit 36 Milliarden Schilling. Das Konferenzzentrum, mehrmals schon genannt, aber es darf ja nicht fehlen, ich möchte es auch deshalb sagen, weil wir diesen Bau wirklich nicht brauchen. Wir brauchen ihn nicht, es ist erkannt, daß es keine Großkonferenzen mehr geben kann, weil dies nur Alibiveranstaltungen sind, um sich ein bißchen die Welt anzusehen. Heute brauchen wir Kongresse, wo die Leute ihre Erfahrungen austauschen. Hier geht es ja nicht so sehr um diese Kosten, wofür wir etwa 12.000 Wohnungen bauen könnten, sondern hier geht es ja viel mehr um die Folgekosten, meine sehr geehrten Damen und Herren! Folgekosten eine Million Schilling Betriebsabgang, meine Herren, pro Tag. Das möchte ich hier ganz klar und deutlich aussagen. (Abg. Premsberger: „Wo ist das Geld für diese 12.000 Wohnun-

gen?" – Abg. Klasic: „Für das Konferenzzentrum ist es auch nicht da!“)

Zu den Belastungen möchte ich ganz kurz folgendes sagen: Mein Kollege Stoisser hat ja schon vieles ausgesagt. Ich möchte hinzufügen, daß alle Gesetze, alle Novellierungen unsere Wirtschaft belastet haben, und zwar in allen Zeiten, das muß ich gerechterweise hinzufügen. Es ist notwendig, unsere Unternehmer müssen verdienen und sollen auch dafür ihre Steuern bezahlen. Steuern, die der Staat so notwendig benötigt. Aber diese Belastung – und gerade das zweite Abgabenänderungsgesetz, die größte Belastung aller Zeiten, möchte ich hinzufügen – ist die Arbeiterabfertigung. Jetzt wird sogar von der Urlaubsverlängerung gesprochen. Es wird gesprochen von weniger Arbeitszeit. Das ist alles in Ordnung, auch die ÖVP und wir Unternehmer treten dafür ein, wenn wir uns das leisten können. (Abg. Brandl: „Urlaubsverlängerung!“) Voraussetzung ist immer, daß alles erarbeitet werden muß, und dann sollen wir das gerecht ausgeben. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! So sieht es aus. (Abg. Premberger: „Ein Schauspieler!“) Das bin ich nicht. Ich könnte jetzt weiter sagen, das will ich gar nicht. Und zwar deshalb, weil Sie selbst schon erkennen können, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß der österreichische Weg falsch ist, daß er gar nicht mehr gangbar ist. Und daher die Verzweigung, meine sehr verehrten Damen und Herren! Schauen Sie doch, der Gewerkschaftsboß Rautner hat ja auch eine Verzweigungsaussage gemacht. Er hat behauptet: „Die bösen Landeshauptleute sind es, die uns Schwierigkeiten machen, die diese Arbeitsplätze nicht sichern wollen.“ In Wirklichkeit, das wissen Sie doch ganz genau, setzt sich unser Landeshauptmann mit seiner steirischen Breite Tag und Nacht für unsere Arbeitsplätze ein. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich könnte vieles aufzeigen, was unser Landeshauptmann und auch unser geschätzter Landesrat Dipl.-Ing. Hans-Georg Fuchs alles gemacht haben für die Wirtschaft. (Abg. Hammerl: „Aufzählen!“) Ich könnte es stundenlang aufzeigen. Sie müssen ja auch wissen, daß wir auch nicht so gesegnet sind, daß wir sparen müssen. Gott sei Dank sparen wir noch einigermaßen gerecht. Wir schimpfen immer, daß die Bundesregierung das Geld mit beiden Händen ausgibt, das können wir nicht, weil wir alles verantworten müssen. Das glaube ich, ist auch richtig. Meine Damen und Herren, ich habe meine Zeit schon übersprungen. Ich könnte jetzt noch vieles sagen. Aber abschließend steht doch die Frage im Raum, gibt es überhaupt eine Lösung. Und viele meinen, daß der Karren zu tief im Dreck stecken würde. (Abg. Brandl: „Der österreichische Weg ist die Lösung!“) Ich meine, daß wir gemeinsam in der Lage sind, diesen Karren, der im Dreck steckt, herausziehen zu können. Und das ist auch meine Bitte für eine gemeinsame Arbeit für unser Vaterland Österreich und vor allem für die Steiermark. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Schützenhöfer das Wort.

Abg. Schützenhöfer: Frau Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

30 Millionen Arbeitslose in den OECD-Staaten, 34 Millionen werden es Anfang 1984 sein. Mehr als 150.000 Arbeitslose in Österreich im vergangenen Winter, davon allein in der Steiermark 30.000 und damit 7 Prozent Arbeitslose. Für diesen Winter erwarten Experten des Landesarbeitsamtes eine Arbeitslosigkeit in unserem Bundesland von 35.000 bis 36.000, somit 9 bis 10 Prozent arbeitslose Steirer. Im gesamten Bundesgebiet wird die Zahl der Arbeitslosen jedenfalls über 150.000, und ich lege mich da auf überhaupt keine Zahl fest, liegen. Wenn diese Zahlen annähernd im Jänner und Februar 1983 Wirklichkeit sind, dann ist das die größte Arbeitslosigkeit seit Abschluß des Wiederaufbaues. Angesichts dieser Entwicklung sagt Dr. Helmut Kramer, der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstitutes, der schon so oft hier zitiert wurde, in der Einleitung eines Vortrages, den er vor wenigen Tagen in der Steiermark gehalten hat, zu Recht. Ich zitiere: „Der Anblick voller Schaufenster, belebter Geschäftsstraßen, langer Schlangen, nicht vor den Verkaufspulten, wohl aber vor den Kassen der Supermärkte, könnte sehr leicht darüber hinwegtäuschen, daß unsere Wirtschaft in den Sog der Krise geraten ist. Die Diagnose Weltwirtschaftskrise wurde von den Ökonomen nur zögernd gestellt. Man hantierte noch bis vor kurzem mit der Terminologie der Wachstumszyklen der Nachkriegszeit. Ein Vergleich mit den Geschehnissen der dreißiger Jahre ist nun wohl angebracht, doch wird man dabei feststellen, daß neben einigen Ähnlichkeiten die Unterschiede überwiegen. Nirgends in der westlichen Welt ist ein solches Maß an wirtschaftlicher Verelendung wie damals erreicht oder zu erwarten, nirgends die politische Hoffnungslosigkeit entsprechend, und dennoch“, sagt Dr. Kramer, „die Diagnose Weltwirtschaftskrise ist nicht leichtfertig gestellt.“ Meine Damen und Herren, und wenn wir Berichten und Prognosen entnehmen, daß der Siegeszug der Mikrocomputer scheinbar unaufhaltsam geworden ist, ja dann darf wohl die Frage gestellt werden, und Sie verstehen, daß das gerade ich als Arbeitnehmervertreter und Gewerkschafter tue, ob wir uns denn am Anfang vom Ende der Arbeitsgesellschaft befinden. Was kann industrielle Demokratie überhaupt heißen bei dem unzweifelhaft vorherrschenden Trend wirtschaftlicher Machtkonzentration. Was soll dann kreative Verwirklichung für die Mehrheit der Menschen sein, in einer Gesellschaft, in der den Aussagen gemäß ein großer Teil gar keine Arbeit mehr finden wird. Daß die Zahl der Arbeitslosen strukturell zunehmen wird, bezweifelt niemand. Ist es eine wirkliche Möglichkeit und eine gesellschaftlich nützliche Lösung, dieses Problem struktureller Arbeitslosigkeit, die Arbeitslosen praktisch permanent einer Schulung zu unterwerfen? Sind wir berechtigt, es einfach hinzunehmen, wenn gesagt wird, daß menschliche Arbeit in Zukunft knapp wird und daß Menschen in kurzer Zeit billiger und mehr produzieren? Müßten wir daher nicht differenzierter und ohne parteipolitische Polemik über eine Neugestaltung der Arbeitszeit und der Arbeitsbedingungen nachdenken? Lassen Sie mich diesen Versuch, meine Damen und Herren, jetzt ganz konkret in bezug auf die Arbeitszeitverkürzungsdiskussion machen. Ich glaube, wenn wir nachdenken, werden wir uns letztlich einig sein. Auf Sicht gesehen ist die Verkürzung der Arbeitszeit wünschenswert und wahrscheinlich auch notwendig. Die wirtschaftliche Situation, ich füge das

in Klammer hinzu, könnte der Anlaß für eine weit früher wirksam werdende Arbeitszeitverkürzung sein, als heute noch angenommen wird. Horst Knapp schreibt in seinen Finanznachrichten, daß bei einem Steigen der Stundenproduktivität im bisherigen Tempo selbst bei einem leicht rückläufigen Arbeitskräfteangebot dessen Unterbringung im Produktionsprozeß nur bei einer tendenziell sinkenden Arbeitszeit möglich sein wird, und er weist auch nach, daß aus der Diskrepanz zwischen einer erfolgten 111prozentigen Produktionssteigerung und einer 178prozentigen Produktivitätssteigerung mit mathematischer Zwangsläufigkeit folgt, daß die Industrie 1980 um 24 Prozent weniger Arbeitskräfte als 1964 hätte, wenn nicht die Arbeitszeit im praktisch gleichen Ausmaß, nämlich um 23,5 Prozent, zurückgegangen wäre. Eine Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit, davon bin auch ich überzeugt, ist daher eine Möglichkeit, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, im Gegensatz zur Urlaubsfrage, und eine sinnvolle und wirkungsvolle Maßnahme zur Erhaltung und Sicherung menschlicher Existenzen. Und ich füge hinzu, daß ich persönlich die Neuverteilung des Arbeitsvolumens daher weniger, ich weiß mich da mit vielen Gewerkschäftern einig, in Richtung mehr Freizeit, sondern fast ausschließlich als beschäftigungspolitische Notwendigkeit sehe, aber ich füge, meine Damen und Herren, in aller Klarheit hinzu, diese Arbeitszeitverkürzung; und dafür gilt es, sich einzusetzen, kann nur international erfolgen. (Abg. Prensberger: „Ist klar!“) Wir können sie nicht österreichisch allein abgekapselt betrachten und auch nicht durchführen, weil das der Ruin für viele Betriebe wäre. (Allgemeiner Beifall. – Abg. Dr. Dorfer: „Bei uns muß sie ein Wahlschlager werden, sonst könnten wir es mit 1. Jänner 1984 beschließen. Ihr wollt die Wahl als Mehrheitspartei gewinnen. Ein rotes Wahlmanöver, sonst nichts!“)

Und meine Damen und Herren! Das unterscheidet uns eben als christliche Gewerkschafter von den sozialistischen Gewerkschaftern, daß wir diese Dinge in einem größeren Zusammenhang sehen einerseits und andererseits, daß wir in der Frage der Urlaubsverlängerung diesen eingeschlagenen Weg von der sozialistischen Mehrheit im Bundesvorstand des ÖGB, neuen Gremien bis hin zur Regierung und offensichtlich im Parlament. (Abg. Loidl: „Darum habt ihr zugestimmt!“) Sosehr wir uns zu mehr Urlaub bekennen dann, wenn es die Wirtschaft verkräftet, jetzt nicht dazu bereiterklären können, weil es unverantwortlich ist, meine Damen und Herren, daß eine Regierung – und das ist mir ganz gleich, welche Regierung es ist, auch wenn es eine ÖVP-Regierung wäre, nur die hätte das vermutlich nicht getan – ein Gesetz beschließen möchte, das zu einem Zeitpunkt realisiert wird, ab 1. Jänner 1984, zu dem diese Regierung nicht weiß, ob sie noch im Amt ist (Abg. Loidl: „Sie wird noch im Amt sein!“) – bekanntlich finden Nationalratswahlen statt –, einerseits, und andererseits zu einem Zeitpunkt in Kraft tritt, das ist für mich sachlich der noch größere Vorwurf, von dem niemand weiß, ob wir nicht wirtschaftlich weit, weit größere Schwierigkeiten haben werden, als wir sie ohnedies jetzt schon haben. Deshalb ist es unverantwortlich, im Dezember 1982 etwas zu beschließen, was mit 1. Jänner 1984 in Kraft tritt. Und deshalb tun wir nicht mit, weil wir sagen, wir tun mit, wenn es sich die Wirtschaft leisten kann! (Beifall bei der ÖVP.)

Im übrigen weiß ich mich einer Meinung mit meinem von mir geschätzten Präsidenten des Österreichischen Arbeiterkammertages, Kollege Loidl war wahrscheinlich dabei, er ist öfter dabei bei diesen Hauptversammlungen, der bei der 82. Tagung in Vösendorf gesagt hat in bezug auf die Urlaubsverlängerung: „Man könnte darüber diskutieren, wie weit eine Urlaubsverlängerung als Arbeitszeitverkürzung wirkt und arbeitsmarktpolitische Wirkungen hat.“ Und ich zitiere jetzt wörtlich: „Aber wenn feststeht, daß durch die Urlaubsverlängerung Arbeitsplätze gefährdet werden“ – und sie werden gefährdet, das sage ich jetzt dazu, damit ich nicht falsch zitiere –, „dann werde ich meine Zustimmung nicht geben. Ich bitte dafür um Verständnis, das würde ja sonst den Grundsätzen unserer ganzen wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Zielsetzungen nicht entsprechen.“ Das, meine Damen und Herren, hat Präsident Cettel auf Grund seines Wissens gesagt. Wenn er sich mittlerweile anders verhält, dann begreife ich das aus politischen Gründen nicht, aber aus Gründen unserer Sorge um die Arbeitsplätze und nicht aus sachlichen Gründen.

Und nun, meine Damen und Herren, wieder weiter zu den Dingen, die ich eigentlich vorhabe, heute hier zu sagen. Gerade auch in bezug auf diese Arbeitszeit und die Arbeitsbedingungen, über die wir nachdenken sollten. Ich frage mich, und viele hier fragen sich, ob es nicht ein Widerspruch unserer Zeit ist, daß es offenbar zu wenig traditionelle Arbeitsmöglichkeiten gibt, während jeder von uns im sozial- und mitmenschlichen Bereich so viele Aufgaben sieht, die nicht erfüllt werden. Wenn die Arbeit Sinnerfüllung des Lebens bedeutet, wenn Arbeit dem Broterwerb, aber nicht nur dem Broterwerb dienen soll, wenn im Sinne der christlichen Soziallehre die Arbeit, wie es Norbert Blüm sagt, letztlich Mitwirkung am Schöpfungsauftrag bedeutet, und wenn wir nicht ein Zeitalter erleben möchten – und wir sind an der Schwelle eines solchen Zeitalters –, in dem möglicherweise Wohlstand gerade darin bestehen wird, überhaupt sinnvoll arbeiten zu dürfen, und wenn wir die Grausamkeit der Arbeitslosigkeit abwenden wollen, dann sind wir aufgerufen, im Geiste der Zusammenarbeit, im Geiste der Gemeinsamkeit alle Ideen zu nützen und jeden Einsatz zu wagen, damit die vorliegenden Prognosen nicht eintreffen. Aber, meine Damen und Herren, wenn ich die letzten beiden Tage betrachte, insbesondere die gestrige Bau-Debatte, dann muß ich bei einigen Wortmeldungen der Kollegen der sozialistischen Fraktion, selbst beim Kollegen Loidl, der ein besonnener und sachlicher Kämpfer ist, befürchten, daß diese Gemeinsamkeit nicht immer gewünscht wird. Und das ist ja eigentlich der innere Widerspruch, dem Sie als sozialistische Fraktion in diesem Hohen Haus immer wieder erliegen. Sie sind hier an der Regierung beteiligt (Abg. Prensberger: „Das gefällt euch nicht!“), sozusagen von der Verfassung her mit uns in einer Koalition. Jene Koalition, die Sie gegenwärtig auf Bundesebene – obwohl noch gar nicht gewählt ist – schon so verteufeln. Sie sind in der Regierung, Sie sind sehr gerne in der Regierung (Abg. Prensberger: „Das steht uns ja zu!“), und hier anläßlich einer solchen Budgetdebatte führen Sie sich aber teilweise auf wie eine Opposition; die sich nicht zur Zusammenarbeit bekennt. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Horvatek: „So geht es Ihren Kärntnern und Ihren Burgenländern auch!“) Bitte, wenn Sie diesen Ver-

gleich wählen, dann spricht er für sich. Aber ich möchte meinen, meine Damen und Herren, und das ist nicht zynisch gemeint. Manchmal hat man den Eindruck, Sie sind die bestellten Vertreter der Bundesregierung und nicht die gewählten Vertreter der Steirer, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.)

Die gestrige politische Arbeitslosigkeit hat mir, lieber Kollege Loidl, wehgetan, und ich bitte, solche Dinge nicht zu sagen. Ich glaube daher, daß das Recht auf Arbeit meines Erachtens in dieser Zeit die wichtigste und über allen anderen Forderungen stehende Bedeutung haben muß. Auch wenn sich niemand hier im steirischen Landtag einbilden darf, daß wir eine Entwicklung allein bestimmen können, so können wir dennoch manches auf unserer Ebene und für unser Land so beeinflussen, daß es Hoffnungen signalisiert.

Wir reden heute sehr oft von Privilegien. Wie vordergründig und durchsichtig wird diese Diskussion doch oft geführt. Wir haben allen Grund, mit allen uns zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln dagegen zu kämpfen, daß die Arbeit Privileg wird. Und selbst wenn es stimmen sollte, daß durch den Fortschritt der Produktion weniger arbeitende Menschen mehr arbeitslose Mitbürger mitfinanzieren können – eine Prognose, an die ich zumindest auf Grund meines bescheidenen Hausverständes nicht zu glauben in der Lage bin –, wird die Zukunft nur dann im Sinne des Miteinander und ohne schwere Gruppenkonflikte bewältigbar sein, wenn die überwiegende – und zwar die weitaus überwiegende Mehrzahl arbeitsfähiger Menschen Arbeit hat. Alles andere wäre letztlich das Ende unseres gegenwärtigen Systems.

Aber zurück zu den handfesten Problemen der Gegenwart, die mit diesen grundsätzlichen Überlegungen und Prognosen letztlich eng verknüpft sind. Wir müssen also davon ausgehen, daß die Krise nicht zyklischen Charakter, sondern Dauercharakter hat, und daß sie eine ganze Epoche der historischen Entwicklung nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in sozialer, kultureller und politischer Hinsicht prägen wird.

Die Arbeitslosenrate 1982 hat in der Steiermark die 4 Prozent auch in den besten Monaten kaum verlassen. Jedes Monat mehr als 15.000 Beschäftigungslose und ein Rückgang der unselbständig Erwerbstätigen von September 1981 auf September 1982 von 399.000 auf 390.000.

65.000 Steirer haben allein im Jahr 1981 bei den steirischen Arbeitsämtern um Arbeit vorgesprochen. 15.000 Personen pendeln vor allem nach Wien. Auf Grund des Arbeitsmarktförderungsgesetzes, das in Zeiten der ÖVP-Alleinregierung zusammen mit den Gremien auch des Gewerkschaftsbundes abgesprochen, beschlossen wurde und seit 1. Jänner 1969 in Kraft ist, wurden seitens der Arbeitsmarktverwaltung allein im letzten Jahr 224 Millionen Schilling zur Förderung der beruflichen Mobilität ausgegeben. Mehr als eine Milliarde Schilling an Arbeitslosengeld wurde in einem Jahr für Arbeitnehmer in der Steiermark ausbezahlt, und die Tatsache, daß für Arbeitnehmer aus Firmen, die insolvent geworden sind, allein in den letzten zwölf Monaten 60 Millionen Schilling verwendet wurden, zeigt auch die Situation, in der sich immer mehr Unternehmer und damit die Arbeitnehmer befinden und um die wir uns größte Sorgen machen müssen.

Daher die Frage, was konkret getan werden kann. Ich behaupte, daß gar manches, ja vielleicht da und dort Entscheidendes von Bund und Land gemeinsam getan werden kann. Ich sage es noch einmal, daß wir natürlich nur in der Relation der Möglichkeiten von den beiden Budgets her diese Gemeinsamkeit auch sehen können. Daher hoffe ich, daß wir uns einig sind, daß die Bundesregierung, aus welchen Kräften sie immer zusammengesetzt ist, aus ihrer Verantwortung für die Arbeitsplatzschaffung und damit für unser Land nicht entlassen werden kann. Und wenn sie dennoch derartige Versuche unternimmt, dann werden wir das im Interesse der Beschäftigten dieses Landes nicht zulassen, denn die Regierung lebt auch vom Geld der steirischen Steuerzahler, und sie hat daher die Verpflichtung, Beschäftigungsimpulse zu geben. Die Vollbeschäftigung ist wieder ein Ziel geworden, das es zu erreichen gibt, denn wir haben sie leider nicht mehr. Ich möchte ausdrücklich sagen, gerade auch in Anspielung auf eine Äußerung des Kollegen Loidl gestern. Niemand hat Anlaß, sich über mehr Arbeitslose zu freuen. Niemand hat Anlaß dazu. Und viele Steirer fragen, warum so viele Großbauten in der Bundeshauptstadt, warum nicht mehr Impulse für die Wirtschaft in allen Bundesländern, besonders in den strukturell benachteiligten. Die eine Antwort liegt, wie manche meinen, wohl im gesellschaftspolitischen Bereich, mehr Pendler, mehr Bewegung zu einer anderen Partei. Die andere Antwort ist auch in der Budgetentwicklung zu sehen. 7 Milliarden Budgetdefizit 1970 als die ÖVP die Regierungsverantwortung an die SPÖ weitergab. Heute sind es 73 Milliarden. 47 Milliarden Bundesschulden 1970, heute sind es mehr als 330 Milliarden Schilling. Ich weiß schon, daß hohe Budgetdefizite notwendig sind, um zusätzliche Arbeitsplätze zu sichern, aber die Bundesregierung hat die Grenze der zumutbaren Budgetbelastung einerseits erreicht und andererseits in den ganzen Jahren der Hochkonjunktur viele Milliarden für Zwecke ausgegeben, die nicht notwendig gewesen wären. Auch deshalb fehlen uns heute bitter notwendige Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen. (Beifall bei der ÖVP.) Und dennoch sage ich, daß die Bundesregierung bei einem nahezu 400-Milliarden-Budget weit mehr Möglichkeiten hat als alle Länder zusammen, die Wirtschaft anzukurbeln. Das steirische Landesbudget, ein 20-Milliarden-Budget, man kann es nicht oft genug sagen, beträgt heuer 5,4 Prozent des Bundesbudgets und im Jahre 1983 5,2 Prozent. Das entspricht einem Verhältnis vom Landes- zum Bundesbudget von 1 : 19. Und wenn wir daher gemeinsam fördern, dann fördern wir 19mal so viel, wenn wir uns auf 50 : 50 überhaupt einlassen können. Wenn das Land dennoch die Mittel zur Arbeitsplatzsicherung erhöht hat, vielleicht können wir uns darüber alle freuen, dann deshalb, weil unserem Landeshauptmann und jedenfalls der Mehrheitsfraktion und vielleicht auch Ihnen, allen Mitgliedern des Hohen Hauses, hoffe ich, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Sicherung bestehender Arbeitsplätze das wichtigste kurzfristige und langfristige Anliegen ist und daher alle nur möglichen Impulse zur Belebung der steirischen Wirtschaft gesetzt werden müssen. (Beifall bei der ÖVP.)

Als Gewerkschafter und Arbeitnehmervertreter möchte ich daher im besonderen darauf hinweisen, daß

das Arbeitsplatzförderungs- und Strukturprogramm, das erstmals 1982 im Landesbudget mit 304 Millionen Schilling aufscheint, im Jahre 1983 auf 430 Millionen Schilling erhöht werden konnte. Für das steirische Arbeitsplatzsonderprogramm sind im Haushaltsvoranschlag des Landes für 1983 insgesamt 140 Millionen Schilling zusätzlich aufgenommen worden. Konkret bedeutet das für 1983 einen für unser Land beachtlichen, ja beispielgebenden Beschäftigungsimpuls. Durch das Landesbudget, der Landeshauptmann hat es schon gesagt, werden mehr als 20.000 Arbeitsplätze gesichert. Allein 16.000 sind es durch das Arbeitsplatz-Sonderprogramm. Für die Bauwirtschaft, Herr Kollege Loidl, gibt das Land einen Beschäftigungsimpuls für 8500 steirische Bauarbeiter. (Abg. Loidl: „Du sagst es, glaubst du es?“) Das Bauvolumen des Landes beträgt mehr als ein Viertel des Umsatzes der steirischen Bauwirtschaft. Ich glaube daher, meine Damen und Herren, daß im steirischen Arbeitsplatz-Sonderprogramm und im steirischen Landesbudget 1983 jedenfalls jene maximalen Maßnahmen enthalten sind, die ein Bundesland im Interesse gesicherter und zu sichernder Arbeitsplätze setzen kann. Hoffen wir, daß wir durch dieses Landesbudget und durch unsere Politik des absoluten Vorranges für die Arbeitsplätze und damit für die menschlichen Existenzen weiter für eine glückliche, menschenwürdige Zukunft in unserem Bundesland arbeiten können. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Preamsberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Preamsberger: Frau Präsident, werte Damen und Herren!

Ich habe auch das Versprechen abgegeben, den Versuch zu unternehmen, in zehn Minuten über die Runden zu kommen. Meine Vorredner haben aber alle ziemlich lange gesprochen. Ganz richtig zeigten Zinkannell und Präsident Buchberger auf, daß die Auswirkungen der Wirtschaftskrise nicht nur auf die Industrie beschränkt sind. Man weiß heute aber auch, daß die Wirtschaftskrise – ohne schwarzmalen zu wollen – nicht von kurzer Dauer ist. Es wurde heute von Dr. Dorfer bereits das Wort Umbruchstimmung genannt. Leider müssen wir zur Kenntnis nehmen, die Wachstumsraten der Vergangenheit sind vorbei. (Abg. Dr. Dorfer: „Aber abfinden dürfen wir uns nicht damit!“) Niemand kann uns Arbeitnehmern vorwerfen, daß wir vielleicht mit Streiks und mit Kampfmaßnahmen dazu beigetragen haben, sondern wir österreichischen Arbeitnehmer haben in der Aufbauphase und in den Jahren der Wirtschaftskrise von 1966 auf 1967 und auch heute jegliche Kampfmaßnahme vermieden und haben durch unsere Arbeitsleistungen versucht, mitzuhelfen die Probleme, die auf uns zukommen, zu meistern. Die Hochzinspolitik wird dafür verantwortlich gemacht, daß man weniger – wie in den Medien geschrieben wird – investiert, die Investitionsfreudigkeit läßt nach. Lichtzeichen, daß man eine Senkung der Zinssätze anstrebt, sind vorhanden. Ich halte es aber für richtig, daß man von der sogenannten Schuldenpolitik, mit dem Fremdkapital über die Verhältnisse zu leben, auch einmal aufhört. Wir werden zur Kenntnis nehmen müssen, daß auch mit dem Kapital, das einem zur

Verfügung steht, versucht werden muß, einen Betrieb zu sanieren. Und es steht fest, daß auch in den heutigen schweren Zeiten investiert wird.

Sie versuchen uns Sozialdemokraten immer zu unterstellen, daß wir nur für die Verstaatlichten sprechen. Ich werde heute als Vertreter eines nichtverstaatlichten Betriebes auf diese Dinge noch zu sprechen kommen. Ganz richtig wurde immer wieder darauf hingewiesen, neue Produktionen zu entdecken, um die Strukturprobleme zu meistern, und die intelligenteren Produkte – ja, was stellt man sich denn da vor –, das glaubt man, so innerhalb kurzer Zeit aus dem Ärmel zu schütteln. Intelligente Produkte, jawohl, begrüßenswert, bedeuten noch mehr Zukäufe in den einzelnen Betrieben, weitere Schrumpfung der Produktionsbereiche, das müssen wir auch zur Kenntnis nehmen. Von Dr. Schilcher wurde gestern auch hier darauf hingewiesen, daß die Forschung eine Notwendigkeit ist, und daß man nicht genug Geld für diese Forschung zur Verfügung stellen kann. Ich gebe ihm recht, aber auch die Betriebe müssen für die Forschung dementsprechende Mittel bereitstellen. Aus den Medien mußte ich entnehmen, daß die vom Land Steiermark und von allen anderen Körperschaften mit Recht geförderte Entwicklung des List-Motors und die Gründung der großen BMW-Werke in der Steiermark gescheitert sind. Denn wenn man darauf besteht, daß die Einspritzpumpe zu einem Teil in einem Wiener Betrieb erzeugt werden soll und die BMW-Werke dieses Risiko ablehnen und damit die Produktion dieses Motors in Gefahr ist, der uns weltweit zu einem gewissen Ansehen verholfen hätte, dann ist es für mich als Gewerkschafter einfach unverständlich, denn ich muß Ihnen eines sagen, hier trägt das Management nicht nur für den Betrieb, sondern für das Land Steiermark und für Österreich auch eine Verantwortung. (Abg. Dr. Pfohl: „Sie gehen gegen die Manager vor. Wer ist der größte Manager? Der Herr Bundeskanzler?“) Ich werde Ihnen noch ein paar Dinge von Managern hier sagen. Aber den Bundeskanzler, den wollen Sie für alles zur Verantwortung ziehen, auch für die großen Fehler des Managements. Wir bekennen uns zur Modernisierung. Und wir Arbeitnehmer nehmen zur Kenntnis, daß eine Entwicklung auf modernem Gebiet (Abg. Dr. Dorfer: „Die Manager hätten längst gewußt, was sie tun sollen!“), das heißt, die Mikroelektronik, auch bei uns Fuß fassen wird. Wir Arbeitnehmer haben hier eine vernünftige Einstellung. Sie wird uns noch furchtbar viel Kummer bereiten, aber wir sehen auch darin die Möglichkeit, unsere Technik und die Geschwindigkeit der Abwicklung von Aufträgen schneller durchzuführen, das kommt aber auch unserer Wirtschaft zugute. Wenn gestern gesagt wurde, wir bekennen uns zu Rationalisierungsmaßnahmen im Interesse der Konkurrenzfähigkeit, die in jedem Betrieb notwendig bestehen muß, wenn vom Umweltschutz die Rede ist und gestern Voitsberg erwähnt wurde, und hier wurde ich ja genannt, und das Fernheizwerk Graz, das mir sehr am Herzen liegt, und die Entwicklung in Mellach, dann darf ich Ihnen eines sagen, bei Voitsberg haben wir uns richtig verhalten. Hier wurde das Bauwerk durchgeführt. Wir haben damals auch mit Recht darauf hingewiesen, der Umweltschutz darf nicht übersehen werden. Jetzt werden die Schritte unternommen, diesen berechtigten Wunsch der Bevölkerung in die Tat umzusetzen. Aber

auch hier in Graz ist dieser Wunsch beim Fernheizkraftwerk, bei diesem alten, mitten in der Stadt errichteten, daß auch dort die dementsprechenden Maßnahmen gesetzt werden. Das heißt, wir – und wie gestern Dr. Schilcher gesagt hat – auch als Gewerkschafter, wenn wir für die Arbeitsplatzsicherung eintreten, so bekennen wir uns aber auch zum Umweltschutz, denn er ist notwendig im Interesse der Menschen und des Landes. Alles zu seiner Zeit und mit einer gewissen Vernunft. Österreich ist ein Exportland, und wir können ohne Export unsere Wirtschaft nicht ankurbeln. Ich muß Ihnen ehrlich auch hier folgendes sagen: Wenn wir nun im Ausland Aufträge unter enormen Risiken hereinnehmen, ist automatisch die Verpflichtung, sonst bekommen wir den Auftrag gar nicht, daß wir große Teile dieses Auftrages dort im Auftragsland weiterdelegieren müssen. Wir müssen – weil der Preisverfall gegeben ist – natürlich auch hier in Österreich an das Gewerbe weiterdelegieren. Ich glaube, wir haben einen großen Fehler gemacht. Nicht nur die Österreicher! Und ich löse die Probleme hier nicht, wenn Sie glauben, mit Schimpfen und mit dem Suchen von Schuldigen wird das Problem gelöst, ich sage Ihnen nein (Abg. Dr. Dorfer: „Bei dir sind es die Manager!“), die Europäer und die österreichische Wirtschaft haben sich in der Vergangenheit in den verschiedensten Bereichen dieser Welt am Weltmarkt durchsetzen können. Wir haben Anlagen geliefert und haben übersehen, daß diese Anlagen in kürzester Zeit als Konkurrenz gegen uns natürlich zum Einsatz kommen. Wir haben uns zu spät umgestellt, und ich sage Ihnen eines, es ist uns leider nicht gelungen, auf technischem Gebiet so schnell den Fortschritt herbeizuführen, wie er wünschenswert wäre. Die Energieversorgung und der Energiekostenaufwand unserer Wirtschaft sind doch auch ein Faktor, der uns in der Konkurrenzfähigkeit hindert. Ich glaube, daß dies ein ganz wichtiges Gebiet ist, das im Interesse der Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft und Arbeitsplatzsicherung gelöst werden muß. (Abg. Dr. Pfohl: „Jetzt sind wir uns einig, daß wir billiger werden müssen!“) Verflixt, Sie halten mich mit Ihren Zwischenrufen auf, ich komme über die zehn Minuten!

Hier wurde gestern und heute über das Eigenkapital gesprochen, und wenn man hier die Regierung verantwortlich macht, dann möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, Sie sind mir nicht böse, wenn die Politiker auch immer in den Medien stehen und kritisiert werden, dann soll doch auch unser Management ein bißchen zerpflückt werden. Sie verdienen dementsprechend (Abg. Dr. Dorfer: „Das tut so der Prensberger, was brauchen das die Medien!“), besitzen Privilegien, und was passiert? Das Eigenkapital ist an und für sich in geringen Mengen vorhanden – das bestreite ich nicht –, und wenn dementsprechende Rücklagen in den Betrieben geschaffen werden mit dem Fleiß der Belegschaft und mit dem verständnisvollen Verhalten der Belegschaftsvertretung, wird dieses Kapital innerhalb kürzester Zeit verschleudert. Das habe ich gestern in meinem Zwischenruf gesagt. Wissen Sie warum? Durch schlechte Vertragsabschlüsse. Hier gehören Techniker, Juristen her, die einen Vertrag abschließen mit dem Ausland. Es ist äußerst gefährlich, wenn nur kleine Fehler aufscheinen. Hier gehen enorme Beträge verloren. (Abg. Dr. Dorfer: „Das kann auch im Inland passieren!“) Jetzt bin ich in Wut gekommen. Es sind

auch die Kalkulationen, die in den Betrieben durchgeführt werden. (Abg. Ing. Turek: „Nicht so laut. Du hast schon 15 Minuten!“) Gib eine Ruhe, ich habe noch fünf Minuten. Es ist so, daß bei diesen Kalkulationen auch etwas passiert, daß Hunderte Millionen verlorengehen. (Abg. Dr. Dorfer: „Du bist einäugig!“) Ja selbstverständlich, das sind ja die Verantwortlichen, denen dies passiert, weil sie zu wenig Kontrolle durchgeführt haben. Und wir bezahlen dann. Dann ist das Kapital verloren, und es beginnt damit, daß man auch die Belegschaft (Abg. Dr. Dorfer: „Den Bauring!“), die Sozialeinrichtungen kürzt, um dies wieder abzudecken. Ich glaube, Eumig und auch die Klimatechnik sind ein Beweis des Versagens gewisser Manager. Na der Trautner, der hat heute noch Millionen. Es kommt also durch solche Fehlmaßnahmen und solche Dinge, die leider auch in der Wirtschaft und in den Betrieben passieren, zu Einschränkungen und Stilllegungen von Betrieben. Ich glaube, wenn man von der Förderung der Wirtschaft spricht, dann dürfen Sie nicht übersehen, daß mit Recht die verstaatlichte Industrie in Österreich gefördert wird, weil international schon seit Jahren in allen europäischen Industrieländern, die Amerikaner protestieren ja bei jeder Gelegenheit dagegen, dementsprechende Förderungen und Stützungen durchgeführt werden, auch in der privaten Stahlindustrie, um sie vor dem Zusperrn zu bewahren. Das können Sie nicht bestreiten, das ist eine Tatsache. Eine Wettbewerbsverzerrung ist damit gegeben. Daß wir als Österreicher natürlich verpflichtet sind, unsere verstaatlichte Industrie, die Grundindustrie, vor dem Zusperrn zu bewahren, ist klar. (Abg. Dr. Dorfer: „Auch die private Industrie muß man fördern!“) Herr Dr. Dorfer, ich habe nicht einmal bei Ihnen so viele Zwischenrufe gemacht. Aber ich möchte Ihnen eines sagen: Wir haben von dieser Grundindustrie in der Aufbauphase ohne Spekulationsüberlegungen billig unsere Rohstoffe zur Verfügung gestellt bekommen. Wir haben das der Verstaatlichten, der Alpine und VOEST doch auch damals zu verdanken gehabt, daß der Aufbau leichter über die Runden gegangen ist. Da wären am Weltmarkt hohe Preise zu erzielen gewesen. Der Stahl wurde der österreichischen Wirtschaft zur Verfügung gestellt. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Dorfer: „Das gilt auch für jeden anderen Betrieb. Das kann jeder Betrieb von sich behaupten, selbstverständlich!“)

25 Milliarden Schilling werden an Aufträgen an unsere Wirtschaft weitergegeben. Ich glaube, wenn Sie als ÖVP bei dieser neuerlichen Finanzinjektion, bei den 3,5 Milliarden, zugestimmt haben, dann haben Sie das nicht getan, weil Ihnen das so besonders Freude bereitet hat. Aber Sie müssen auch bereit sein, in dieser Verstaatlichten führende Männer zu nominieren, die die Verantwortung mitzutragen haben und Sie als Partei natürlich politisch auch im Interesse der Steiermark, weil die Ausstrahlung dieser Negativerrscheinung der Wirtschaft regionenweit ist. Sie können das gar nicht verantworten. Ich möchte Ihnen jetzt abschließend, die zehn Minuten muß ich einhalten, ich werde das meiste also streichen, aber eines möchte ich Ihnen abschließend sagen. (Abg. Schrammel: „Schon zweimal zehn Minuten!“)

Ich habe genau auf die Uhr geschaut. Meine Augen sind wohl schlecht, aber das habe ich noch gesehen,

daß es zehn Minuten sind. Eines möchte ich Ihnen abschließend noch sagen: Wenn Sie von der Sozialpartnerschaft sprechen, so bekenne ich mich auch zur Sozialpartnerschaft. Es darf keine Einbahnstraße sein. (Allgemeiner Beifall. – Abg. Dr. Dorfer: „Die gibt es überall!“) Und ich weise die Äußerung von Sallinger, von den sogenannten Faulen und Fleißigen, natürlich als Gewerkschafter zurück, denn die österreichischen Arbeitnehmer sind alle fleißig. In diesem Sinne ein Glückauf für die Zukunft. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Dorfer: „Ich sage nur Diemläch. Da sind wir einer Meinung!“) Wir sind öfter einer Meinung.

Präsident Zdarsky: Das Wort erteile ich nun dem Herrn Abgeordneten Dr. Steiner.

Abg. DDr. Steiner: Ich wäre ein schlechter Vertreter des Bezirkes Bruck an der Mur, wenn ich nicht heute auch zur Notlage dieses Bezirkes sprechen würde. Zwar nicht von dieser Branche kommend, aber doch glaube ich mit den Leuten, mit den Freunden von Diemläch bis zur VEW in Kapfenberg in engster Führung stehend, von ihnen geprägt und leidend bestimmt. Ich möchte heute einige Wünsche deponieren. Ich möchte gar nicht kontroversiell auftreten, aber Wünsche und Sorgen dieses Bezirkes hier deponieren. Die Bezirke Mürzzuschlag und Bruck an der Mur, heterogene Bezirke, mit den Ballungszentren von Bruck bis Kapfenberg, dann das Erholungszentrum von Aflenz und Mariazell und die Landwirtschaftszentren in unseren schönen Tälern. Viele Menschen haben eine Arbeit und Beschäftigung und Wohlergehen seit Jahrhunderte und in den letzten Jahrzehnten der sechziger Jahre besonders gutgefunden. Aber seit etwa 1970 ist ein schwerer Rückgang in den Großbetrieben an der Beschäftigung festzustellen. Ich nenne die Großbetriebe wie etwa VEW, Felten, Pengg, PEWAG, Magnesit in Breitenau und St. Kathrein, die Mürztaler Papierfabrik. Die angeführten Großbetriebe haben, solange sie Vollbeschäftigung sicherten, das Wohlergehen aller Bevölkerungsschichten dieses Bezirkes ermöglicht. In den letzten Jahren aber mußten manche Betriebe, mit Ausnahme einiger Betriebe wie etwa PEWAG, wie etwa Pengg und Rauppach, gewaltige Einbußen hinnehmen. 1970 waren 1450 Angestellte und 6600 Arbeiter bei Böhler Edelstahl beschäftigt. Die Firma hatte damals ein Eigenkapital von 33 Prozent und selbsterwirtschaftete Rücklagen von 700 Millionen Schilling. 1975 erfolgte die Fusion von Schoeller-Bleckmann Böhler und Styria Judenburg zur VEW. Im selben Jahr konnten in Kapfenberg nur mehr 5800 beschäftigt werden. Im Rahmen des Strukturverbesserungsprogramms im Edelstahlbetrieb wurden sieben Betriebe, Federnbetrieb, Blechwalzbetrieb, Stahlgießerei unter anderem in Kapfenberg geschlossen und einige Produktionen nach Judenburg, nach Mürzzuschlag und nach Ternitz verlegt. Als Ausgleich sollte die volle Auslastung des Feinwalzwerkes, der Schmiede und des Block- und Grobstahlwerkes garantiert sein. Aber all die Versprechungen und Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Die Rücklagen bei Böhler sind im Topf der VEW versickert. Der Eigenkapitalanteil ist auf praktisch Null gesunken. Für die riesigen Kreditaufnahmen müssen pro Jahr allein an Zinsen über eine Milliarde Schilling gezahlt werden. Die Hüttenbetriebe sind schlecht ausgelastet. Der Auftragseingang im Oktober heurigen

Jahres ist katastrophal. Ich habe mir von der Direktion die Zahlen geben lassen. Sie betragen 6838 Tonnen, der Auftragsrückstand betrug daher gegenüber dem letzten Monat über 1800 Tonnen. Das ist insgesamt ein Verlust von 1900 Arbeitsplätzen in der letzten Zeit. Nun hat der Firmenvorstand den Werksdirektoren die Verringerung des Angestelltenstandes um 70 empfohlen, und das ist praktisch eine Kündigung von 70 Angestellten. Bei den Arbeitern wird es 150 Kündigungen geben. Dies wurde der Arbeitsmarktverwaltungsbehörde entsprechend dem gesetzlich vorgeschriebenen Frühwarnsystem mitgeteilt. Ein Böhler-Angestellter erklärte mir vorgestern noch, wir sind soweit, daß wir die Grundstücke verkaufen, auf dem zwei große Bürogebäude stehen und im Leasingverfahren zahlen, damit die katastrophale Bilanz kosmetisch bereinigt erscheint.

Leider mußte die Edelmetallgießerei eingestellt werden. Meine Damen und Herren! Der Generaldirektor Grünwald – und man ist als Lehrer auch ein Objekt ständiger Fortbildung, hört sich das an, nimmt an vielen Diskussionen teil und versucht, nationalökonomisch in einer schwierigen, auch differenziert zu betrachtenden Situation mitzukommen – hat am 25. November in einer großen Diskussion erklärt, es gibt drei Betriebsarten: erstens: gute Betriebe ohne Zuschüsse, zweitens: Betriebe, die temporäre Zuschüsse brauchen, und drittens: Betriebe, die zur Zeit aus eigener Kraft in der Entwicklung nicht weiterkommen. Hier werden tiefere Einschnitte notwendig sein. Unsere Zeitungen haben uns das geschrieben. Das Aluminiumwerk Ranshofen gehört nicht zu dieser Kategorie 3, obwohl ohne 3,5-Milliarden-Spritze Ranshofen und VEW gefährdet gewesen wären. Landeshauptmann Dr. Krainer hat es gesagt, und es ist auch bekannt gewesen, würde etwa die 3,5-Milliarden-Spritze nicht erfolgt sein, dann wären etwa die Bilanzen nicht zu erstellen gewesen, Konkurs hätte angemeldet werden müssen, wenn das nicht möglich gewesen wäre. Nun auf einmal ist aber Ranshofen nicht dabei. Tiefere Einschnitte! Ich frage Sie alle miteinander, liebe Freunde aus der Steiermark, aller Parteien, wäre es nicht eine steirische Solidarisität, daß wir sagen müssen, das geht nicht an, daß nur die steirischen Betriebe, etwa unseres Murtales und Mürztales, daß die allein hier betroffen sind. So ist es doch, daß etwa allein diese Betriebe gefährdet sind. Das darf nicht sein, daher der Appell an alle Steirer. Wir lassen uns das nicht gefallen, daß nur die Steiermark blutet. Weiter möchte ich sagen, es muß eine steirische Allianz geben von Mürzzuschlag bei Judenburg, damit auch nicht auf Kosten der Steirer allein tiefere Einschnitte passieren. Kapfenberg würde am meisten daraufzahlen. Ich möchte sagen, diese 3,5 Milliarden waren notwendig, weil wir wünschen, daß diese Leute dieses Gebietes nicht entvölkert werden, daß sie nicht arbeitslos werden, und daher ist es durchaus gerechtfertigt. Und ich glaube, die steirischen 200 Millionen haben Signalwirkung gehabt. Meine Freunde im ganzen Bereich von Kapfenberg stehen dahinter, daß die 3,5 Milliarden gegeben worden sind; sie sind absolut zu bejahen, zu begrüßen und absolut notwendig, um den Menschen den Arbeitsplatz dort zu sichern.

Und nun ein Wort zur Felten und Diemläch. Die Fusion der Draht-AG. ist erfolgt. Jetzt geht es nur

darum, daß Bruck die nötigen Produktionsaufträge bekommt, die nicht riskant sind und nicht etwa einem Lotteriespiel ausgesetzt sind von Ägyd bis hinunter nach Ferlach. Auf Grund unserer Kenntnisse haben auch Pengg und PEWAG ihre Probleme. Aber das sei jetzt zu dieser vorigen Rede gesagt. Ich muß sagen, die Flexibilität dieser Firmen garantiert, daß es schneller geht. Und mir haben Freunde aus den VEW gesagt, daß es manchmal fünfeinhalb Monate dauerte, vom Auftrag bis die Ausfertigung erfolgte. Da muß ich auch sagen, da fehlt es am Management in dieser verstaatlichten Industrie. Das muß ich auch sagen! Das haben mir meine Freunde von der Fraktion christlicher Gewerkschafter gesagt, und daher möchte ich wünschen, daß hier Besseres geschieht. Wenn die Privatindustrie imstande ist, in ihrer Flexibilität schneller von Auftragserteilung bis zur Auftragserfüllung zu sein, dann könnte das beispielwirkend auch in anderen Betrieben folgen. Die Andrangsziffer bei den Arbeitsämtern steigt, und wir sehen, wie schwer es ist, heute Arbeit zu bekommen. In Bruck hat mir das Arbeitsamt mitgeteilt, bei den Metallberufen gibt es für eine Stelle 18 Bewerber, im Bereich der Büroarbeit steht das Verhältnis männlich 1 : 15, weiblich 1 : 24. Ein Wort, der Herr Landesrat Fuchs hat sich so sehr bemüht, um für das aufzulassende Werk Diemlach ein Unternehmen zu finden. Welches Unternehmen auch kommen mag, Arbeitsplätze sollen dort gesichert sein. Bitte, ich sage es so, ob es dazu kommt, daß sich dieses österreichische Unternehmen niederlassen wird, an jedem Tag kann eine andere Situation eintreten. Wir wissen es nicht. Es soll nicht auf Kosten der Donawitzer gehen. Aber es sollen dort Plätze gesichert werden. Und nun, meine lieben Freunde, ich komme zum Schluß, ich halte mich kurz! Die obersteirischen Arbeiter und Angestellten, besonders der VEW, sind eines Sinnes mit der Forderung, das Management von Wien in die Zentrale dorthin, wo gearbeitet wird, zu verlegen. Hier bin ich mit Landeshauptmann Dr. Krainer eines Sinnes, mit Landeshauptmannstellvertreter Gross, von Wien in die Produktionsstätte, in die Steiermark, zum Wohle unserer steirischen Arbeiter die Direktion zu verlegen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, ersuche ich alle Damen und Herren hier im Hause, ihre Nebenvorträge in Anzahl und Lautstärke zu reduzieren.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Trampusch. Ich erteile es ihm.

Abg. Trampusch: Geschätzte Frau Präsident! Hohes Haus!

Hier wurde an diesem Nachmittag schon mit sehr viel Energie über Fragen der Wirtschaft gesprochen. Die Fragen der Energie und der Ökologie sind ja eng mit der Wirtschaft verbunden, und es ist gut, daß wir bei diesem Kapitel auch darauf zurückkommen. Der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer hat ja gestern Abend am Ende seiner Ausführungen gesagt, daß das größte steirische Sonderbauprogramm ein Kraftwerksausbauprogramm sei, und gestatten Sie mir daher, daß ich mich mit diesen Fragen beschäftige. Die sinnvolle, die umweltfreundliche Nutzung von Energie ist nicht nur eine Frage der Technik, sondern auch des Bewußt-

seins möglichst vieler Menschen. Und in diesem Sinne kann man nicht genug tun an Initiativen, an Anregungen, Alternativen, an kritischen Überlegungen. Wenn die sozialistische Fraktion dieses Hohen Hauses seit Jahren im zunehmenden Maße derartige Anträge gestellt hat, dann in dem Bemühen, dieses Bewußtsein zu bilden oder zumindest dazu beizutragen. Wir sind fest davon überzeugt, daß uns dieses Vorhaben gelungen ist, daß wir hier in der Steiermark einen guten Anteil an dieser Entwicklung haben. Ich möchte dies an einem einzigen Beispiel aufzeigen, am Beispiel von Mellach. Jeder von uns kennt die Geburtswehen dieses Projektes Mellach. Dreimal wurden das Datum und der Ort dieser Geburt verschoben, bis dieses leibliche Kind der STEWEAG das Licht der Welt – oder sollte ich sagen – die Luft dieser Welt erblickt hat. Vom Generalredner der ÖVP angefangen, wurde gestern von einigen Abgeordneten dem Vater dieses Projektes gedankt. Gerade in Energie- und Umweltschutzfragen spielt ja die Vaterschaft, das Verursacherprinzip, eine besondere Rolle. Wie war es aber wirklich? Gerade der Geburtsvorgang dieses Projektes spielte und spielt in der steirischen Energie- und Umweltschutzszene eine außerordentliche Rolle. Und wenn man die steirischen Tageszeitungen der letzten eineinhalb Jahre aufmerksam liest und die einschlägigen Artikel in Erinnerung bewahrt, dann kann man den tatsächlichen Hergang, dann kann man die Rolle der Beteiligten dokumentarisch rekonstruieren. Und ich darf hier gleich einen Artikel der „Tagespost“ vom 26. August 1982 ausschnittsweise zitieren, dort steht: „Kraftwerk Mellach – verhärtete Fronten. Das geplante Kohlekraftwerk der STEWEAG in Mellach bei Wildon stößt bei 562 Bewohnern von Wildon und Umgebung offensichtlich auf Widerstand. Einer der wesentlichen Streitpunkte ist in diesem Zusammenhang die Frage der Entschwefelung der Rauchgase. Fordern die Umweltschützer eine 90prozentige Entschwefelungsanlage, so bietet demgegenüber die STEWEAG die Errichtung einer 40prozentigen Anlage an.“ Und der Herr Abgeordnete Dr. Heindinger hat hier im Hohen Hause am 23. März 1982 gesagt, er verstehe nicht, daß es Leute gibt, die gegen das Kraftwerk Mellach sind. „Tagespost“ vom 28. April 1982: „Leicht besorgt zeigt sich Montag Abend der STEWEAG-Vorstand in einem Pressegespräch über weitverbreitete Mißverständnisse bezüglich der technischen Möglichkeiten und Grenzen der Rauchgasreinigung für das Fernheizkraftwerk Mellach im Süden von Graz. STEWEAG-Generaldirektor Märzendorfer betonte nachdrücklich, der vielzitierte Stand der Technik bei der Rauchgasentschwefelung ermögliche nur theoretisch eine 95prozentige Reinigung der Rauchgase mittels Gaswäsche. Der technisch erreichbare Reinigungsgrad beträgt weniger als 50 Prozent.“ Die „Kleine Zeitung“ vom 8. Mai 1982 hat in großen Lettern als Überschrift: „Am Schwefel scheiden sich die Geister.“ Hier wird ausgesagt, die STEWEAG beharrt hingegen weiterhin auf 45 Prozent. Und hier wird Vorstandsdirektor Dr. Oskar Beer zitiert, der sagt: „Es überrascht mich sehr, daß die Berufungswerber den Sachverständigen sagen wollen, was heute Stand der Technik ist. Ich glaube aber nicht, daß die Wildoner Bürger überhaupt wissen können, was Stand der Technik ist.“ Soweit zum Zeitpunkt 8. Mai 1982. Am 25. Mai 1982 schreibt wiederum die „Kleine Zeitung“ mit der Überschrift: „SPÖ, 90 Prozent für Mellach. Antrag im

Landtag. Im Kampf um eine wirksamere Entschwefelung des geplanten Kohlekraftwerkes in Mellach südlich von Graz zeichnet sich eine Wende ab. Die steirische SPÖ hat sich nun auf die Seite der Anrainer geschlagen, sie wird heute im Landtag beantragen, den Grad der Entschwefelung auf 90 Prozent zu erhöhen. Wir können die Lösung für Mellach nicht akzeptieren, sagten SPÖ-Landesobmann und Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross sowie der Grazer SPÖ-Vizebürgermeister Alfred Stingl." Und dann in weiterer Folge „Kronen Zeitung“ vom 30. Mai 1982, Überschrift: „Mellach, sonst geht das Licht aus.“ Hier sagt Vorstandsdirektor Beer, zur Entschwefelung sagen wir ja, nach dem Stand der Technik, denn wir müssen die ölbefeuerten Werke ersetzen, sonst können in der Steiermark die Lichter ausgehen. Und er sagt weiter, und das bitte ich in Erinnerung zu behalten, die SPÖ verlange jetzt sogar in einem Landtagsantrag, daß Mellach nur genehmigt werden solle, wenn die 90prozentige Entschwefelung gesichert ist. Dazu Vorstandsdirektor Beer: Das ist eine politische Forderung. Ich habe auch noch eine Diskussion auf der Technik in Erinnerung – (Abg. Ing. Stoisser: „In Voitsberg war es ganz anders!“)

Das kommt schon noch, Herr Abgeordneter Stoisser – mit Dozent Raggam, dort hat ein Vertreter der STEWEAG, der Herr Dipl.-Ing. Schaller, gesagt, die STEWEAG zähle jedem, der beweisen kann, daß es auf dieser Welt eine 90prozentige Entschwefelung gibt, gratis den Flug, egal, ob nach Japan oder in die Bundesrepublik. Gott sei Dank ist aber der STEWEAG-Vorstand dann nach Wilhelmshaven geflogen. Und nun kommt auch die ÖVP mit in die Diskussion. Denn laut „Kleiner Zeitung“ vom 15. Juni 1982 heißt es da: „Nun auch harte Kritik der Jungen ÖVP. Harte Bandagen versetzte nun die steirische Junge ÖVP den Verantwortlichen der STEWEAG. Landesobmann Grinschl forderte zum Wochenende alle Vorkehrungen zum Schutze der Anrainer des geplanten Fernkraftwerkes.“ Hier heißt es, der steirische Jung-ÖVP-Chef schwenkte damit deutlich auf die Linie der Sozialisten ein, die sich ebenfalls für maximale Umweltschutzmaßnahmen Mellachs starkgemacht haben. Immer ist noch nicht davon die Rede, daß die ÖVP hier diese vehementen Umweltschutzbestimmungen für Mellach vertritt. Es kann weitergehen, zum Beispiel die „Tagespost“ vom 8. Juli 1982. Hier wird erstmals vom STEWEAG-Vorstand, vom Herrn Generaldirektor Märzendorfer ausgesagt, daß eine 90prozentige Entschwefelung eingebaut wird. Also innerhalb weniger Tage eine Kehrtwendung um 180 Grad. Das ist so bezeichnend. Hier hat Generaldirektor Märzendorfer wörtlich erklärt, der STEWEAG-Alleinaktionär, nämlich das Land Steiermark, habe das Recht, jede Forderung aufzustellen, sein Wille sei uns sakrosankt. Ich habe aber gehört, daß einige Vorstandsmitglieder das in steirischer Mundart interpretiert haben, sie haben nicht sakrosankt, sondern sakra, sakra gesagt. Nun behaupten plötzlich Techniker der STEWEAG, man brauche auch nicht mehr diese Befuerung mit Erdgas, wie es als Zwischenlösung gedacht war. Man könne jetzt schon nach dem letzten Stand der Technik, siehe welcher Fortschritt, 1986 mit Kohle feuern und eine mehr als 90prozentige Entschwefelung erreichen. Wir freuen uns, ich sage es ausdrücklich, wir freuen uns

über diese Explosion an Einsichten, und vor allem im Interesse des Umweltschutzes freuen wir uns, denn es sind schon viele vom Saulus zum Paulus geworden. Aber hier zu sagen, daß vom Vorstand der STEWEAG und von Landeshauptmann Dr. Krainer dieser Gesinnungswandel ausgegangen ist, das kann man nicht ganz zur Kenntnis nehmen. Hier darf man nicht nur den Stand der Technik, hier muß man auch den Stand der Information berücksichtigen. Es ist heute hier vom Herrn Abgeordneten Stoisser gesagt worden, im anderen Zusammenhang, daß es Bocksprünge gäbe beim Budget des Bundes. Bleiben wir in der Steiermark. Bocksprünge hat es doch hier gegeben. Bocksprünge und einen Zickzackkurs der STEWEAG. Das sieht so aus wie eine steirische Energiekomödie. Nur es wäre ja eine Komödie, wenn nicht die Konsumenten hier durch die künftigen Tarife diese Bocksprünge zu zahlen hätten, denn die mehrfache Standortverlegung und damit verbundene Planung, die Änderung der Brennstoffe, die da verwendet werden sollen, innerhalb kurzer Zeit, das alles hätte doch schon vom Eigentumsvertreter viel früher in die Waagschale geworfen werden können. (Abg. Dr. Maitz: „Was ist das Ergebnis?“) Ich komme jetzt sofort zum Ergebnis. Das Kraftwerk wird voraussichtlich gebaut, aber der Herr Landeshauptmann hat gestern von diesem besonderen Programm gesprochen, mit dem so viele Arbeitsplätze in der Steiermark geschaffen werden. Und der Herr Abgeordnete Heidinger hat in einem Zwischenruf gesagt, diese Vorhaben der STEWEAG seien der größte Brocken des steirischen Sonderbauprogramms.

Wenn man tatsächlich das zum Anlaß nimmt, was hier Landeshauptmann Dr. Krainer bei einer Pressekonferenz am 4. Mai 1982 gesagt hat, nämlich daß dieses Sonderprogramm 13 Kraftwerke vorsieht, zu einem Betrag von 6,6 Millionen Schilling, und daß dieser Ausbau vorgezogen, ich meinte, 6,6 Milliarden selbstverständlich, aber ich werde gleich sagen, wieso ich nicht von Milliarden rede, er hat also gesagt, innerhalb von fünf Jahren werden hier 6,6 Milliarden verbaut. Dieses vorgestellte forcierte Ausbauprogramm hat aber einige Schönheitsfehler. Zwei Projekte dieses Programms standen schon knapp vor der Vollenendung, nämlich Spielfeld und Bodendorf. Die wurden dort aber geführt bei diesen 6,6 Milliarden. Dann Miniprojekte wie Mandling, St. Georgen, wie die Erzbachbeileitung fallen nicht so sehr ins Gewicht. Andere Projekte sind fragwürdig. Sie werden so hingestellt, als könnten sie schon ungeschaut gebaut werden. Das sind Projekte, die etwa vom Naturschutz beeinträchtigt sind, wo es Grundwasserprobleme gibt, wie in Deutschfeistritz, in Kaindorf und anderswo. (Abg. Dr. Heidinger: „Deutschfeistritz ist geschehen!“)

Dieses große Grenzkraftwerk an der Grenze zu Jugoslawien wäre wünschenswert, aber jeder von uns weiß, daß die Jugoslawen es nicht zahlen können und daß es daher nicht gebaut wird, solange nicht entweder die STEWEAG das zu 100 Prozent vorfinanziert oder einfach abwartet. Das sind Projekte, und es werden Hoffnungen erweckt, wenn man davon redet, daß jetzt statt 400 Millionen Schilling jedes Jahr 760 Millionen Schilling von der STEWEAG investiert werden, das stimmt doch alles nicht. Die STEWEAG hat für das nächste Jahr nicht um 360 Millionen Schilling mehr im Ausbauprogramm für diese Großprojekte, sondern um

300 Millionen Schilling weniger. Überzeugen Sie sich davon, gehen Sie hin zur STEWEAG, sprechen Sie mit den Vorstandsmitgliedern, und Sie werden sehen, daß das gar nicht stimmt, was gestern und anderswo und mit besonderer Lautstärke angekündigt worden ist. Ich frage Sie daher, was werden die steirischen Bauarbeiter, was wird die Bauwirtschaft sagen, was werden Arbeiter der Elin sagen, wenn sie feststellen, daß es nicht, wie es gestern geheißsen hat, mehr als 3000, also 3175 Arbeitsplätze sein werden in den nächsten fünf Jahren, die da geschaffen werden, wenn man aus diesem forcierten Sonderbauprogramm ein reduziertes Sonderbauprogramm macht. Denn, wenn das anders wäre, dann hätte die STEWEAG ja mehr an Investitionen vorzusehen und nicht weniger. Hier kann etwas nicht stimmen. Das ist auch eine Frage, die mit der Wirtschaft und mit den Arbeitsplätzen sehr eng zusammenhängt. (Abg. Dr. Heindinger: „Die Information stimmt nicht!“) Und ich würde mich sehr freuen, ich sage das bewußt, ich würde mich sehr freuen, wenn ich mich täuschen würde, wenn innerhalb dieser fünf Jahre diese 13 Projekte verwirklicht würden, dann würde ich das gerne im Interesse der steirischen Arbeitsplätze zur Kenntnis nehmen. Aber ich fürchte, daß noch – (Abg. Dr. Pfohl: „Wenn Sie das auch beim Kongreßbau berücksichtigen, wäre das großartig!“)

Ich spreche hier von dem, was gestern Landeshauptmann Krainer versprochen hat, und ich nehme an, er wird wohl daran denken, das auch zu halten. Ich würde es gerne zur Kenntnis nehmen, wenn er recht hat. Wir werden ja nach fünf Jahren sehen, wieviel von den 6,6 Milliarden Schilling verbaut sind und wie viele von den 13 Projekten dann auch verwirklicht sind. Ich fürchte nur, Hohes Haus, daß noch viel Wasser die steirischen Flüsse hinunterrinnen wird, bis dieses angekündigte Programm überhaupt verwirklicht wird. Ich pflichte hier dem Herrn Landeshauptmann in einem bei, was er gestern als letzten Satz gesagt hat, nur er selbst möge sich auch daran halten. Man möge in einer stillen Stunde darüber nachdenken, wie die Dinge wirklich sind. Dem habe ich nichts hinzuzufügen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kollmann das Wort.

Abg. Kollmann: Frau Präsident! Hohes Haus!

Ich möchte auf die Äußerungen des Herrn Kollegen Trampusch nicht allzuviel antworten. (Abg. Freitag: „Weil du nichts weißt!“)

Zum Teil war es Schnee von gestern, und zum anderen Teil waren es krampfhaftige Versuche, mit falschen Informationen zu hantieren und daraus Schlüsse zu ziehen, die wirklich nicht zulässig sind. Aber, Herr Kollege Trampusch, Sie haben auch davon gesprochen, daß hier falsche Hoffnungen erweckt würden. Stimmt das? Da muß ich Ihnen eine Geschichte erzählen. Es war kurz vor der Gemeinderatswahl 1980. Da hat der Herr Kollege Trampusch in seiner Funktion als Bürgermeister von Wagner in der Gemeinde Wagner eine große Tafel auf einem freien Feld anbringen lassen, und auf dieser Tafel stand geschrieben: „Hier wird mit Förderung der Gemeinde . . . usw. eine Großdruckerei entstehen. Baukostenaufwand 50 Millionen Schilling.“ Und der Herr Kollege Trampusch hat das

aufstellen lassen, obwohl er gewußt hat, daß es sich bei diesen Leuten, die dort angeblich etwas bauen wollten, um Schwindler handelt und um Konkursanten. Und Sie haben trotzdem die Aufstellung dieser Tafel geduldet, weil Sie Ihrem Gemeinderatswahlkampf nützlich war. Das ist Erwecken falscher Hoffnungen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Tschernitz: „Eine Falschmeldung!“)

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich mit der Industrie im Raum Leoben, Donawitz, Niklasdorf beschäftigen. Es ist letztlich jener Raum, der im Moment sehr schwer getroffen ist. Ich möchte mit dem Papierstandort Niklasdorf beginnen. Es ist erst einige Jahre her, da ging in Niklasdorf das Wort von der Schließung der Papier- und Zellstofffabrik um. Relativ kurz vorher hatte die Leykam-Mürztaler den Betrieb angekauft und in ihren Konzern eingegliedert. Da kam der frühere Finanzminister Androsch in Niklasdorf vorgefahren und erklärte namens des Bundeskanzlers und im eigenen Namen, man werde helfen. Es werde keine Schließung von Niklasdorf geben, das sei ausgeschlossen. Finanzielle Hilfe für das Werk Niklasdorf, in dem inzwischen die Zellstoffproduktion eingestellt wurde, kam aber, meine Damen und Herren, in erster Linie vom Land. Denn von dieser Vereinbarung, die zwischen Bund, Land und Creditanstalt als Eigentümer des Leykam-Konzerns getroffen wurde, hat das Land Steiermark in erster Linie seine Zusage eingehalten. Und das haben auch der Belegschaftsvertreter beziehungsweise Betriebsratsobmann und auch der Werkdirektor von Niklasdorf noch vor wenigen Wochen mitgeteilt, weil der Bund seine Zusage bis vor wenigen Monaten nicht eingehalten hat. (Abg. Ing. Turek: „Das Land hat auch nichts bezahlt!“) Nun, meine Damen und Herren, sitzt der ehemalige Herr Vizekanzler Androsch in der CA, und nun spricht er von der Möglichkeit des Zusperrrens. So ändern sich also die Ansichten, je nachdem aus welchem Blickwinkel man das betrachtet. Inzwischen sind 220 Arbeitsplätze verlorengegangen, und 400 sind immerhin in Gefahr. Die Belegschaftsmitglieder der Papierfabrik Niklasdorf fühlen sich leider auch von ihrer Gewerkschaft verlassen, denn der Herr Abgeordnete Teschl hat erklärt, daß auf Dauer diese Verluste in Niklasdorf einfach nicht hinzunehmen sind. (Abg. Rainer: „Ich werde erklären, wie das ist!“) Ich glaube trotzdem, meine Damen und Herren, das Verhalten der Niklasdorfer, ihrer Betriebsleitung, ihrer Belegschaftsvertretung und aller Belegschaftsmitglieder ist wirklich imponierend, denn sie wollen neben der Niklaszellproduktion in intelligente Papiere – wenn ich das so sagen darf – flüchten: Etikettenpapier, Kopierpapiere, hochvolumige holzfreie Papiere sollen nun erzeugt werden. Man hat umgestellt, und man hat Marktlücken gesucht und geglaubt, auch gefunden zu haben. Wir hoffen mit den Niklasdorfern, daß dies auch gelingt. Und nun wollen und werden die Niklasdorfer sich verselbständigen, so Leykam-Mürztaler und auch die CA es zulassen. Offenbar deshalb, um ohne jedes Diktat und ohne die Overheadkosten eines großen Konzerns ein besseres Ergebnis zu erwirtschaften. Und dieser Mut, meine Damen und Herren, und dieser Wille der Niklasdorfer ist wirklich so imponierend, daß er – glaube ich – unsere finanzielle und auch ideelle Unterstützung verdient. Die finanzielle Unterstützung des Landes ist bereits in hohem Maße gekommen.

Nun zur Verstaatlichten im Raum Leoben, Donawitz und Kapfenberg. ÖIAG-Chef Grünwald hat von tiefen Schnitten gesprochen. VOEST-Alpine-Generaldirektor Apfalter will dem Aufsichtsrat der VOEST-Alpine am 14. Dezember für das Hüttenwerk Donawitz einen neuen Betriebszuschnitt – so nennt man das nun neuerlich – vorlegen. Dieser Betriebszuschnitt soll den Sinn haben, Donawitz wieder in die schwarzen Zahlen zu bringen. Das sind nämlich die schöneren Zahlen, die schwarzen Zahlen!

Und leider aber, meine Damen und Herren, liegt hier bei diesem Vorschlag, der noch nicht offiziell bekannt ist, aber den man erahnen kann, die Betonung auf dem Wort „Schnitt“. Und Schnitte leider, meine Damen und Herren, haben die Donawitzer in den letzten Jahren schon ziemlich tiefe und leider auch viele hinnehmen müssen. Noch vor Jahren hat es in Donawitz 7000 Arbeitsplätze gegeben, plus 700 Fremdfirmenarbeitsplätze, und nunmehr sind es nur noch 5000 insgesamt. Und im gesamten Bezirk Leoben sind es 4000 Arbeitsplätze, die allein in der verstaatlichten Industrie verlorengegangen sind. Dazu kommen natürlich etliche hundert andere Arbeitsplätze, die als Folge davon in der mittleren und kleineren Wirtschaft verlorengegangen oder gefährdet sind. Meine Damen und Herren, sicherlich sind die weltweite Stahlkrise und die Wirtschaftssituation überhaupt auch für die Situation in der verstaatlichten Industrie und in Donawitz verantwortlich. Aber nicht allein, betone ich. Sicherlich nicht allein! In unserer Industriestruktur der Obersteiermark dominieren die Grundstoffe mit einem Anteil von 55 Prozent, österreichweit liegt dieser Schnitt bei 26 Prozent. Die Finalproduktion ist bei uns mit 39 Prozent gegenüber dem österreichischen Durchschnitt von 50 Prozent deutlich unterrepräsentiert. Das ist einer der Gründe, warum es unseren Betrieben nun schlechtgeht, den verstaatlichten wie den privaten, der Industrie wie dem Gewerbe oder dem Handel. Und es wäre völlig verfehlt zu glauben, daß jeder in Donawitz oder in einem anderen Industriebetrieb verlorene Arbeitsplatz nicht auch in der Folge zur Dezimierung der Arbeitsplätze und leider auch Lehrstellen in den kleinen Wirtschaftsstrukturen führen würde. Und das können wir Obersteierer, glaube ich, nicht hinnehmen. So einfach geht das nicht. Darum sprechen wir uns trotz der Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes für Finanzhilfen der öffentlichen Hand für die verstaatlichte Industrie aus, obwohl wir, und das muß man auch dazusagen, von den 3,5 Milliarden Schilling, die nun beschlossen wurden, in Donawitz nichts sehen werden. Wissen Sie das nicht, Herr Kollege Rainer, Sie waren doch bei der Betriebsversammlung in Donawitz. Da müßten Sie es gehört haben, Sie haben ja dort selbst gesprochen. VEW, Ranshofen, Elin, vielleicht auch noch Chemie-Linz, aber nicht Donawitz. Donawitz hat meines Wissens noch 500 Millionen ausständig vom Bund von der vorjährigen Zusage. So ist das. Man sagt zu, aber man gibt nicht schnell, doch nur wenn man schnell gibt, ist wirklich geholfen. (Abg. Dr. Maitz: „Groß reden. Was ist mit dem Geld?“)

Das sollte im Bund auch einmal zum Prinzip erhoben werden. Wir wehren uns auch, meine Damen und Herren, gegen die regional falsche Wirtschaftsförderung des Bundes wie im Fall General Motors. Und darum bekämpfen wir auch den Unsinn mit dem

Konferenzzentrum. Noch dazu, wo man noch nicht weiß, woher das Geld für diesen Bau genommen werden soll. Und man würde es dem kleinsten Gewerbetreibenden als unternehmerische Unfähigkeit anrechnen, wenn er eine Investition beginnt, ohne deren Finanzierung gesichert zu haben.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluß kommen, es ist erwiesen, daß beim Konferenzzentrum italienischer Baustahl verwendet wurde. Es ist erwiesen, Dipl.-Ing. Roth von der Ill-Bau hat das in der Sendung „10 vor 10“ vorgestern im Fernsehen bestätigt. Er hat es Hilfsstahl bezeichnet. Und es wurde auch in den Zeitungen berichtet, daß dieser Stahl sehr schwer zu unterscheiden sei vom österreichischen K-Stahl. (Abg. Prutsch: „Auch beim Industriepark Mureck wird dieser Stahl verwendet!“) Das stimmt nicht, diesen Stahl kann sogar ein Blinder unterscheiden, weil man den Unterschied greifen kann, meine Damen und Herren. So ist das also. Es wird gesprochen von zig Wochen Arbeit für Donawitz. Wenn alles nach Donawitz gegangen wäre, wären es achteinhalb Schichten gewesen, und in Wirklichkeit wird dann zumindest zum Teil italienischer Baustahl verwendet. Oder glauben Sie, meine Damen und Herren, daß der Baustahl, der italienische, in die Baugrube nur zum Auslüften geführt worden ist. (Abg. Prutsch: „In Mureck wird italienischer Baustahl verwendet!“) Sie wissen sicher – Herr Kollege Prutsch, auch ich möchte meine Zeit einhalten –, daß wir von der ÖVP jedes Jahr hier aufzeigen, wie schwierig es ist, und daß wir uns immer gegen das Abwandern von Kompetenzen aus der Steiermark in Richtung Linz und Wien ausgesprochen haben. Wir waren seit der Stahlfusion dagegen, daß die Entscheidungszentren abwandern. Aber Sie, meine Damen und Herren, von der SPÖ sind leider nicht mitgegangen. Sie haben die Mauer gemacht. (Abg. Hammer: „Ihr ward auch gegen die Fusion!“) Und nun, da es fünf vor zwölf ist, erkennen auch Sie, wie wichtig es ist, vom Bund eine Rückkehr dieser Entscheidungszentren zu fordern. Ich danke ausdrücklich Herrn Landeshauptmannstellvertreter Gross, daß er sich nun unseren Überlegungen und Argumenten angeschlossen und verlangt hat, daß die Generaldirektion der VEW nach Kapfenberg kommt. Ebenso aber bitte bedaure ich es, daß er für diesen Vorstoß eine in Anbetracht der Machtstrukturen in der SPÖ, Ihr Parteivorsitzender ist doch auch stellvertretender Bundesparteivorsitzender, doch sehr deutliche Abfuhr von den Wiener Zentralstellen bekommen hat. Ich bedaure das wirklich. Diese Abfuhr zeigt so deutlich, wie einsichts- und verständnislos die Führungsspitze der Sozialistischen Partei in Wien denkt und leider auch handelt. Aber gerade deswegen, weil diese Antwort von Wien unverschämte deutlich war, habe ich bis heute auf eine deutliche Antwort aus der Steiermark gewartet. Und diese Antwort des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Gross in Richtung Wien ist leider noch nicht gekommen. Ich bitte Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geben Sie diese Antwort den Wiener Stellen, und ich bitte Sie, bleiben Sie auch bei Ihrer Meinung, wonach die Generaldirektion der VEW und andere Entscheidungszentren in die Steiermark zurückkehren sollen. Ich bitte Sie wirklich darum aus ernstem Grund, weil Sie auch beim Konferenzzentrum leider einmal Ihre Meinung in so deutlicher Weise geändert haben.

Die verstaatlichte Industrie braucht die Entscheidungszentren hier, und ich bitte Sie nun von der Sozialistischen Partei, endlich, weil es eben schon fast fünf nach zwölf ist, mit uns zu gehen. Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Turek. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Turek: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Die Arbeitslosenrate ist derzeit, Gott sei Dank kann man sagen, in Österreich noch relativ gering. Wenn wir allerdings die Tendenz und die Entwicklung der letzten zwei Jahre anschauen, haben wir doch eine Verdoppelung dieser Arbeitslosenrate in den letzten zwei Jahren erfahren müssen. Wir liegen noch immer besser als in anderen Ländern, das betone ich, damit hier von sozialistischer Seite nicht Einspruch erhoben wird. Ich glaube aber, hier mit allen sprechen zu können, und ich glaube auch, daß die Sozialistische Partei mir zustimmt, daß der Trend alles andere als ein erfreulicher ist. Wenn das so weitergeht, werden wir heute in einem Jahr eine beträchtliche Anzahl mehr Arbeitslose haben. Das heißt, daß wir einer gewissen Misere entgegensteuern und daß natürlich die Sozialistische Partei, nachdem sie zwölf Jahre nunmehr die Bundesregierung allein führt, an dieser Entwicklung einen Großteil an Schuld zu tragen hat. Ich sage einen Großteil, nicht ausschließlich. Sie zeichnet mitverantwortlich. Wenn man den Betrieben, meine Damen und Herren, immer mehr Lasten auferlegt, wenn man zum Beispiel die Staatsquote hernimmt und in den letzten zehn Jahren feststellt, daß diese Staatsquote auf 42 Prozent gestiegen ist, dadurch natürlich die Bildung von Eigenkapital bei den Betrieben wesentlich erschwert wurde, die Eigenkapitalquote ist im Jahre 1970 etwa mit 37 Prozent angesetzt worden, im Jahre 1980 ist diese Eigenkapitalquote mit 20 Prozent der Bilanzsumme im österreichischen Durchschnitt. Das heißt, die Betriebe, wenn sie investieren wollten, haben einfach kein Geld. Über diesen Erfolg, unter Führungszeichen, braucht man sich nicht zu wundern. Wir haben eine abgewirtschaftete Stahlindustrie. Darüber ist heute schon mehrmals gesprochen worden, ich möchte hier nicht ins Detail eingehen, weil ich das schon hinlänglich in diesem Haus des öfteren getan habe. Diese abgewirtschaftete Stahlindustrie, meine Damen und Herren, unterstelle ich Ihnen mit Fug und Recht, weil ja seit Beginn der sechziger Jahre wiederholt darauf hingewiesen wurde (Abg. Hammer: „Deine Einstellung zur verstaatlichten Industrie kennen wir!“), daß unsere verstaatlichte Stahlindustrie einer Struktur-schwäche unterliegt und daß es zur Sanierung dieser Stahlindustrie entsprechender mutiger Schritte bedurfte hätte, und diese mutigen Schritte sind aus politischen Gründen natürlich nicht gesetzt worden. Ich weiß schon, daß das natürlich nicht allein bei der Sozialistischen Partei zu suchen ist, ich gebe ohne weiteres zu, nachdem die Österreichische Volkspartei sich ja auch immer redlich bemüht, ihre Leute in die Managementfunktionen zu entsenden, und wenn man hier ein Versagen des Managements den einzelnen nachweisen kann, dann wird natürlich ein Großteil an Schuld bei der Österreichischen Volkspartei zu suchen sein.

Die Verantwortung liegt letztlich beim Bundeskanzler, meine Damen und Herren. Er ist der Chef der verstaatlichten Industrie, und es ist sehr, sehr billig, wenn sich der Herr Bundeskanzler auf das Management ausredet. Und hier habe ich in einer Zeitung folgende Aussage gelesen; nicht vom Bundeskanzler natürlich: „Wenn ich das Management sehenden Auges daran hindere, die notwendigen Anpassungen zu tun und etwa jahrelang mehr oder minder dazu verhalte, ein Defizit mitzuschleppen, dann habe ich auch die Verantwortung zu tragen.“ Nach Aussage des hier Zitieren hat der Herr Bundeskanzler natürlich die Verantwortung zu tragen. Durch Subventionen werden diese Unternehmungen nunmehr am Leben gehalten. In dieser Woche ist auch die 3,5-Milliarden-Spritze für die verstaatlichte Industrie beschlossen worden. Die Österreichische Volkspartei war mit dabei, die Österreichische Volkspartei hat mit Empörung, wie ich aus der Presse entnehmen konnte, dieser 3,5-Milliarden-Spritze zugestimmt. Sie war nicht begeistert, das ging aus der Situation deutlich hervor. Sie hat sich zuerst besonders stark gemacht, wenn man die rauhen Töne des Herrn Wirtschaftssprechers Graff gehört hat. Dann ist nach dem Kreißen eines Berges doch ein ganz bescheidenes Mäuslein herausgekommen, und die ÖVP – möchte ich beinahe sagen – ist zu Kreuze gekrochen. Wir – das betone ich noch einmal – wir haben als Freiheitliche gegen diese 3,5-Milliarden-Spritze deswegen gestimmt, weil wir verlangt haben, daß ein Sanierungskonzept auf den Tisch gelegt wird, woraus ersichtlich ist, wie die Stahlindustrie in Österreich sich weiterentwickeln soll, zumindest kurzfristig weiterentwickeln soll. Wie es in den nächsten zwei, drei, vier Jahren weitergehen soll, weil wir doch der Meinung waren, wenn so ein Konzept nicht am Tisch liegt, dann besteht wirklich die Gefahr, daß das ein Faß ohne Boden wird. Ich bin ja nur neugierig, wie die ÖVP sich nächstes Jahr verhalten wird, wenn es wieder dazu kommt, weitere Milliarden hier nachzuschießen. Es es nämlich ein Konzept wichtig, weil bekannt ist, daß bis zum Jahre 1985 im EG-Bereich die Stahlproduktion um etwa ein Drittel reduziert werden muß, weil einfach die Absatzmärkte dazu nicht da sind. In der EG werden derzeit 150 Millionen Tonnen Stahl im Jahr produziert, und im Jahre 1985 will man nur mehr 100 Millionen Tonnen Stahl produzieren. Das wird natürlich auch seine weiteren Auswirkungen auf uns haben. Ich glaube schon, daß es, angesichts der Tatsache, daß wir auch Produkte erzeugen, mit welchen wir mit den Entwicklungsländern in Konkurrenz stehen, nur recht und billig ist, zu verlangen, daß man sagt, bitte Konzept auf den Tisch, wie soll das weitergehen. Dann natürlich, meine Damen und Herren, ich betone, dann werden die Unternehmungen Investitionsmittel brauchen und dann wir der Eigentümer Staat ihnen diese Investitionsmittel selbstverständlich zur Verfügung stellen. Ich möchte es nur kurz streifen, weil der Kollege Kollmann auch die Situation auf dem Papiersektor angeschnitten hat – ich habe in diesem Haus vor drei Jahren bereits betont, daß ich der Auffassung bin, daß dem Betrieb Niklasdorf letztendlich nur durch viele Subventionen, durch Millionensubventionen, das Ableben verlängert wird, aber in Wirklichkeit sein Ableben nicht zu verhindern sein wird. Es ist auch in den Protokollen nachzulesen, daß ich damals gemeint habe, es sei denn, es gelingt ihnen, auf ein anderes

Produkt auszuweichen. Sie probieren es jetzt mit einem Spezialpapier. Vielleicht gelingt es. Es ist aber auch wieder ein Papier, wo sie sich erst einen Markt erobern müssen. Und so einfach ist das heute nicht. Aber ich wünsche dem Betrieb recht viel Glück. In der Zwischenzeit sind allerdings über 400 Millionen Schilling hineingesteckt worden, zum Teil auch natürlich aus den anderen Unternehmungen, aus dem Bereich der Leykam. Diese Investitionsmittel gehen natürlich der Leykam in anderen Bereichen ab. Hier möchte ich noch etwas sagen. Das ist wirklich an die Adresse der Sozialistischen Partei und an die Adresse der Gewerkschafter gerichtet. Es passiert jetzt in Österreich ein weiterer Wahnsinn. Bisher hat die Leykam-Mürztal Zeitungspapier erzeugt. Sie war der größte Zeitungspapiererzeuger Österreichs. Sie hat den österreichischen Markt fast abgedeckt und ist mit einem kleinen Kontingent ins Ausland gegangen. Jetzt soll über eine Investition von 1,4 Milliarden Schilling eine Papiermaschine in Steyrmühl auch zur Erzeugung des Zeitungspapiers aufgestellt werden. Das heißt, jetzt werden sie sich einmal am Inlandsmarkt streiten, aber sie werden beide mit Zeitungspapier mit dem größeren Anteil auf den Auslandsmarkt gehen. Meine Damen und Herren, Zeitungspapier erzeugt heute auch schon fast jedes Entwicklungsland. Wir streiten uns dann wieder auf einem Markt, wo wir höchstwahrscheinlich die Preise nicht halten werden können, so wie es uns heute am Stahlsektor geht. Das ist mir nur jetzt so eingefallen, weil der Kollege Kollmann die Niklasdorfer Geschichte angeschnitten hat. Bitte, hier muß es doch möglich sein, eine Koordination herzustellen, damit wir uns nicht selbst umbringen. Es war ja seinerzeit in der verstaatlichten Industrie auch der Wahnsinn, daß sich die Unternehmungen miteinander konkurriert haben im Inland und im Ausland. Jetzt passiert dasselbe auf dem Papiersektor.

Meine Damen und Herren! Es wird immer davon gesprochen, wir brauchen neue Betriebe. Es steht außer Zweifel, daß es natürlich notwendig ist, hier entsprechende infrastrukturelle Maßnahmen zu setzen. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart hat heute völlig zu Recht gemeint, die Frage der steirischen Wirtschaft ist eine Frage der geographischen Randlage. Das ist völlig klar und ist uns auch bewußt, daß wir uns südlich des Alpenhauptkammes wirklich in einer ungünstigen wirtschaftsgeographischen Situation befinden. Die Alpen stehen ja schon sehr lange, und daß die Steiermark südlich der Alpen liegt, wissen wir auch schon sehr lange, und zumindest seit dem Jahre 1919 wissen wir, daß der südöstliche Raum sich an der Sprachgrenze befindet und unsere wirtschaftliche Entwicklung nach Süden in dem Ausmaß nicht mehr möglich ist, abgesehen vom sicher sehr begrüßenswerten Grenzverkehr. Industriell hat Jugoslawien ja kein Geld, um große Aufträge nach Österreich zu geben. Unsere Entwicklung geht in den westeuropäischen Raum hinaus. Deswegen müssen und mußten alle Anstrengungen in die Richtung gesetzt werden, daß hier die Straßenverbindungen, die Verbindungen zur Schiene, verbessert werden. Wenn wir von Graz nach Salzburg viereinhalb bis fünf Stunden fahren, wenn wir nach Linz vier Stunden fahren, bitte das ist einfach ein Defizit. In einer Abhandlung habe ich gelesen, daß das sogar ein Informationsdefizit

ist. Wir haben nicht einmal die Möglichkeit, woanders so schnell hinzufahren, uns etwas anzusehen, was tut sich in der übrigen Welt. Und hier meine ich schon, meine Damen und Herren, daß der ÖVP hier der Vorwurf gemacht werden muß, weil schließlich ist sie seit dem Jahre 1945 hier die bestimmende Kraft in diesem Lande, hier nicht rechtzeitig, massiv, nicht aus eigener Kraft, es ist nicht alles möglich, aber massiv hier auch für diese notwendige Infrastruktur bei der Bundesregierung – und seinerzeit hatte sie natürlich einen besseren Draht zu dieser Bundesregierung – vorgegangen zu sein. Wenn ich vorher von der Stahlindustrie gesprochen habe, kann man natürlich sagen, daß wir auch auf Grund der allgemeinen Stahlflaute in diese Situation gekommen sind. Aber bitte, meine Damen und Herren, bei der Bauwirtschaft gibt es diese Ausrede nicht. Da sind wir nicht von außen abhängig, bei der Bauwirtschaft – ich will dem Androsch nicht nachbeten, aber wenn wir sicher 60.000 bis 70.000 Arbeitslose haben, wenn es stimmen sollte, was Androsch sagt, aber ich glaube, er ist besser informiert als ich – wenn wir die haben, ist diese Arbeitslosigkeit in jeder Form hausgemacht. Da gibt es dieselbe Ausrede nicht, wie sie auf dem Stahlsektor gebraucht wird. Die Sozialistische Partei ist also – und jetzt komme ich dann zu Graz, lieber Freund Hammerl, du wartest ja schon so heiß darauf –, die Sozialistische Partei ist nicht in der Lage, auf Sicht die Arbeitsplätze in Österreich zu halten. Sie ist nicht in der Lage, in den sozialistischen Gemeinden die Arbeitsplätze zu halten. In der Obersteiermark, das sind sozialistische Gemeinden. Und da kommen Sie jetzt her und schreiben in Graz anläßlich der Gemeinderatswahl auf die Plakate „Wir sichern die Arbeitsplätze“. Jetzt muß ich sagen, was für eine Grazer SPÖ ist das? Ist das eine andere als die, die in anderen Bereichen die Arbeitsplätze nicht halten kann, und just in Graz kann es die SPÖ machen und die Arbeitsplätze halten, wo wir ohnedies – es ist ja bekannt – mit dem Bezirk Liezen, dem oberen Ennstal die niedrigste Arbeitslosigkeit haben. Auch eine gängige Aussage der Sozialistischen Partei, die immer gesagt hat, bis 3 Prozent haben wir Vollbeschäftigung, nun in Graz haben wir 2,6 Prozent. Also haben wir Vollbeschäftigung. Hier hat die Sozialistische Partei nichts zu sichern, sondern da gibt es – Gott sei Dank – keine Schwierigkeiten. (Abg. Prensberger: „Die Grazer Klubobmänner und die Stadtväter haben die Einverleibung der Waagner-Biró-Straße versprochen. Der Landeshauptmann hat sein Wort gehalten!“) Ich bin kein Kommunalpolitiker, aber wenn man natürlich der Firma Waagner Biró helfen kann, bin ich überzeugt, daß die Stadtväter das natürlich auch tun. Du weißt aber, daß das Problem wieder bei den Anrainern liegt. Es leben auch hier wieder Menschen. Ich verstehe schon. Es gibt dort Menschen, die leben, und die dürfen sich auch dazu äußern. Aber letztlich wird natürlich eine Entscheidung fallen. Als Grazer möchte ich doch auch etwas dazu sagen. Sicher hat Graz eine sehr wichtige regionalpolitische Funktion. Es hat die Funktion, wirklich Arbeitsplätze zu schaffen. Es ist ja keine Frage, wenn wir nur sehen, daß wir etwa 55.000 Einpendler nach Graz haben und zirka 8000 Auspendler, so hat Graz für die Umgebung und für die Region eine ganz große Bedeutung, und wir müssen auch an das Umland denken. Es ist ja positiv. (Abg. Hammerl: „Gibt es in diesen zehn Jahren Koalition

mehr Arbeitsplätze?“) Das kann ich dir nicht sagen. Das ist ja nicht wichtig, lieber Herr Hammerl. Wichtig ist, daß die Leute, die hier wohnen, wichtig ist, daß über 50.000 in Umlandgemeinden Wohnende hier ihren Arbeitsplatz haben. Ich kenne die Statistik nicht. Wenn wir jetzt vergleichen anfangen: Was hat in den letzten zehn Jahren die Bundesregierung an Arbeitsplätzen geschaffen, wenn wir die Arbeitslosenziffern in der 100.000er-Grenze oder 150.000 haben? (Abg. Preamberger: „Die Glasfabrik hat zugesperrt. Aber Waagner Biró wird nach Wien verlagert, wenn das nicht gemacht wird!“) Warum die Grazer Glasfabrik zugesperrt hat, weißt du auch genau. Dann hättest du dich bei deinen Leuten in der CA entsprechend einsetzen müssen, daß sie dableibt. (Abg. Preamberger: „Bei Waagner Biró habe ich mich eingesetzt!“) Auch wieder wirtschaftsgeographische Randlage. Dasselbe Problem, der Pinegger nickt, haben wir draußen im Köflacher und Voitsberger Bereich, die ist weggezogen, weil natürlich der Standort an der Donau viel attraktiver ist. Von verkehrsmäßiger Seite her gesehen und natürlich der große Raum Niederösterreich–Wien–Salzburg. (Abg. Hammerl: „Wie viele Millionen Schilling sind für die Wirtschaftsförderung in Graz direkt ausgegeben worden?“) Es kommt ja nicht auf die Wirtschaftsförderung an, sondern es kommt darauf an, daß die Menschen dieser Stadt ihr Brot verdienen können. Ich habe versucht, die regionalpolitische Bedeutung der Stadt herauszustreichen, und zwar deshalb, weil ein außerhalb von Graz Wohnender vielleicht manchmal sagt, na in die Hauptstadt stecken sie alles hinein, und wir am Land verhungern. Solche Dinge gibt es. Aber daß man für 55.000 Nicht-Grazer Arbeitsplätze hat, das ist auch sehr bedeutungsvoll, und deshalb erlaube ich mir, als Grazer auch einmal das herauszustreichen. Ich unterliege keinem Kantönlicheist. Ihr könnt ruhig zuhören, ich rede sehr selten von Graz, obwohl das meine liebe Heimatstadt ist, aber manchmal muß man das halt auch sagen. Hier meine ich schon auch etwas, und das ist wieder Statistik. Da kann ich mir einen Vorwurf an das Land halt auch nicht ersparen. Das Land hat, und das sage ich wörtlich, die Förderung der Grazer Betriebe etwas vernachlässigt. Graz weist nach Bruck die niedrigste Förderung pro nicht in der Landwirtschaft tätigen Arbeitnehmer aus. Wir haben in Deutschlandsberg, wobei ich sage, ist nicht vergleichbar mit Graz, ich bin froh, daß es uns bessergeht, aber Deutschlandsberg, Voitsberg, Leibnitz haben sechsmal so hohe Förderungen als Graz, Fürstenfeld achtmal so hohe. Immerhin möchte ich anmerken, daß das Land die Stadt Graz, was die Förderung von Grazer Betrieben anlangt, das ist ja nicht eine Förderung der Stadt, nicht im gleichen Ausmaß fördert, obwohl Graz jene von mir zitierte regionalpolitische immense Bedeutung hat. Man darf ja auch nicht vergessen, daß der Zentralraum Graz natürlich auch einen Sickerereffekt auf die umliegenden Bezirke hat und daß es in den umliegenden Bezirken durchaus Unternehmen geben kann, die als Zulieferbetriebe für Grazer Unternehmen eine sehr wertvolle Funktion übernehmen können.

Und zum Schluß, meine Damen und Herren, möchte ich doch etwas sagen. Wir sind in einer Situation, wo ich behaupte, daß wir Arbeit genug haben, aber die Arbeit nicht zahlen können. Das ist eigentlich das Problem. Es ist ja nicht so, daß wir keine Arbeit haben.

Ich glaube, wir haben genug Arbeit, aber das Geld ist nicht da, sie zu bezahlen. Das Geld, das man zur Bezahlung der Arbeit zur Verfügung hat, ist ein fixer Rahmen, und dieser Rahmen ist nicht sprengbar, und es kommt immer darauf an, wie man das Geld verteilt. Vielleicht etwas kompliziert ausgedrückt, aber sicher die Sache treffend. Darum geht es eigentlich. Hier gibt es natürlich verschiedenste Modelle, wie man die zu bezahlende Arbeit besser verteilen oder aufteilen kann, und da hat die Sozialistische Partei mit ihrem Sozialminister Dallinger an der Spitze natürlich „gute Ideen“ – unter Anführungszeichen. Das ist die Frage der Arbeitszeitverkürzung. Und da möchte ich doch von unserer Seite etwas sagen. Wenn hier ein wirtschaftspolitisches Moment unterlegt wird, das heißt, wenn ich Arbeit teile und auch den Erlös der Arbeit gleichermaßen teile, dann geht das in Ordnung, also das heißt, wenn wir eine Arbeitszeitverkürzung isoliert vornehmen würden und sagen, Arbeitszeitverkürzung in dem Ausmaß und der Lohn wird auch entsprechend gekürzt, dann kann man sicher zu so einer Lösung ja sagen. Aber eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, meine Damen und Herren, da sind wir Österreicher halt doch ein bißchen zu schmalbrüstig, daß wir uns hier in Konkurrenz mit dem Ausland begeben können. Ich zitiere hier nur den Herrn Kienzl, der Herr Kienzl ist ja sicher jedem bekannt, „Arbeitszeitverkürzung ist in der jetzigen Zeit ein verheerender Irrtum“. Dann habe ich da noch ein Zitat. (Abg. Preamberger: „Kommt nur international!“) Ich sage es nur. „Es ist doch inzwischen durch Gutachten gesichert, daß die Arbeitszeitverkürzung in der Wirtschaft nur die Produktivität forciert und die Defizite in den öffentlichen Haushalten in die Höhe treibt.“ Zwei prominente Sozialisten. Das letzte Zitat war von Androsch. Also glaube ich schon, daß sich die Sozialistische Partei diesen Schritt überlegen sollte. (Abg. Dr. Dorfer: „Tut sie nicht!“) Das zweite ist, daß das weitere Modell, das jetzt geübt wird, daß man Kurzarbeit auf Kosten der Allgemeinheit macht, daß damit die auf Kurzarbeit sich Befindlichen nicht zu große Lohneinbußen auf sich nehmen müssen, die Allgemeinheit etwas zuschießt. Das ist ein Zustand, der sich aber nicht lange aufrechterhalten läßt. Wir wissen, daß das, was sich jetzt abspielt, höchstwahrscheinlich nur über den Wahltermin, über den 24. April, hinausgeht und dann natürlich auch dort die Stunde der Wahrheit gekommen ist. Für die Urlaubsverlängerung gilt in etwa dasselbe wie bei der Arbeitszeitverkürzung. Ich meine aber, meine Damen und Herren, daß wir uns andere Wege überlegen sollten. Es gibt in Österreich Leute, die von selbst weniger arbeiten wollen und durchaus es auf sich nehmen, weniger zu verdienen. Warum gibt man diesen Leuten nicht die Gelegenheit? Ich weiß, die Gewerkschaft sperrt sich dagegen, warum gibt man den Leuten, wenn jemand von sich aus sagt, ich trete 30 Prozent meiner Arbeitszeit einem anderen ab, und wenn das drei tun, dann ist das schon wieder ein voller, bitte etwas Milchmädchenrechnung. Warum gibt man denen nicht die Gelegenheit? Da werden diesen Leuten bürokratische Hürden aufgebaut, die nicht notwendig wären. Die Frage der Teilzeitarbeit wäre sicher etwas, was man machen könnte. Ich denke nur, weil wir vor kurzem gesprochen haben, und mein Freund Chibidziura mit diesem Problem selbst befaßt ist, warum muß jeder pragmatisierte Lehrer eine volle Lehrver-

pflichtung haben? Das muß ja nicht sein. Es gibt soundso viele weibliche Lehrerinnen, die durchaus mit einer halben Lehrverpflichtung zufrieden wären, weil sie für Kinder zu sorgen haben. Diese Möglichkeit ist vorerst noch nicht gegeben. Ich hoffe, daß das möglich sein wird. Ich meine also, daß man ein bißchen versuchen sollte, auch unkonventionelle Wege zu gehen, weil jeder oder jeder zweite, der hier am Rednerpult steht, immer sagt, wir müssen neue Wege finden, aber bitte die Konzepte sind halt nicht da. Man muß den Mut zu unkonventionellen Wegen haben. Hier meine ich, weil da vor kurzem jemand von konservativ geredet hat, ich weiß nicht wer das gestern war. Bitte was ist konservativ? Konservativ ist nämlich, wie die Sozialistische Partei jetzt handelt. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist reaktionär!“) Daß sie nicht einsehen will, daß ihre Instrumentarien, die sie bisher eingesetzt hat, nicht wirken. Und wenn man davon nicht heruntergeht und wenn man nicht den Mut aufbringt oder sich hinsetzt und versucht, neue Wege zu finden, so nenne ich diese Haltung konservativ. Und das werfe ich der Sozialistischen Partei jetzt auf jeden Fall vor. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Präsident Feldgrill: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schrammel. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrammel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Es ist etwas mehr als ein Jahr vergangen, seit in Fürstenfeld die Firma Eumig zugesperrt wurde. Mit der Firma Eumig und noch zwei weiteren Betriebsschließungen haben wir in dieser Region mehr als 2000 Arbeitsplätze verloren. Ich möchte heute mir erlauben (Abg. Dr. Dorfer: „Kreisky, der Eumig-Killer!“), daran zu erinnern. Ich möchte keine lange Rede halten und Ihre Geduld jetzt nicht auf die Folter spannen. (Mehrere unverständliche Zwischenrufe. – Präsident Feldgrill: „Bitte lassen Sie den Redner sprechen!“) Eines sei aber bitte ernsthaft angemerkt. Jene, die inzwischen arbeitslos sind und die in der Arbeitslosenstatistik nicht mehr als Arbeitslose geführt werden, weil sie inzwischen Ausgesteuerte, das ist ein grausliches Wort, sind, jene dürfen nicht vergessen werden. Bitte denken wir daran im Raume Feldbach, Fürstenfeld. Dort war der größere Teil, zum Teil auch im südburgenländischen Raum, der Eumig-Arbeiterinnen und -Arbeiter. In diesem Raum sind vor einem Jahr 2000 Menschen arbeitslos geworden. Wir haben mit der Hilfe des Landes und des Bundes zu erwarten, daß im kommenden Jahr die Firma Zanussi ihren Betrieb aufnehmen wird. Ich möchte noch erwähnen, die Eumig-Hallen stehen noch immer leer. Es ist eine Trostlosigkeit, dort durchzugehen. Wollen wir hoffen, daß uns noch einiges gelingt. Ich danke dem Land Steiermark, daß die leerstehenden Eumig-Hallen angekauft werden. Vergessen wir die Menschen nicht, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus einem Trümmerhaufen im Grenzland die Zweite Republik und unsere Heimat wieder aufgebaut haben, und versuchen wir auch, sie in die wirtschaftspolitischen Diskussionen miteinzubeziehen. In dieser Hinsicht möchte ich hoffen, daß es auch in der Firma Eumig – die Hallen stehen ja noch – bald wieder Leben gibt. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Der Herr Abgeordnete Rainer hat sich zum Wort gemeldet.

Abg. Rainer: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zuerst vorweg – und vielleicht wird es dann ruhig bleiben – ein Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft und gleich im Anschluß dazu wirklich eine ehrliche solidarische Erklärung zu den Ausführungen meines Vorredners. Nur möchte ich dazu auch sagen, diese Kollegen, die in Fürstenfeld ihre Arbeit verloren haben, können die Gewißheit haben, daß wir alle gemeinsam – Bund und Land – bei der Ansiedlung von Zanussi das tun werden, was wir diesen Menschen versprochen haben. Ich weiß, meine Damen und Herren, daß sie sehr lange darauf warten mußten. Wir alle aber wissen, die ernsthaft diese Fragen betreiben, wie schwierig es ist, wie langwierig es sein kann, wenn man eine Ansiedlungspolitik zu betreiben hat. Mein Vorredner, Kollege Turek, hat einen Weg gewiesen; offensichtlich erweckte er hier den Eindruck oder wollte er das zumindest bezwecken, er weiß, wo es langgeht. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, den Weg des Kollegen Turek möchte ich nicht gehen. Es ist nämlich jener Weg, den Herr Dr. Steger versucht, indem er erklärt hat immer wieder stereotyp im Parlament, der Weg, gutes Geld dem Schlechten nachzuwerfen, der Weg, jene Beschäftigten in der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie nicht abzusichern. Und das ist kein guter Weg, der hier besritten wird, weil er der privaten Wirtschaft wie auch der verstaatlichten Industrie gewaltigen Schaden zufügen könnte. Daß der Kollege nicht immer am laufenden ist, zeigt ja auch seine Darstellung zur Papierindustrie. Tatsache ist, meine Damen und Herren, daß es innerhalb der österreichischen Papierindustrie ein Kartell gibt und daß es Quoten gibt auch für das Rotorpapier, und daß keineswegs passieren kann, daß durch die neue Maschine in der Steyermühl diese notwendige Investition innerhalb des Leykam-Konzerns nicht kommen wird, ganz im Gegenteil. Sie ist bereits im Entstehen, und es wird dort sicherlich weitere Arbeitsplätze und weiter auch den österreichischen Marktanteil geben. Es besteht also keine Gefahr für diese Kollegen bei Leykam. (Abg. Ing. Turek: „Sie haben mich falsch verstanden!“) Ich habe dich nicht falsch verstanden. Ich habe nur deine Tendenz verstanden, die du da wiedergibst. (Abg. Ing. Turek: „Eine weitere Maschine ist Unsinn. Das habe ich gesagt!“) Und ich darf dazu sagen, der Kollege Kollmann hat ja auch die gleiche Frage angesprochen. Er hat recht, es ist tatsächlich eine Verselbständigung dieses Betriebes der ehemaligen Leykam-Brigel-Bergmeister im Gange, wie man auch heute sich fragen kann, ob dieser Ankauf damals gerechtfertigt war. Er ist durch sehr interessante Umstände zustande gekommen durch den seinerzeitigen Generaldirektor Dr. Treichel der CA, der große Schäden verursacht hat. Das sei auch zugegeben. Die Kollegen in diesem Betrieb aber hatten durch eine enorme Kraftanstrengung bewiesen, daß sie gut auf dem Weg sind. Und sie selbst haben vor wenigen Stunden in einer Zentralbetriebsratssitzung angenommen, daß sie sich verselbständigen wollen und zeigen wollen, daß sie weiter bestehen können. Sie sind allen, dem Bund und dem Land dankbar, daß ihnen der Weg

bis dahin geebnet wurde, und wir hoffen alle gemeinsam, daß dieser Weg auch weiter mit Bund und Land gegangen werden kann. (Abg. Dr. Dorfer: „Welchen Schaden hat der Treichel verursacht?“) Den Ankauf der Brigel, während der Zeit noch, wo Brigel selbständig war und wo also sehr hohe Beträge für ein Unternehmen gezahlt wurden, vielleicht formuliert man das so, dessen innerer Wert wahrscheinlich den Preis nicht mehr ganz wert gewesen ist. Das ist die Antwort auf Ihre Frage, Herr Dr. Dorfer. (Abg. Brandl: „Viele Schäden!“ – Abg. Dr. Dorfer: „Das ist die Mauselochperspektive!“) Das mag schon sein, daß Sie es so sehen. Das kann ohne weiteres so sein! Nun aber zur anderen Frage, die uns ebenso berührt. Meine Damen und Herren! (Abg. Dr. Dorfer: „Da hört sich alles auf!“) Da hört sich gar nichts auf, sondern das war so, bitte! Das war so, ich weiß, daß Sie sich darüber kränken. Aber das werden Ihnen sogar die Konzernvertreter (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist billigste politische Polemik!“) bestätigen können. Das ist keine Polemik, das ist nachweisbar. Fragen Sie Ihre verantwortlichen Herren innerhalb der CA. (Abg. Dr. Dorfer: „Treichel hat die CA einwandfrei übergeben. Das werden Sie nicht bestreiten, wenn Sie etwas von der Materie verstehen!“) Nein, nein, das ist so. Leider!

Nun aber zur anderen Frage, zur Eisen- und Stahlindustrie. Und auch zu jener Frage, die hier vom Kollegen Kollmann in den Raum gestellt wurde, interessanterweise auch von einem Schulmann in einer ganz großartigen Weise dargestellt: Fragen der Volkswirtschaft, Fragen, die tatsächlich den Lebensnerv unserer Kolleginnen und Kollegen berühren. Wir wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist zu unterstreichen und kam hier deutlich zum Ausdruck, daß die Kapazität der Stahlindustrie der Europäischen Gemeinschaft zwischen 30 und 40 Prozent immer noch überschätzt erscheint. Wir wissen um die Entwicklung innerhalb der letzten drei Quartale beziehungsweise auch bereits des vierten Quartals 1982. Erstes Quartal minus 4 Prozent, zweites minus 10 Prozent, drittes minus 18 Prozent, viertes minus 21 Prozent. In den Vereinigten Staaten allein im ersten Quartal ein Rückgang um 35 Prozent. Die VOEST-Alpine hat sich folgend entwickelt: Erstes Quartal plus ein Prozent, zweites minus 6 Prozent, drittes minus 20 Prozent, und das vierte wird schlechter werden. Aber Beispiele dazu: Die Saar-Stahl arbeitet nur mehr 28 Stunden und ist praktisch konkursreif. Das Musterland Japan mit seiner Stahlindustrie, dort gibt es neun große Unternehmungen, die Stahl erzeugen, die auf Subventionen angewiesen sind. Wir wissen, daß etwa 250.000 Stahlarbeiter innerhalb der Europäischen Gemeinschaft in ihrer Existenz gefährdet sind. Nun die Frage, die hier aufgeworfen wurde. Meine Damen und Herren des Hohen Hauses. Tatsache ist, daß innerhalb der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie permanent eine Umstrukturierung erfolgt ist. Eine Umstrukturierung auch in andere Bereiche. Ich hatte bereits im letzten Jahr die Gelegenheit, darzustellen, daß die Ansiedlung von AMI, die Firma Altester, daß die Autoglasindustrie, daß jetzt nunmehr auch zur Rettung eines privaten Unternehmens die Schaffung der Austria Draht AG. ein Beweis für sinnvolle Investitionen sind, und daß nunmehr, meine Damen und Herren, diese 3,5 Milliarden Schilling vom Staat einzubringen sind, zu Recht eingebracht

werden. Wir als Sozialdemokraten bekennen uns dazu, und wir haben keine sechs Herren, die dagegengestimmt haben. (Beifall bei der SPÖ.) Und nun zu einem kleinen Detail am Rande. Es hat ein Vertreter aus diesem Bereich die rhetorische Frage auch im Nationalrat gestellt oder die Behauptung aufgestellt, und sie ist hier und heute übernommen worden. Meine Damen und Herren, es sei angeblich beim Konferenzzentrum italienischer Baustahl verwendet worden. (Abg. Dr. Dorfer: „Sicher sogar!“)

Hätten Sie, liebe Kollegen, die heutige Zeitung, die Ihnen ja sehr nahesteht – den „Kurier“ – gelesen, dann hätte Ihnen der Vertreter des Unternehmens, das dort federführend ist, von der Ill-Bau bestätigt, daß das nicht der Fall ist. (Abg. Dr. Dorfer: „Was soll er sonst sagen?“) Sie können es eben oder Sie wollen es nicht glauben, weil es Ihnen politisch nicht paßt oder weil die Behauptung einfach unangenehm war. Meine Damen und Herren, so ist es! Wir sagen Ihnen, das war eine Beschäftigung für das Donawitzer Unternehmen der VOEST-Alpine für acht Wochen (Abg. Kollmann: „Für acht Schichten!“), meine Damen und Herren des Hohen Hauses, und wir bekennen uns zu dieser Maßnahme. Es wurde österreichischer Baustahl verwendet. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Dorfer: „Eine Augenauswischerei!“) Ja, ich weiß schon. Und zu einer anderen Frage. (Abg. Ing. Turek: „Warum kann man immer wieder darauf verfallen, italienischen Stahl zu verwenden!“) Vielleicht fragen Sie jene, die solche Stähle verwenden. Tatsache ist, Herr Turek, daß es dort nicht der Fall war. (Abg. Ileschitz: „Fragen Sie Ihre Unternehmer, nicht ihn!“) Tatsache ist, dort wurde kein ausländischer Stahl, sondern österreichischer, erzeugt in Donawitz, verwendet, meine Damen und Herren, so war es. (Abg. Kollmann: „Stimmt nicht! Ich wette mit Ihnen!“) Ich gehe mit Ihnen dann diese Wette ein.

Eine andere Frage, die angesprochen wurde. Liebe Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses, vor allem wieder gerichtet an den Kollegen Turek, die Frage der Arbeitszeitpolitik. Ich freue mich über die Darstellung meines Vorredners, des Kollegen Schützenhöfer, daß er sagt, es ist ohne weiteres denkbar und auch aus seiner Sicht möglich, daß später einmal dieser Weg der Arbeitszeitverkürzung beschritten werden muß, weil auch er um die Gefahren der Mikroelektronik weiß. Er weiß um die Gefahren, die international durch diese Technologie auf uns zukommen. Auch er weiß um die Probleme, die weltweit bestehen. Nun, meine Damen und Herren, wir wissen das auch, und wir sagen, ein Schritt zur Lösung auch unserer Beschäftigungsprobleme ist die Arbeitszeitpolitik. Wir waren sehr um eine gemeinsame Lösung bemüht und deshalb zu Beginn meiner Ausführungen das Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft. (Abg. Dr. Dorfer: „Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft, aber da pfeift ihr uns was!“) Meine Damen und Herren, wir haben wirklich mit großer Geduld versucht zu verhandeln, wir haben Kompromisse getätigt, wir haben Ihnen Kompromisse zugesagt, wir haben einen Ministerialentwurf abgeändert. (Abg. Dr. Dorfer: „Es ist euch selbst schon unangenehm!“) Wir haben diesen abgeänderten Entwurf, der ein Kompromiß sein sollte, auch so ins Parlament gebracht. Wir haben diese Frage im Bundesvorstand des Österreichischen Gewerkschaftsbundes behandelt und mußten zur Kenntnis nehmen, daß Vertreter des

Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes oder der Christlichen Gewerkschafter nicht mitgehen durften, aus politischen Überlegungen nicht mitgehen durften. Wirtschaftliche Vernunft war es nicht (Abg. Dr. Maitz: „Parteipolitisches Manöver ist eure Beschlußfassung!“), weil nämlich Ihre Behauptung, meine Damen und Herren, oder aber, wie es auch im Hohen Haus im Parlament behauptet wurde, daß hier ein Kostenvolumen von etwa 10 Milliarden Schilling auf die Wirtschaft zukäme, unrichtig ist. Wissen Sie, wie Sie gerechnet haben? Sie haben einfach die Lohn- und Gehaltssumme des Jahres 1981, die verfügbar ist, valorisiert mit dem Indexwert 1981 und haben 2 Prozent errechnet und erklärt, diese Woche Urlaub mehr kostet etwa 2 Prozent der Lohn- und Gehaltssumme. Sie haben sich nicht der Mühe unterzogen, weiterzurechnen, zu fragen, wie war denn das bei Arbeitszeitverkürzungen der Vergangenheit. Sie haben nicht den Rationalisierungsschub, Sie haben nicht die kompensatorischen Maßnahmen aus der Organisation und aus anderen Gründen mit in die Überlegung und mit in die Rechnung eingesetzt. Wissen Sie was dabei herauskommt? (Abg. Ing. Turek: „Wozu ist eine Arbeitszeitverkürzung gut?“) Wenn man korrekt rechnet, 0,3 Prozent pro Jahr, wenn diese Urlaubsrechtsänderung kommt, beginnend ab 1. Jänner 1984 bis 1986. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, wir haben bereits im Jahre 1982 eine entsprechende Vorleistung erbracht durch die laufenden Kollektivvertragsverhandlungen oder jene, die wir bereits abgeschlossen haben, in allen Bereichen, zuletzt auch im Bereich des öffentlichen Dienstes. Wir haben eine durchschnittliche Ist-Gehaltserhöhung von 4,4 Prozent erhalten. Da sind die 0,3 Prozent unterzubringen. (Abg. Dr. Dorfer: „Sie wissen überhaupt noch nicht, wie es in einem Jahr ausschaut!“) Wir bekennen uns zu dieser Maßnahme des Sozialministers, die eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme ersten Ranges ist und eine sozialpolitische nützliche Maßnahme darstellt. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Grillitsch: „Wir können es uns leisten!“ – Abg. Kollmann: „Macht eine Abstimmung, ob sie es wollen!“) Wenn Sie sich wieder beruhigt haben, kann ich Ihnen sagen, daß wir uns das leisten können, weil viele andere Staaten sich das auch leisten müssen. (Abg. Kollmann: „Sie verwechseln die private mit der verstaatlichten Wirtschaft!“) Machen wir es anders, vielleicht verstehen Sie mich dann besser. Liebe Kollegen von der Wirtschaft, zum Beispiel, was machen Sie denn in Unternehmungen gegenwärtig? Der Herr Landesrat Fuchs wird das ganz gut wissen. Was machen Sie in Unternehmungen, wo Sie wirtschaftliche Schwierigkeiten haben? Es war eine besondere Geistesleistung meines Kollegen, daß er darauf hingewiesen hat. Es gibt sogar darüber hinaus noch andere Mechanismen. Ich komme gleich auf diese Frage nochmals zurück. Was tun Sie? Sie verlangen Kurzarbeit, Sie verlangen Schulungen, Sie schicken die Arbeiter oder Angestellten in Sonderunterstützung, oder aber, meine Damen und Herren, Sie verlangen Aussetzungsverträge, die es neuerdings nicht mehr gibt. Wissen Sie, welche Maßnahmen das tatsächlich sind? Das sind ausschließlich arbeitszeitverkürzende Maßnahmen, die gesetzt werden. Wissen Sie andererseits, wer die bezahlt? Die Allgemeinheit, der Staat durch die rechtlichen Instrumentarien, die wir dafür geschaffen haben. (Abg. Dr. Dorfer: „Das sind grundlegende Fehler. Das ist

etwas anderes!“) Wir wissen, daß es mehrere Wege dahin gibt, Arbeitszeitpolitik zu betreiben, wir bekennen uns zu diesem Weg, der beschritten wurde, zur Urlaubsrechtsänderung, und wir bedauern die Haltung des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes. Sie ist todtraurig (Abg. Grillitsch: „Vernünftig!“), weil sie sich gegen die Interessen der Arbeitnehmer und gegen beschäftigungspolitische Maßnahmen richtet. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Dorfer: „Verantwortungslos ist das. Warum wird das heuer beschlossen? Weil Wahlen vor der Tür stehen!“) Wir wollen gar nichts anderes, meine Damen und Herren. Und damit komme ich zum Schluß. Wir wollen gar nichts anderes erreichen. Wir wollen dieses Ziel erreichen, das Sie vorgeben, mit uns gemeinsam erreichen zu wollen. Wir wollen die Vollbeschäftigung dort, wo sie nicht gegeben ist, wieder herstellen. Wir wollen erreichen, daß jene, die neu in die Beschäftigung eintreten sollten, Beschäftigung finden, wenn diese nachfragen. (Abg. Ing. Turek: „Macht eine andere Wirtschaftspolitik!“) Wir wollen aber eines vermeiden, Kollege Turek, daß eine Sozialdemontage sondergleichen eingeleitet wird, die oft unnötig ist. Dem, liebe Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses, können wir nicht das Wort reden. Wir bekennen uns aber zu jenen Maßnahmen (Abg. Dr. Dorfer: „Was sonst!“), die die sozialistische Bundesregierung gesetzt hat. Wir bekennen uns zum österreichischen Weg, und wir werden diesen Weg weitergehen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Pinegger. Ich erteile es ihm.

Abg. Pinegger: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Zeit ist kurz, große Entscheidungen sind zu bewältigen. Meine Damen und Herren, ich danke dem Kollegen Turek, daß er mir den zerbrochenen Krug von Graz gereicht hat. Das ist die Anknüpfung, um auch die gesprungenen Krüge in unserem Industrieraum der Weststeiermark in den Glashütten einer Betrachtung zu unterziehen. Die traditionellen Glasbetriebe in unserem Raum, die geschichtlich im Bezirk Deutschlandsberg in Trahütten und Glashütten gewachsen sind, auf der Basis Energieträger Holz, dann in unseren Raum übersiedelten, auf Basis Energieträger Kohle, nunmehr in jüngster Zeit ist der Energieträger Ferngas. Die Situation in Schlagworten: Die Glasarbeiter, die ein stolzes Volk sind, Generationen zurück wie die Bergknappen in unserem Raum, haben die bange Sorge, meine Damen und Herren, in allen drei Hütten, in Voitsberg, in Bärnbach als auch in Köflach, daß es den Anschein hat, daß es nicht mehr so weitergeht. Und die Zeichen, daß es nicht mehr so weitergeht, die sind sehr deutlich gesetzt, meine Damen und Herren. War ursprünglich die Konkurrenz der weststeirischen Glasindustrie in den Ländern Polen, Tschechei und Bundesrepublik Deutschland gelegen, so haben wir uns über die CA nach dieser Fusionierung, denn das scheint ja das Allheilmittel unserer Zeit zu sein, man lege einen Gesunden zum Kranken und dann hat man unter Umständen erwirkt, daß zwei Kranke in diesem Bett lagern. Das eine ist passiert, meine Damen und Herren, daß man sich eine eigene Konkurrenz aufge-

baut hat im Donauraum, in Pöchlarn, die Firma Lutzky & Co. Meine Damen und Herren, in diesen Tagen werden die Belegschaftsmitglieder der Hütte Voitsberg wahrlich verunsichert. 150 Kündigungen standen im Raum. 70 sind realisiert. Das scheint überhaupt die Doktrin der gegenwärtigen Verantwortlichen zu sein, daß man höher annimmt, dann reduziert, um dann zu sagen, das haben wir geschafft, meine Damen und Herren, es sind eh nur 70 geworden. Ich frage mich, wieviel unter Umständen im Jahre 1983 es noch werden können. Ich habe Gelegenheit gehabt, mit Glasarbeitern zu sprechen, und das finde ich komisch, meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, das finde ich sehr komisch, lieber Kollege Franz Halper. Wenn nämlich – und Sie huldigen ja der Umschichtung – in Voitsberg Entlassungen ausgesprochen werden, werden in Bärnbach die Leute, weil man sie dort auch nicht mehr benötigt, umgeschichtet nach Voitsberg. Darf ich Ihnen sagen, warum man das machen muß? Man hat ja dort gegenwärtig in Bärnbach den zukünftigen Nationalratskandidaten. So meine ich und so sehe ich es, und so sehen es interessanterweise, meine Damen und Herren, auch die Glasarbeiter. Ich würde, meine Damen und Herren, sehr darum bitten, daß auch hier Überlegungen angestellt werden, die diese Urproduktion im Raume Voitsberg in dieser Region auch in Zukunft sichern. Es wird gemeinsamer Schritte bedürfen. Wir haben nichts davon, wenn man ankündigt, CA-Generaldirektor Androsch, daß Milliardendefizite bei Steyr undsoweiter entstehen. Ich glaube und ich ahne es nicht, wie die Defizite in diesen Glasindustrien aussehen. Aber ich glaube, auch das Argument, das ursprünglich immer die Gültigkeit hatte und mit dem man vieles entschuldigte, daß man die Verkehrsstraße, Wasserstraße Rhein-Main-Donau-Kanal sucht, aber das stimmt gar nicht. Voitsberger Betriebsratsmitglieder sagen, daß quietschvergnügt – meine Damen und Herren – von Pöchlarn nach Kärnten exportiert wird, Binnenexport. Ich glaube zu meinen, daß wir es auf Grund der Autobahn aus dem Raume Voitsberg mit dem gleichen Produkt sicher näher haben. Das als Anmerkung, meine Damen und Herren, dazu. Ich darf ersuchen, daß wir die Menschen in diesem Raum nicht verunsichern, denn weniger wurden sie in den letzten Jahren ohnedies schon. Wir können aber der dauernden Schrumpfung nicht unsere Zustimmung geben. Ich würde Sie, meine Damen und Herren, herzlich bitten, und mögen die zuständigen Stellen, die Gesellschaftsvertreter den Bund und in weiterer Folge auch das Land ersuchen, auch diesen Menschen in diesem Raum in Zukunft in all diesen Schwierigkeiten beizustehen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Halper. Ich erteile es ihm.

Abg. Halper: Herr Präsident! Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren!

Zu meinem Freund und Gewerkschaftskollegen Pinegger vielleicht nicht als Antwort, sondern als gemeinsames Bemühen um eine weststeirische Glasindustrie, die so sehr das Leben der Menschen dort geprägt hat, zwei Dinge vielleicht. Ich verstehe durchwegs die ernstgemeinte Absicht, doch die Probleme aufzuzeigen. Ich verstehe es auch im Hintergrund

einer kommenden Nationalratswahl, daß man nunmehr auch versucht, Profil zu gewinnen. Ich möchte aber durchaus – lieber Adolf – in diesem Zusammenhang festhalten, daß – wie die Kündigungen in diesem – (Unverständliche Zwischenrufe.) Sehen Sie, so wenig interessieren Sie Kündigungen und die Schicksale von Menschen. Wie die Kündigungen von 150 Glasarbeitern ausgesprochen worden sind, waren wir als Gewerkschafter allein. Da hat uns niemand vom ÖAAB, von der ÖVP oder wer sonst immer auch geholfen. (Abg. Schützenhöfer: „Du qualifizierst dich selbst bei diesen Äußerungen!“) Wir allein mußten mit den Menschen in diesem Betrieb reden. Einen einzigen Freund, einen Freund der Glasarbeiter hat es gegeben, Ersten Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross, der bewirkt hat, daß 100 Millionen Schilling für diesen Betrieb zur Verfügung gestellt werden durch den Eigentümer CA (Abg. Kollmann: „Von wem sonst?“), damit die Arbeitsplätze im Bezirk Voitsberg gesichert werden. Herzlichen Dank, Herr Landeshauptmann! Aber auch Herr Landesrat Fuchs – mit der Stimme aus dem Hintergrund –, ich lade Sie wirklich gerne ein, mit meinem Freund gemeinsam zu versuchen, doch den Standort der weststeirischen Glasindustrie für die Steiermark zu halten. (Abg. Schrammel: „Warum nicht für Eumig auch etwas!“) Es geht um Tausende von Arbeitern. Sie sind ja der Wirtschaftslandesrat! Es ist auch Ihre Aufgabe und Verantwortung. Aber ich danke Ihnen dennoch, wenn Sie sich um die Probleme der Menschen annehmen. (Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs: „Die waren heute bei mir, und ich habe versprochen, mit ihnen zum Androsch zu gehen!“) Das ist anständig und sehr herzlichen Dank dafür.

Geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Wir haben einen einzigen verstaatlichten Betrieb Österreichs im Bezirk, der Gewinne abwirft, das ist die GKB. Wir brauchen momentan über das Problem nicht zu diskutieren. Geschätzte Damen und Herren, wenn wir hier und heute in unserer politischen Verantwortung um unsere Heimat über die Wirtschaft des Industrie-, Agrar- und Fremdenverkehrslandes Steiermark berichten, aber auch diskutieren wollen, beseelt vom Gedanken, das Beste für die Menschen dieses Landes zu tun und zu wollen, dann haben wir alle ein Ereignis aus unserer Erinnerung verdrängt, ich möchte sagen, beinahe verdrängt. Wir haben, glaube ich, das Problem und die ernste Tatsache, daß am 13. Dezember vor einem Jahr in Polen das Kriegsrecht verhängt worden ist, aus unserem Gewissen teilweise ausgeschaltet. Wir haben das Problem eines Landes verdrängt, das die aufkommende Freiheit zerschmettert hat, das die Menschenrechte und Menschenwürde zerstört hat, und das den Menschen, den Arbeitern das Recht auf Gewerkschaften durch eine absolute Militärdiktatur genommen hat. Wenn wir nunmehr in der Vorweihnachtszeit in volle Geschäfte sehen, wenn Menschen aus einem schier unerschöpflichen Warenangebot schöpfen können, werden in Polen Menschen auch in Schlangen stehen, um mit Lebensmittelkarten in der Größenordnung von 1500 Kalorien Nahrungsmittel zu erhalten. Das, geschätzte Damen und Herren, nur wenige hundert Kilometer von uns entfernt. 1947 hatten die Österreicher ebenfalls eine Lebensmittelkarte mit einer Tagesration von 1500 Kalorien, 1982 sind es 3086 Kalorien oder – um es neu auszudrücken – 15.200 Joule.

Der durchschnittliche Mensch braucht 2600 Kilokalorien. Ich glaube, wenn wir diese Dinge betrachten, dann haben wir auch einen Unterschied in der Argumentation. Wir als Sozialisten dieses Hauses bekunden den absoluten Willen zur Gemeinsamkeit, den Willen, den Menschen in diesem Lande zu helfen, während Sie aus Ihrer Oppositionsrolle im Bund alles schlechtmachen wollen, was es in diesem Lande an sozialen Erfolgen gibt. Und das ist Ihre Art von Politik unter dem Hintergrund einer Nationalratswahl. Das sind Zahlen, meine Damen und Herren, die besagen – und wir können den Vergleich mit der Welt anstellen –, daß es uns gelungen ist, Freiheit, Menschenwürde, soziale Sicherheit in diesem Lande zu verwirklichen, daß es uns gelungen ist, den Lebensstandard für alle Bevölkerungsschichten zu erhöhen. Und darauf können wir doch stolz sein. (Beifall bei der SPÖ.) Wir diskutieren über unsere Wirtschaft. Es ist das gleiche Boot, geschätzte Damen und Herren, in dem wir sitzen. Es ist ein steirisches Boot, wenn Sie so wollen, es sind Arbeiter, es sind Angestellte, es sind Beamte, es sind Gewerbetreibende und auch die Landwirte und die Dienstleistung. Wir alle stellen aus diesem Boot die Frage, wie erfolgreich waren wir? Haben wir in diesem Lande, in dieser Republik wirtschaftspolitisch, einkommenspolitisch richtig für die Menschen gearbeitet und gehandelt? Ich glaube, wir können eines doch einmütig klar feststellen. Wir haben in diesem Lande ein soziales Klima, um das uns viele beneiden. Ein hohes Maß an sozialer Sicherheit. Ich glaube, wir haben darüber hinaus, wenn wir das vermerken, Arbeitskonflikte in einem Ausmaß von Sekunden, 41 Sekunden in diesem Jahr, Lohnabschlüsse, die die Kaufkraft garantieren, eine Inflationsrate, um die uns viele Länder beneiden, bei 4,7 Prozent, wir haben in Zeiten wie diesen eine Steuersenkung durchgeführt durch das zweite Abgabenänderungsgesetz. Auch für die Gewerbetreibenden ist dabei einiges herausgekommen. Wir haben positive Erfolge durch unsere Wirtschaft in den Exporten, wir haben uns in den Importen eingeschränkt, und wir haben erstmals eine positiv ausgeglichene Leistungsbilanz in diesem Lande zu erwarten und zu bestätigen. Um es mit einem Satz zu sagen, geschätzte Damen und Herren, aus der Verantwortung um dieses Land Österreich und die Steiermark, unsere Heimat ist moderner geworden, sie ist lebenswerter, es ist eine gute Heimat für alle Steirer geworden, für die Menschen dieses Landes, und ich glaube, darum beneiden uns viele Länder dieser Erde. (Beifall bei der SPÖ.)

Als Abgeordneter der SPÖ gebe ich ein volles Bekenntnis für meine Fraktion zur absoluten Priorität der Vollbeschäftigung und Beschäftigungspolitik ab. Dieser Grundsatz unterscheidet uns Sozialdemokraten von andersorts verwirklichten Konzepten. In den westlichen Industrieländern und Staaten haben heute mehr als 30 Millionen Menschen keine Arbeit. Kürzungen der Sozialausgaben haben zu einer Demontage der sozialen Rechte geführt. Dennoch ist damit der angestrebte Kurswechsel, die Arbeitslosenzahlen zu verringern, nirgendwo gelungen. Lebensbedingungen vieler Menschen, ja von Millionen, haben sich wesentlich verschlechtert. Das historische Versagen konservativer Politik, und infolge dieser Politik ist die Weltwirtschaft in die schärfste Krise seit den dreißiger Jahren der

Ersten Republik geraten. (Abg. Ritzinger: „Bei der Regierung kein Wunder!“) Geschätzte Damen und Herren, vielen Ihrer Redner, wie ja insgesamt der ÖVP, fehlt der Mut in die Zukunft. Es ist mir viel zuviel Pessimismus in Ihren Aussagen. Und Pessimismus hindert uns an der Wahrnehmung bestehender vorhandener Chancen.

Geschätzte Damen und Herren, die Aufgabe der Politik im allgemeinen und der Wirtschaftspolitik im besonderen ist es, ein Klima positiver Erwartungen und Chancen zu schaffen, daß erstens im Inneren, das haben wir erreicht, und zweitens im Äußeren die notwendigen Voraussetzungen für eine spannungsfreie weltpolitische Lage und internationale Solidarität entstehen. Angesichts der großen wirtschaftlichen Konflikte, die die Wirtschaft in der Welt beeinflussen, sind wenig Impulse zu erwarten. Wenn wir nur einfach analysieren. Wir haben derzeit im Rahmen der westlichen Wirtschaft drei große Strömungen festzustellen. Ich nenne erstens Japan mit einem nationalistischen Trend, mit einer absoluten Priorität japanischer Produkte. Wir haben zweitens die konservativen Länder dieser Welt, die es versuchen im neoklassischen Sinn mit Reagan, Thatcherismus, Monitarismus, mit neoklassischen Methoden. (Abg. Kröll: „Mitterand nicht vergessen!“) Ich möchte nur objektiv die Dinge sehen. (Abg. Ing. Stoisser: „Was ist klassisch?“) Das ist das Modigliani-Miller-Theorem, 1958 entwickelt und von Lester C. Thurow weiterentwickelt, einem Berater von Präsident Reagan. Wenn Sie es wollen, Sie können es auf meiner Bank lesen, es dauert etwas länger.

Dort liegt es, dort ist es nachzulesen. Und wir haben einen dritten Bereich, geschätzte Damen und Herren, das sind die sozialdemokratischen Länder, die versuchen, die Weltwirtschaft mit antizyklischen Mitteln zu beeinflussen. Angesichts der großen Differenzen und Klüfte sind die Möglichkeiten eines kleinen Landes wie Österreich nicht zu überschätzen, aber, geschätzte Damen und Herren, auch nicht zu unterschätzen. Man sollte die Dinge, hat Kurt Goetz einmal gesagt, so nehmen, wie sie kommen. (Abg. Ing. Turek: „Du bist zu lang!“) Ich werde der ÖVP zuliebe gerne die 300 Schilling in die Kasse zahlen, sie braucht diese Information. Aber man sollte, geschätzte Damen und Herren, dafür sorgen, sagt Kurt Goetz, daß die Dinge so kommen, wie man sie nehmen möchte, oder, um es noch drastischer auszudrücken, schuldig kann sich nur der machen, der nichts tut. Deshalb bekennen wir uns als Sozialdemokraten zur antizyklischen Konjunkturbelebung. Deshalb bekennen wir uns zu noch mehr Staatsverschuldung, wenn es darum geht, Arbeitsplätze in diesem Land, für die Arbeiter und Angestellten zu sichern. (Beifall bei der SPÖ.) Wir haben heute schon viel über Arbeitslosenzahlen gehört, und ich meine, wir sollten uns in dieser Frage, geschätzte Damen und Herren von der ÖVP, nicht lizitieren. Es ist jeder einzelne zu viel. Jeder einzelne Arbeitslose ist zu viel. Ich glaube, und das müßten Sie wissen (Abg. Grillitsch: „Die Arbeitslosen haben erst 1970 angefangen!“), bevor ich zum Abschluß meiner Ausführungen komme. Herr Abgeordneter Grillitsch, das sollten Sie wissen, in der Arbeitslosigkeit trifft es am meisten oder ausschließlich den Arbeiter und Angestellten, den Schwächsten der wirtschaftlichen Kette. (Abg. Dr. Dorfer: „Wozu regiert Ihr?“) Die Opfer sind die Arbeiter und Angestellten,

und sie sind Opfer (Abg. Grillitsch: „Der Wirtschaftspolitik!“) von Fehlentscheidungen von Managern und von Fiskalillusionen von Unternehmen und den Versäumnissen der ÖVP in diesem Lande. (Abg. Ing. Turek: „Was ist das?“) Sie wollten wissen, was eine Fiskalillusion ist. Ich sage es Ihnen. Mir hat einmal ein Unternehmer gesagt: „Ich bin jetzt daraufgekommen, daß das, was ich mir leiste, ich mir gar nicht leisten kann.“ Das ist eine Fiskalillusion. (Beifall bei der SPÖ.) Ihre Antwort mit Prof. Widtmann auf der ÖVP-Klausur mit mehr Arbeitslosigkeit die Probleme zu lösen (Abg. Dr. Dorfer: „Der ist nicht von der ÖVP. Der ist ein Ausländer!“), ist ja aus einer uralten Vergangenheit gegriffen. Ich glaube, das können wir alle irgendwo weit, weit vergessen.

Vielleicht nur einen Abschlusssatz. Ich glaube, gemeinsam mit der Bundesregierung, mit Aufgeschlossenheit und dem Mut, Herr Abgeordneter Dorfer, mit dem Mut zum Neuen, mit dem Mut zur eigenen Fähigkeit etwas Vertrauen zu haben. (Abg. Dr. Dorfer: „Das fehlt der Bundesregierung. Das ist eine reaktionäre Wirtschaftspolitik!“) Ich glaube, es ist nicht reaktionär, wenn wir als Sozialdemokraten mehr Demokratisierung der Wirtschaftsförderung im Lande Steiermark verlangen. Wenn wir raschere Verabschiedung der Geschäftsordnung zu den Wirtschaftsförderungsgesetzen fordern. Das ist, glaube ich, nicht vermessen. Das sind doch klare Standpunkte, die wir vertreten. Ich meine, wir können die schwierigen Probleme der achtziger Jahre nur mit Vertrauen lösen und nicht durch Aussteigen. Wir können sie nicht durch die Aufgabe des technischen Fortschrittes lösen, mit Maschinenstürmertum lösen wir nicht die Probleme dieser heutigen Zeit. Ich glaube, wir brauchen mehr Selbstvertrauen. (Abg. Dr. Dorfer: „Mehr Demokratie in der Frage des Kongreßzentrums. Mehr Demokratie für die, die in der Minderheit sind.“) Selbstvertrauen in der Form, daß wir uns gegenseitig vertrauen, um gemeinsam die schwierigen Probleme der achtziger Jahre zu lösen. Ich danke für die Aufmerksamkeit und meinen Kollegen für die Einsicht. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Feldgrill: Frau Abgeordnete Klasnic hat das Wort.

Abg. Klasnic: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Mein Vorredner hat eine Frage gestellt. Er hat gefragt: „Wie erfolgreich waren wir?“ Gemeint hat er die sozialistische Bundesregierung. (Abg. Hammer: „Die war erfolgreich!“) Und im selben Augenblick hat er gesagt, ich habe in meinem Bezirk den einzigen verstaatlichten Betrieb, der noch Gewinne abwirft. 1970, als die Österreichische Volkspartei das Amt übergeben hat, waren es noch wesentlich mehr Betriebe der Verstaatlichten (Beifall bei der ÖVP.), die sogar Erträge gebracht haben. Das ist heute nicht mehr der Fall. Und weil Sie gefordert haben – der Herr Halper ist leider schon hinausgegangen –, aber er hätte eine Antwort haben können. Weil er gesagt hat, er möchte mehr Demokratie in der steirischen Wirtschaftsförderung. Wir freuen uns, daß die Wirtschaftsförderung so funktioniert und nicht nach der Demokratie der sozialistischen Bundesregierung beim Kongreß-

zentrum. (Beifall bei der ÖVP.) Lehrstellenmangel, Jugendarbeitslosigkeit und steigende Zahlen von arbeitslosen Hochschulabsolventen sind die ängstigenden Schlaglichter der Situation der Jugendlichen und der damit betroffenen Familien. Viele junge Menschen in unserem Land sehen derzeit eher bedrückt und pessimistisch in ihre Zukunft. Es fehlt ihnen die Zuversicht in ihre persönlichen Zukunftschancen. Daher haben sich Landeshauptmann Dr. Krainer und der Wirtschaftsreferent des Landes, Landesrat Fuchs, gemeinsam dafür eingesetzt, im Rahmen des Arbeitsplatzsicherungsprogrammes für die Steiermark – ich sage das deshalb so deutlich, weil einige Herren nicht wußten, wie dieses Programm heißt „Arbeitsplatzsicherungsprogramm für die Steiermark“ – ein eigenes Jugendbeschäftigungsprogramm mit 10 Millionen Schilling im Landesbudget einzusetzen. Vom Bund mit dem 19mal so großen Budget wie dem Landesbudget erwarten wir wenigstens einen ebenso großen Anteil. Mit diesem Programm wollen wir den Schulentlassenen eine Chance geben, in freiwilliger Form, nicht gesetzlich verordnet und nicht gesetzlich geregelt, sondern den sinnvollen Weg der Eigeninitiative, Bildungswilligkeit und Leistungsbereitschaft zu beschreiten. Die vorgesehenen Überbrückungslehrgänge setzen sich zusammen aus Theorie und Praxis. Zwei Modelle werden angeboten: erstens: ein Ausbildungsprogramm für lehrstellensuchende Schulabgänger, besonders für Mädchen, denn die haben es ja besonders schwer, und zweitens: ein Ausbildungsprogramm für Maturanten. Als Träger sind Bildungsstätten wie Wirtschaftsförderungsinstitut, Ländliches Fortbildungsinstitut, Caritas, Jugend am Werk usw. vorgeschlagen. Ich ersuche die sozialistische Fraktion, nicht vom „Jugendeinstellungsgesetz“ als „Rute im Fenster“ zu reden, sondern, genau wie die Kollegen meiner Fraktion, alle Anstrengungen für das Jugendbeschäftigungsprogramm von ganzem Herzen zu unterstützen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Feldgrill: Der Herr Abgeordnete Grillitsch hat sich zum Wort gemeldet.

Abg. Grillitsch: Sehr geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Präsident, bitte gestatte, daß ich zwei Prominente von der anderen Fraktion auch persönlich anspreche, und zwar Herrn Abgeordneten Halper und Herrn Abgeordneten Rainer, weil gerade die beiden zu den Problemen der Wirtschaft eigentlich das bestätigt haben, was in der Wirtschaft nicht der Fall ist. Und ich habe heute durch Zufall, meine Damen und Herren, eine Zeitung in die Hand bekommen, und das ist sicher keine Zeitung unserer Fraktion, aus dem Oktober 1967. Das Bild wird Ihnen bekannt sein. Meiner Meinung nach ist das der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky. Oben steht: „Balkanisierung in Österreich droht.“ Die hat nicht nur gedroht, die ist bereits da, meine Damen und Herren! Auf der anderen Seite steht: „Wir Sozialisten arbeiten sehr gründlich an einem Strukturprogramm, denn wir wollen der Regierung ganz klar und deutlich sagen, was geschehen müßte, um die Arbeitsplätze zu sichern.“ Meine sehr geschätzten Damen und Herren, gestatten Sie mir als einem, der aus einer Region kommt, wo die Arbeitsplätze 1970 sicher waren und

heute bei weitem nicht mehr sicher sind. Ich wohne in Fohnsdorf. Ich hätte ein Protokoll hier. Aber nachdem ich bezüglich meiner Redezeit eine Wette eingegangen bin, will ich Ihnen das ersparen. Ein stenographisches Protokoll des Parlaments über Aussagen des Herrn Bundeskanzlers zur Situation Fohnsdorf mit großen Versprechungen über die Ersatzbetriebe und so weiter. Und ich habe einen glänzenden Satz, den muß ich vorlesen; damals hatte es schon weitblickende ÖVP-Politiker gegeben; und dieser Satz lautet: „Lassen Sie arbeiten Kreisky und sein Team, dann raucht in Fohnsdorf bald kein Kamin.“ (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist kein Schlagwort, das ist wahr!“) Auch das ist Wahrheit geworden, meine sehr geschätzten Damen und Herren. Und ich hätte des weiteren noch eine Studie hier, eine Studie auch nicht von Leuten unserer Seite, Herr Professor Moser und Herr Professor Novotny über die Region Aichfeld-Murboden. Ich nehme an; bitte, daß Sie wissen, was in dieser Region alles passiert ist. Herr Landesrat Fuchs hat es schon so sympathisch einige Male auch hier im Haus gesagt, daß diese Region von sieben Großbetrieben bestimmt war. Daß die kleinere und mittlere Wirtschaft in ihrer Entwicklung dadurch etwas gehemmt war und daß wir zur Zeit die größten Sorgen haben, die größten Sorgen auch durch Fehlentscheidungen der sozialistischen Bundespolitik. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, wir sind heute sehr froh darüber, daß die Diskussion über Pöls aufgehört hat. Ich hoffe doch, daß die italienischen Partner auch zu ihrem Wort stehen. Sollte das nicht sein, dann rufe ich Sie, meine Freunde auf der linken Seite, dazu auf, sorgen Sie, daß Pöls wirklich zum Tragen kommt, weil wir könnten in dieser Region das sicher nicht mehr brauchen. Daß du ab und zu anderer Meinung bist, Erhart, das kann ich mir ohne weiteres vorstellen, weil du hast ja einmal hier im Hohen Haus den besten Betrieb der Stadt Knittelfeld, den obersteirischen Molkereiring, beleidigt. (Abg. Erhart: „Das ist eine Unterstellung!“) Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Halper – und deshalb habe ich ihn gemeinsam mit dem Abgeordneten Rainer genannt –, sie beide wissen scheinbar nicht, daß Wirtschaftspolitik, vernünftige Wirtschaftspolitik gleichzeitig auch Beschäftigungspolitik bedeutet. (Abg. Dr. Horvatek: „Das müssen Sie uns erzählen!“) Herr Abgeordneter Horvatek schonen Sie sich bitte – und Sie alle, Sie glauben, Wirtschaft kann man nur mit den Reden behandeln. Deshalb habe ich Ihnen ja die Zeitung – „Spiegel“ heißt sie –, sehen Sie nach, von 1967 hier gezeigt, Wirtschaft kann man nicht nur mit Worten behandeln. In der Wirtschaft muß man handeln und vernünftige Taten setzen. (Abg. Dr. Horvatek: „In Pöls haben wir gemeinsam gekämpft!“) Und sollten Sie es nicht wissen, nachdem das ihrerseits, Herr Abgeordneter Horvatek, noch nicht gesagt wurde, seit 1970 sind nicht nur in Österreich, ganz besonders in der Steiermark, die Arbeitsplätze im besonderen gefährdet. Ich befinde mich in einer Region, wo sie ganz besonders gefährdet sind. Seit 1970 zahlen auch die Arbeitnehmer, nicht nur die Wirtschaft ist in die Steuerschraube gekommen, sondern auch die Arbeitnehmer, sie nehmen das ja gerne zur Kenntnis, um 440 Prozent mehr Lohnsteuer. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! (Abg. Dr. Horvatek: „Mir geht diese Gehässigkeit auf die Nerven!“) Das ist die Wahrheit. Überall nachzulesen. (Abg. Dr. Horvatek: „Das ist eine gehässige

Polemik!“) Wirtschaft geht alle an. Wir haben uns immer bekannt, und wir können das in der Region beweisen, der steirische Landeshauptmann Dr. Krainer ist im Vorjahr vorangegangen in der Förderung der verstaatlichten Industrie, nachdem er mit den 200 steirischen Millionen die Bundesregierung zum Zugzwang gebracht hat. (Beifall bei der ÖVP.) Hätten Sie in guten Zeiten nicht an die Umverteilung, sondern an die Wirtschaft gedacht, dann wäre vieles in unserem Lande nicht passiert. (Beifall bei der ÖVP.) Deshalb schlage ich Ihnen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, vor, es gibt, und das ist meine Meinung, noch einen Weg, sichern wir die Arbeitsplätze dort, wo sie notwendig sind, vor allem in der Steiermark, wir Steirer gemeinsam. Gehen Sie mit uns gemeinsam gegen Wien. Wir brauchen das Konferenzzentrum nicht, aber wir brauchen die steirischen Arbeitsplätze. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Präsident Hleschitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Hleschitz: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Als im Jahre 1973 die große konjunkturelle Entwicklung in allen Industrieländern der Welt jäh zum Stillstand kam (Abg. Dr. Dorfer: „Das war 1974!“), hat sich etwas ganz Besonderes ereignet. Ölchock, Verteuerung der Brennstoffpreise und damit schwerste Belastung der gesamten Industrie in der Welt. Wenn wir nun aber die Zeit von 1973 bis jetzt vergleichen, dann müssen wir auch feststellen, daß sich in dieser Zeit einige ganz interessante Dinge getan haben. In der Welt ist die Arbeitslosenrate immer rascher angestiegen, in Österreich sind die Arbeitsplätze neu geschaffen worden, und zwar einige hunderttausend mehr. Eine antizyklische Bewegung, eine Leistung ganz besonderer Art. Meine Damen und Herren, dazu etwas, damals hat ein ganz großer Mann, ein Mann, der irgendwie in der Welt heute sehr viel bedeutet, einen Ausspruch getan, die Insel der Seligen. Herr Kammeramtsdirektor, wer war das? (Abg. Dr. Dorfer: „Der Papst!“) Sehen Sie, der Papst hat den Ausspruch getan, weil wir Österreicher eine Wirtschaftsentwicklung gehabt haben, die völlig verschieden von jener in der übrigen Welt ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Einige Jahre später, lieber Herr Kammeramtsdirektor, hat wieder jemand in einer großen Industrienation in einer großen Zeitung der Welt den Begriff „der österreichische Weg“ geprägt. Keine Erfindung der Sozialisten in Österreich, sondern das Ausland hat diesen Begriff geprägt, es war im Jahre 1977. Wer war das wieder? Eine sozialistische Zeitung? Oder eine große Wirtschaftszeitung der Welt? Also wieder eine große Anerkennung für das, was diese sozialistische Regierung für Österreich und für die Welt getan hat. (Beifall bei der SPÖ.) Ich wollte das nur einmal feststellen. Und dieser österreichische Weg wird auch, wie schon viele hier gesagt haben, in Zukunft weitergegangen werden. Da können Sie sicher sein. (Abg. Pinegger: „Die Hamburger ‚Zeit‘ schreibt es auch!“)

Und nun, meine Damen und Herren, möchte ich von dieser Klarstellung und Darstellung wegkommen und mich mehr mit steirischen Dingen beschäftigen. (Beifall bei der ÖVP.) Sie haben meine Fragen zu meiner Befriedigung beantwortet, und das reicht mir.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Wirtschaftsförderung in der Steiermark wird in unserem Land wohl zum größten Teil auf der Grundlage von zwei Gesetzen, dem Mittelstands- und dem Industrieförderungsgesetz, durchgeführt. Seit 1977 haben wir diese zwei Gesetze. Vorher waren, wie immer, zehn Jahre nötig, um die ÖVP-Landtagsfraktion dazu zu bringen, einer Verrechtlichung und Versachlichung der Wirtschaftsförderung des Landes zuzustimmen. Es konnte auch die Forderung durchgesetzt werden, daß die Vertreter der Arbeitnehmer bei der Mittelvergabe in den entsprechenden Beiräten mitwirken. Ganz wesentliche Fragen blieben aber offen. Die Beiratsmitglieder hatten keinerlei Möglichkeit, den Mitteleinsatz und die Mittelverwendung entweder selbst oder durch einen Sachverständigen prüfen zu lassen. Vorkommnisse in den vergangenen Jahren haben aber gezeigt, wie wichtig gerade diese Möglichkeit ist. Offen geblieben ist in diesen Gesetzen auch die Forderung nach einem qualifizierten Förderungssystem, mit welchem strukturelle Anpassungen hätten unterstützt werden sollen.

Seit nunmehr fünf Jahren wird mit der ÖVP über die Kontrolle und strukturpolitische Ausrichtung der Wirtschaftsförderung verhandelt. Es freut mich sehr, jetzt feststellen zu können, daß wir mit Landesrat Fuchs wahrscheinlich zu einer Einigung gelangt sind. So schnell wie möglich, Herr Landesrat, wollen wir nun das alte Gießkannenprinzip durch ein qualifiziertes Förderungssystem auf der Grundlage zukunftsorientierter Kriterien ersetzen. Wie Sie mir, Herr Landesrat Fuchs, auch mitgeteilt haben, ist beabsichtigt, das Mittelstands- und Industrieförderungsgesetz in einem einzigen steirischen Wirtschaftsförderungsgesetz zusammenzufassen. Wieder hat es fast zehn Jahre gebraucht, das zu tun, was wir von allem Anfang an vorgeschlagen haben. Ich will damit nicht sagen, daß konservatives Denken eben etwas länger bis zur Einsicht braucht. (Abg. Kollmann: „Ist gut, daß Sie das nicht sagen!“) Das Landesbudget 1983 wird vom Landeshauptmann als ein in Zahlen gegossenes wirtschaftspolitisches Aktionsprogramm des Landes bezeichnet. Man soll also daraus ersehen können, was das Land auf den verschiedenen Bereichen der Wirtschaftspolitik zu tun gedenkt. Für den Bereich der Investitionsförderung, der Wirtschaftsförderung hat Landeshauptmann Krainer angekündigt, daß durch Umschichtungen und insbesondere durch Sparsamkeit im Bereich der Verwaltung zusätzliche Mittel für die Investitionsförderung und somit für die Arbeitsplatzsicherung zur Verfügung stehen werden. Wenn man jedoch die Ansätze im Landeshaushalt, welche man der Wirtschaftsförderung zurechnen kann, zusammenzieht und entsprechende Vergleiche anstellt, dann müssen einem an dieser Behauptung jedoch Zweifel aufkommen. Im ordentlichen Haushalt ergibt die Summe dieser Ansätze wohl eine Erhöhung um 5 Millionen Schilling, nämlich von rund 67 Millionen auf 72 Millionen, im außerordentlichen Haushalt jedoch geht die Summe dieser Ansätze von 252,8 Millionen Schilling, also um rund 30 Millionen Schilling, auf 223,4 Millionen Schilling zurück. (Abg. Dr. Heidinger: „Das waren die 100 Millionen Schilling für die VEW!“) Das ist egal, aber das sind Tatsachen. Insgesamt enthält der vorliegende Landeshaushalt also nicht

mehr Mittel für die Wirtschaftsförderung, sondern um 25 Millionen Schilling weniger als im Jahre 1982.

Man kann wohl sagen, es gibt die Ermächtigung des Artikels 10, der es ermöglicht, über diesen Rahmen hinauszugehen, aber angesichts der auf uns zukommenden Förderungsnotwendigkeiten bestehen sicher nicht unbegründete Zweifel daran, daß in Zukunft noch eine Bedeckung hierfür gefunden werden kann. Ganz stark wird die Beweglichkeit der Wirtschaftsförderung auch noch dadurch eingeschränkt, daß man bei immer mehr Förderungsfällen Zuschüsse gewährt hat, die in Teilbeträgen über die kommenden Jahre fällig werden. Es soll sicher anerkannt werden, daß versucht wird, das bisherige Volumen zu erhalten, doch soll man auch offen sagen, daß zusätzliche Mittel nicht zur Verfügung stehen werden.

Mit Erwartung und auch mit einer gewissen Hoffnung haben wir dem vom Landeshauptmann immer wieder angekündigten eigenen steirischen Arbeitsplatzsonderprogramm entgegengesehen. Wenn man nun im Landesvoranschlag 1983 die Entstehung dieses Arbeitsplatzsonderprogramms nachvollzieht, dann sieht man, daß sich diese Ansätze hauptsächlich aus Umschichtungen ergeben. Man nimmt bei einem Ansatz einen Teil weg und läßt ihn dann unter dem Titel Arbeitsplatzsonderprogramm wieder aufscheinen. Mir erscheint dies mehr als ein Umschichtungsprogramm als ein Sonderprogramm, wobei die versprochenen Arbeitsplatzeffekte schwerlich zu erwarten sein werden. Es kommt auch noch dazu, daß bis jetzt die angekündigten Teilprogramme noch nicht präsentiert wurden und eine Realisierung wohl noch längere Zeit auf sich warten läßt.

In diesem Zusammenhang, Herr Landeshauptmann, möchte ich auch noch auf die von Ihnen aufgestellte Behauptung eingehen, daß die Beschäftigungsimpulse, welche von den Länderbudgets ausgehen, anteilmäßig wesentlich höher sind als jene, welche vom Bund ausgelöst werden. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ist nicht meine Position. Das hat das Wirtschaftsforschungsinstitut festgestellt!“) Ja, ich komme noch dazu! Moment, ich darf Ihnen das ja sagen! Dabei beruft sich der Herr Landeshauptmann auf eine Studie des Wiener Instituts für angewandte Sozial- und Wirtschaftsforschung. Abgesehen davon, daß die Studie nicht auf Budgetzahlen eingeht, sondern sich ausschließlich auf Zahlen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung beschränkt, kommt auch der Verfasser zu dem Ergebnis, daß bei der gesamten Güternachfrage des öffentlichen Sektors auf den Bund 60,6 Prozent entfallen, auf die Gemeinden 28,8 Prozent und auf die Bundesländer nur 8,8 Prozent. Auch bei der Aufteilung der Bruttoanlageinvestitionen ergibt sich ein ähnliches Bild: Von den 59,8 Milliarden Schilling, das sind 27 Prozent der Gesamtinvestitionen in Österreich - entfielen auf den Bund 53 Prozent, auf die Gemeinden 37,5 Prozent und auf die Bundesländer 6,7 Prozent. Ich führe dies auch deswegen hier an, weil man wissenschaftliche Untersuchungen für politische Polemiken nicht verwenden soll. Es ist auch nicht das erste Mal, daß dies versucht wird. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Keine Polemik!“) Eine am Institut von Professor Matzner erstellte Studie mußte als angeblicher Beweis dafür herhalten, daß der Bund dem Land Steiermark zustehende Mittel vorenthält. (Abg.

Dr. Maitz: „So war es auch!“ Die öffentliche Berichtigung durch Professor Matzner, die ja eindeutig zeigte in welchem immer stärker werdenden Maße die Steiermark von 1969 bis 1978 vom Finanzausgleich profitierte, wurde einfach ignoriert. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das ist ein Irrtum. Ich habe es wieder adaptieren lassen. Ich stelle Ihnen das zur Verfügung!“) Das ist schon richtig. Sie können mir ja Antwort geben! Ich habe das deshalb hier so ausführlich erwähnt, weil es anscheinend nun schon zu einer Gewohnheit geworden ist (Abg. Dr. Maitz: „Weil es weh tut!“), Studien einseitig oder unvollständig zu zitieren und daß man eben, wenn der Herr Landeshauptmann sich auf die Wissenschaft beruft, dies mit einer gewissen Vorsicht zur Kenntnis nehmen muß. (Abg. Ing. Stoisser: „Siehe Kreisky!“)

Wenn vom Land her immer wieder mit dem Finger auf den Bund gezeigt wird, dann glaube ich, meine Damen und Herren, sollen wir uns auch bewußt mit einer Entwicklung beschäftigen, über welche die ÖVP in diesem Land nicht gerne redet. Es wird uns jetzt erst so richtig bewußt, wie stark das Land seinen Schuldenstand vergrößert hat. Die jährliche Zuwachsrate, hören Sie nur gut zu, meine Herren, der Ausgaben lag mit 15 Prozent weit über dem Bundesdurchschnitt. Die Folge ist, daß der Budgetspielraum von Jahr zu Jahr enger wird und jetzt so gut wie erschöpft ist. Bis Ende dieses Jahres wird der Schuldenstand des Landes die Rekordmarke von 10 Milliarden Schilling erreicht haben. Im vorigen Jahr waren es noch 8 Milliarden und im vorvorigen Jahr 6,7 Milliarden Schilling. (Abg. Dr. Heidinger: 16 Milliarden Forderungen!) Dies entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung eines jeden Steirers durch das Land von 8400 Schilling. Schon im vorigen Jahr konnte die Finanzierung von verschiedenen Projekten nur über eine Landesanleihe mit Bundeshaftung in der Höhe von 500 Millionen Schilling erfolgen, im heurigen Jahr mußten weitere 900 Millionen Schilling begeben werden, die nur mit größten Schwierigkeiten unterzubringen waren. Bei neuerlichen Anleihen, meine Damen und Herren, wird dies wahrscheinlich noch viel schwieriger sein. Die Beweglichkeit des Landesbudgets beträgt ja, wie wir von Landesrat Dr. Klausner wissen, nur noch 5 Prozent, und es ist zu befürchten, wenn sich diese Tendenz fortsetzt, daß der Zeitpunkt kommt, wo überhaupt kein Budgetspielraum mehr vorhanden sein wird. (Abg. Ing. Stoisser: „Wer ist der Finanzreferent?“) Dies wird aber im besonderen Maße die Wirtschaftsförderung treffen. Kein Wunder also, wenn Herr Landesrat Fuchs als sehr vorausschauender Mann bereits heute von einem neuen Förderungskonzept spricht, in welchem für Direktförderungen nur mehr wenig Platz sein wird. Als Ersatz stellt er sich indirekte Maßnahmen vor, etwa in der Art von Gesundenuntersuchungen für Betriebe und Information und Beratung für Unternehmer. Dies sind aber eigentlich Aktivitäten, welche von den Interessensvertretungen der Selbständigen viel besser ausgeführt werden können und zu welchen auch der Unternehmer eigentlich selbst instande sein müßte.

Meine Damen und Herren, vor dem heutigen wirtschaftlichen Hintergrund kann die direkte Wirtschaftsförderung nicht so einfach über Bord geworfen werden. Die Investitionsförderung durch die öffentliche Hand ist eines der wichtigsten Instrumente unserer Wirt-

schaftspolitik. Sie wird aber sicherlich eine neue Qualität erhalten müssen. Wir vertreten lange schon die Auffassung, daß besonders Projekte, wo Forschung, Innovation, Umstellung auf neue Herstellungstechnologien oder komplizierte Produkte gefördert werden sollen, besonders zu unterstützen sind. Nach wie vor ist dies aber bei uns in der Steiermark nur sehr schwer möglich, weil zum einen für derartige Projekte viel zuwenig getan wird, und zum anderen die Mittel des Landeshaushaltes fast vollständig von der Mittelstandsgießkanne und den Sanierungsfällen verbraucht werden.

Zu den Sanierungsfällen möchte ich aber ausdrücklich folgendes sagen: Es ist verantwortungslos bei den jetzigen wirtschaftlichen Begebenheiten bei Unternehmen, die mittelfristig rote Zahlen schreiben, einfach zu sagen, man solle sie zusperren, wie es des öfteren der Fall hier ist. (Abg. Dr. Maitz: „Wer sagt so einen Unsinn?“) Ich kann Ihnen allerhand bringen. Kommen Sie zu mir, und ich werde Sie belehren. Bei aller Sorge muß aber auch gesagt werden, daß finanzielle Beihilfen der öffentlichen Hand nur dann zum Einsatz kommen sollen, wenn gewährleistet ist, daß nicht nur lediglich kurzfristige beschäftigungspolitische Scheinerfolge erzielt werden. Mit der öffentlichen Beihilfe müssen gleichzeitig auch jene strukturellen innerbetrieblichen Maßnahmen durchgesetzt werden, welche eine mittelfristige Sicherung der Arbeitsplätze wahrscheinlich machen. (Abg. Dr. Maitz: „Siehe in der Verstaatlichten!“) Ich glaube, meine Damen und Herren, den Zielsetzungen, welchen eine Wirtschaftsförderung heute unbedingt Rechnung zu tragen hat, muß schon bei der Erstellung des Landeshaushaltes Rechnung getragen werden. Es wird im Budget ausdrücklich einen sogenannten Sanierungstopf geben müssen, in welchem jene Mittel vorhanden sind, die bei der unbedingt notwendigen Sanierungsaktion zur Verfügung stehen sollen, und wir brauchen unbedingt einen anderen Topf für die Förderung von Innovations- und strukturpolitischen Investitionen. Also eine Trennung, damit man weiß, was steht hier und was steht dort zur Verfügung. Um diese besondere Qualität der Wirtschaftsförderung durchzusetzen, bedarf es der von uns verlangten Führungsrichtlinien. Wir wissen, warum wir sie verlangen. (Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs: „Haben Sie sie schon gesehen. Sie liegen seit einem halben Jahr in der sozialistischen Fraktion!“) Wir können uns unterhalten darüber. Ich habe sie noch nicht gesehen. (Abg. Dr. Dorfer: „So wird ein Arbeiterkammerpräsident hintergangen!“) Das ist eine Behauptung, die nicht stimmt. Das weiß ich nicht, die liegen nicht da.

Meine Damen und Herren, auf eine Entwicklung in der Förderungspraxis möchte ich im positiven Sinne besonders hinweisen. (Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs: „Seit einem halben Jahr!“) Ich bin nur neugierig, wann wir die geschickt bekommen haben. Das ist eine Behauptung, Herr Landesrat, ich nehme die Behauptung gerne zurück, wenn ich sie bekomme, wenn Sie mir das beweisen können. Erstmals, nachdem wir dies jahrelang gefordert haben, ist ein beträchtlicher Anteil der Förderungsmittel für verstaatlichte Unternehmungen in der Obersteiermark bereitgestellt worden. Insgesamt sind es in den letzten zwölf Monaten 223 Millionen Schilling an Beihilfen und Zinsenzuschüssen. Im Vergleich zu den 6 Milliarden Schilling, welche von

der VOEST-Alpine, zum Beispiel zwischen 1978 und 1982, unter massiver Beihilfe der Bundesregierung im steirischen Bereich investiert worden sind, ist diese Landesförderung sicher nur ein Teil. Es gibt Leute in der ÖVP, meine Damen und Herren, die behaupten, daß damit der Bund bei der verstaatlichten Industrie in Zugzwang gebracht worden wäre. Dazu sei aber an jene ÖIAG-Aufsichtsratssitzung erinnert, in welcher die acht ÖVP-Vertreter, darunter auch der steirische Vertreter, der Aufsichtsratsvorsitzendstellvertreter, Gewerke Dr. Assmann, gegen die 1,5 Milliarden Schilling Kapitalhilfe an die VOEST-Alpine stimmten. Die steirischen Arbeitnehmer, Herr Landeshauptmann, haben dies damals sehr wohl registriert (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Wir auch!“), wie sie auch das jetzige Taktieren der ÖVP im Zusammenhang mit der 3,5-Milliarden-Schilling-Hilfe registriert haben.

Wenn man die Zustimmung zur Strukturhilfe von einer Reihe von Forderungen beziehungsweise Junktims abhängig macht, die rein sachlich mit der Umstrukturierung eines Industriezweiges nichts zu tun haben, dann treten wohl ernsthafte Zweifel am Bekenntnis der ÖVP zur verstaatlichten Industrie auf. Wenn man an jene Jahre erinnert, wo die verstaatlichten Unternehmungen durch bestimmende Kräfte in der Österreichischen Volkspartei am Aufbau einer Finalfertigung und der branchenweisen Zusammenführung verhindert wurden. (Abg. Schützenhöfer: „Das ist Polemik!“ – Abg. Dr. Dorfer: „Das gleiche, was Sie vorher gesagt haben!“)

Meine Damen und Herren, bei der Frage der jetzigen Strukturhilfe an die verstaatlichte Industrie wird gerne vergessen, daß von diesem Bereich jahrelang, ich betone jahrelang, Dividenden und Steuerzahlungen in Milliardenhöhe erbracht worden sind. (Abg. Ing. Stoisser: „Das stimmt nicht. Haben Sie nicht zugehört?“)

1971 bis 1981 an Steuerleistungen (Abg. Dr. Heidinger: „Hauptsächlich Umsatzsteuer!“) 120 Milliarden Schilling und an Dividenden 4 Milliarden Schilling. (Beifall bei der SPÖ.) Meine Damen und Herren, das sind Tatsachen, die nicht hinwegzuleugnen sind, 120 Milliarden Steuern, 4 Milliarden Dividenden. Es war erklärte Unternehmenspolitik, die Schwierigkeiten aus eigener Kraft zu überwinden. Unternehmenspolitik in diesem verstaatlichten Bereich. In anderen Industrieländern wie Großbritannien, Frankreich und zuletzt auch der Bundesrepublik Deutschland setzten die Staatshilfen schon vor Jahren ein, und die in Österreich debattierten Beträge stehen in keinem Verhältnis zu den Subventionen, welche die ausländischen Eisen- und Stahlindustrien bekommen haben. (Abg. Grillitsch: „1976 wäre es noch früh genug gewesen!“) Wenn ich hier ein Beispiel anführen darf: In Großbritannien (Abg. Ing. Stoisser: „Bei der Konservativen Thatcher!“) wird die Tonne Rohstahl seit 1975 mit durchschnittlich 1000 Schilling subventioniert. In der Europäischen Gemeinschaft mit durchschnittlich 700 Schilling, indirekte Hilfen wie Kohlen-Pfennig und Forschungsbeihilfen in der Bundesrepublik sind hier nicht einmal eingerechnet.

Immer wieder wird auch versucht, in der öffentlichen Diskussion den Eindruck zu vermitteln, daß eigentlich nur die Unternehmen des gemeinwirtschaftlichen Sektors Sanierungsprobleme haben. Die Praxis auch

gerade der steirischen Wirtschaftsförderung beweist, daß dem nicht so ist. Ich will hier nicht jene Fälle von steirischen Privatbetrieben aufzählen, wo ein Zusammenbruch nur mit Hilfe des massiven Einsatzes öffentlicher Förderungsmittel verhindert werden konnte. Die Sanierungshilfen, die etwa auf Grund der 1981 geschaffenen Novelle zum Finanzgarantieges. m. b. H.-Gesetz oder des Arbeitsmarktförderungsgesetzes gewährt wurden, kamen vornehmlich dem privaten Bereich der Industrie zugute. Bei Gegenüberstellung der Sanierungsbeiträge pro Beschäftigten finden sich hier nicht wenige Unternehmen, vor allem im Klein- und Mittelbetriebsbereich, wo diese Hilfen größer waren als bei der verstaatlichten Industrie.

Meine Damen und Herren, wir sind immer dafür eingetreten, daß beim Einsatz der Mittel für die Wirtschaftsförderung und auch bei der Setzung aller jener Maßnahmen, welche für die steirische Wirtschaft von vitaler Bedeutung sind, wie zum Beispiel im Infrastrukturbereich, die Gebietskörperschaften gemeinsam vorgehen sollten. Jahrelang war aber in unserem Bundesland die sogenannte steirische Eigenständigkeit die erklärte politische Linie der Österreichischen Volkspartei, welche die Gegnerschaft und Auseinandersetzung mit dem Bund zum Ziel hatte. Diese Politik hat unserem Land sicherlich keine Vorteile gebracht. Während die Steiermark zusammen mit Vorarlberg gegen den Bund in der bekannten Länderfront agierte, nützten andere Bundesländer diese Situation für sich aus. So ist es zum Beispiel in den vergangenen Jahren Oberösterreich und auch Niederösterreich gelungen, bei den ERP-Mitteln beträchtlich mehr zu erreichen als die Steiermark. (Abg. Dr. Heidinger: „Weil bei uns weniger investiert wird!“) Herr Landeshauptmann, eine Tatsache. Das Angebot des Bundes im Sinne des kooperativen Bundesstaates Vereinbarungen gemäß Artikel 15 a abzuschließen und (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich habe Ihnen dieses Elaborat schon übersandt!“) Herr Landeshauptmann, ich habe Sie schon im vorvorigen Jahr bei der Budgetdebatte aufgefordert, einen Staatsvertrag zwischen der Steiermark und dem Bund anzustreben. Zwei Jahre hat es gedauert, bevor Sie darauf reagiert haben – wurde von den Ländern Wien, Kärnten und Niederösterreich schon sehr früh akzeptiert – und es wurden mit dem Bund umfangreiche Vereinbarungen abgeschlossen. Wenn nun zwischen dem Bund und der Steiermark vielleicht noch in diesem Monat eine 15-a-Vereinbarung zustande kommt, dann soll uns dies freuen und auch mit Genugtuung erfüllen, weil wir ja diese Forderung schon seit Jahren aufgestellt haben, aber wir müssen uns dabei bewußt sein, daß wir diese Vereinbarung schon viel früher hätten haben können, zu einer Zeit, als die zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten noch nicht so knapp gewesen sind wie jetzt. Trotzdem soll man aber anerkennen, daß sich nun doch die Einsicht einstellt, daß ein Zusammenwirken im Sinne des kooperativen Bundesstaates nicht zu umgehen ist, wenn wir der krisenhaften Entwicklung in unserem Bundesland entgegensteuern wollen. Und nun, Herr Landeshauptmann, nachdem ich eine Serie von Anrufen und Vorsprachen aus verschiedenen Betrieben erhalten habe im Hinblick auf das Wirtschaftswunderprogramm in Milliardenhöhe und für 16.000 Beschäftigte, wären die Steirer sehr interessiert

daran, einige Fragen beantwortet zu bekommen. Woher nehmen Sie die Milliarden, wenn man das klar und deutlich sagt. Welche Projekte sollen gefördert werden? Wo werden die 16.000 Arbeitnehmer sein? Sind es neue Arbeitsplätze zusätzlicher Natur oder die Erhaltung von 16.000 Arbeitsplätzen? Wann wird mit dieser Realisierung, der Schaffung dieser Arbeitsplätze, begonnen werden? (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Es wurde weggeschickt!“) Ich habe noch nichts bekommen. Genauso wie das. Herr Landeshauptmann, ich habe noch nichts bekommen. Wann denn? (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich weiß es nicht. Wir haben es weggeschickt!“) Mein Posteingang arbeitet anständig. Ich kann mir das nicht vorstellen, und daher frage ich Sie, weil ich es nicht gewußt habe und weil ich das nicht bekommen habe. Ich kann Ihnen nicht mehr sagen, ich habe es noch nicht erhalten.

Und daher die Fragestellung an Sie: Ich bitte Sie um Beantwortung dieser Fragen hier im Hohen Haus. Es sind sicherlich viele meiner Kollegen auch mit daran interessiert. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich stehe Ihnen jederzeit zur Verfügung!“) Danke schön! Sehr gut. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Debatte hat jetzt fast vier Stunden gedauert, und es haben sich an ihr eine übergroße Anzahl von Rednern beteiligt. Man hat mir bedeutet, daß ich mich in meinem Schlußwort nicht allzu ausführlich ergehen soll. Ich werde daher eine gemischte Form der Präsentation wählen. Ich werde einige Dinge erklären und Ihnen im übrigen einige Unterlagen zustellen lassen, aus denen Sie dann die Fakten entnehmen können, damit wir die Zeitökonomie entsprechend pflegen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal, weil es heute von mehreren Rednern angeschnitten wurde, die Frage der Arbeitsplatzentwicklung in der Steiermark – oder eigentlich leider das Gegenteil, die Frage der Entwicklung der Arbeitslosenziffern. Die Steiermark hat per Ende November eine Arbeitslosenziffer von etwa 20.000. Diese ist im Laufe des Monats November von 16.000 auf 20.000 angestiegen, das entspricht gegenüber dem Ende Oktober einer Zunahme von 25 Prozent. Der Wert per Ende Oktober und auch der Wert per Ende November liegt etwa 50 Prozent über dem Wert des Vorjahres. Nun, dies ist eine besorgniserregende Entwicklung, und ich glaube, es ist notwendig, daß man dazu Vergleichsziffern sagt. In der Bundesrepublik Deutschland ist im Vergleich Oktober–Oktober die Arbeitslosenziffer im Durchschnitt um 40 Prozent gestiegen, im Burgenland – und das hat auch seine Gründe – Oktober gegen Oktober um 100 Prozent gestiegen. Das heißt, wir liegen bei einem Wert von 50 Prozent zwar über dem österreichischen Durchschnitt, aber durchaus noch lange nicht so schlecht wie das Nachbarland Burgenland und in einer Größenordnung, die sich nicht sehr von der Bundesrepublik Deutschland unterscheidet. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Raumordnung unterscheidet bei der Betrachtung solcher Ziffern nach verschiedenen Typen. Da gibt es das rein

agrarisches Gebiet, da gibt es das agrar-industrielle Gebiet, dann gibt es das Ballungszentrum, dann gibt es die alten Industriegebiete, die Fremdenverkehrsgebiete; und jeder dieser Gebietstypen hat seine eigene Entwicklung. Wir haben in der Steiermark alle diese verschiedenen Gebietsformen, und so wie im internationalen Durchschnitt entwickeln sie sich auch ähnlich. Hier ist leider festzustellen, daß derzeit die Wanderungsbewegung zwischen den Gebieten zugunsten der Fremdenverkehrsgebiete verläuft und daß alle anderen Gebiete in der Bevölkerungswanderung Abnahmen zu verzeichnen haben. Die Rate an Neugründungen von Unternehmen, das heißt, die Rate der Neuschaffung an Arbeitsplätzen im Vergleich zu den Schließungen von Unternehmen sieht so aus, daß seit sechs bis sieben Jahren in Gesamtösterreich die Bilanz negativ ist. Ich muß leider hier den Herrn Präsidenten Ileschitz mit seinen letzten Ausführungen korrigieren. Seit sechs bis sieben Jahren gehen in Österreich jährlich mehr Arbeitsplätze verloren, als neue Arbeitsplätze entstehen. (Abg. Ileschitz: „Um Gottes Willen, wie kann man zu der Behauptung kommen!“ – Abg. Ing. Turek: „Ja, um Gottes Willen!“)

Mit verschiedener Intensität positiv entwickelte es sich in den Fremdenverkehrsgebieten, negativ entwickelt es sich in den Ballungszentren und (Abg. Ileschitz: „Ich habe gesagt, wir sind stärker geworden, während die ganze westliche Welt schwächer geworden ist!“) negativ entwickelt es sich in den alten Industriegebieten, per Saldo ist die Rate negativ. (Abg. Ileschitz: „Das sind die nachweisbar sozialpolitisch erfaßten Sozialversicherten!“)

Die Feststellung, die man daraus ziehen muß, ist, daß, wenn es nicht Ansätze der Regionalpolitik gäbe, neue Arbeitsplätze zu schaffen, würde die Situation noch schlechter aussehen; denn, wie Sie wissen, und wie wir alle wissen, ist es eben so, daß man nicht gegen den Wind Klavier spielen kann und daß gegen konjunkturelle Entwicklungen sehr wenig zu unternehmen ist, daß aber alles unternommen werden muß, um der Tendenz wenigstens Einhalt zu gebieten beziehungsweise einen Bremsungseffekt zu erzielen. (Abg. Ileschitz: „Da finden Sie uns auf gleicher Linie!“) Im übrigen ist es so, daß wir auch mit diesen Entwicklungen nicht allein stehen in Österreich. Es gibt Beispiele gerade wie im Burgenland oder auch in Gebieten von Nordengland, die ganz ähnliche Strukturen haben, wo in den letzten Jahren eine gewaltige Aktivität eingesetzt hat, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Leider, in den meisten Fällen, in den Bereichen Textil, Leder oder in anderen sogenannten Billigproduzenten, die im wesentlichen das Lohngefälle ausgenützt haben, hat die derzeitige Wirtschaftskrise gerade diese Gebiete besonders hart getroffen. Es ist daher allgemein anerkannt, heute und im nachhinein kann man gescheiter sein, daß die Betriebsansiedlung zwar notwendig und richtig ist, daß aber die Lösung des Problems auf Dauer nur durch eine Erneuerung aus dem Land selber heraus ist. Das heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir nicht genug Unternehmer finden, die Unternehmen beginnen, dann werden wir die Arbeitsplatzprobleme in Österreich und in der Steiermark schon gar nicht lösen können. Denn mit den dislozierten, außen geleiteten, von irgendwoher kommenden Betriebsstätten ist eben kein Staat zu machen. Das sind

die, die als allererste vom rauhen Wind einer Konjunkturflaute – es ist jetzt ein Widerspruch in sich selbst –, der rauhen Winterkonjunkturflaute, betroffen werden, und aus dem heraus ergeben sich dann solche Werte, wie sie im Burgenland bestehen, das seit langem als ein Musterland der Betriebsansiedlung gegolten hat; und gerade der Präsident Ileschitz hat uns durch zehn Jahre versucht zu erklären, daß das Burgenland den richtigen Weg verfolgt hat, eine fabelhaft funktionierende Ansiedlungsgesellschaft operiert und also alles wirklich auf das Beste ist. Leider ist es so, daß die Ergebnisse sich ähnlich entwickeln, wie wir es aus Aichfeld-Murboden kennen, wo die ganzen großen Aufwendungen letztendlich dann nichts genützt haben (Abg. Ileschitz: „Darf ich Sie kurz unterbrechen. Hier bin ich niedergeschrien worden, weil ich gegen die Förderungspolitik, die damals betrieben wurde, jeden dahergelaufenen Ausländer zu fördern, gewesen bin!“), weil die wirtschaftlichen Realitäten stärker sind. Wenn man es nicht gemacht hätte, wäre es noch schlechter. Das ist das Entscheidende. Herr Präsident Ileschitz! Wenn Sie vom dahergelaufenen Ausländer reden, dann denken Sie an die derzeitigen Probleme in Diemlach und denken Sie an General Motors und verschiedene andere. (Abg. Ileschitz: „Ich denke an die Neger, die finanziert wurden, und viele andere mehr! Sie haben auch für den Neger geschrien!“ – Abg. Dr. Heidinger: „Kreiskys Foggenhuber!) BMW in Steyr! (Abg. Dr. Dorfer: „Es gibt überall solche und solche!“ – Abg. Ileschitz: „Bitte dann keinen Vorwurf zu machen!“ – Abg. Dr. Maitz: „General Motors!“) Gerade dort werden die dahergelaufenen Ausländer – wie Sie sie zu bezeichnen pflegen – ganz besonders freundlich bedient. (Präsident: „Ich bitte den Redner fortzufahren, wenn es wieder ruhig ist!“) Herr Präsident, sie sind eben nicht ruhig, und das ist störend. (Abg. Ileschitz: „Wenn der Herr Kammeramtsdirektor so etwas sagt, muß ich ihm antworten!“)

Wenn es uns nicht gelingt, die Steiermark zu einem Unternehmerland zu machen, zu einem Gebiet, in dem es sich lohnt und in dem sich die Leute bemühen, das unternehmerische Risiko auf sich zu nehmen, dann werden wir das Problem nicht lösen. Trotzdem müssen wir kurzfristig natürlich auch weiter eine Ansiedlungspolitik betreiben, worauf ich zu einem späteren Zeitpunkt noch zurückkomme. Eines erscheint mir bei all diesen Bestrebungen wichtig, daß wir die Wirtschaft als ein Ganzes begreifen, und daß wir uns bemühen, einen gegenseitigen Verstärkungseffekt zu finden, das heißt, daß steirische Produkte, die das Land verlassen und von hoher Qualität sind, ein Gütesiegel tragen, das für die Steiermark wirbt, das auch auf den Fremdenverkehr seine Rückwirkungen hat, und daß wir wieder durch die Werbung für den Fremdenverkehr und die dort statthabenden Aktivitäten für die Steiermark als Wirtschaftsland werben und damit für steirische Produkte Werbung machen.

Was sind die Ansatzpunkte der steirischen Wirtschaftspolitik? Ich habe sie schon in zwei aufeinanderfolgenden Jahren, voriges Jahr und vorvoriges Jahr, erläutert, sie unterscheiden sich nicht wesentlich von den letzten Ausführungen, trotzdem glaube ich, darf ich es noch einmal bringen, weil es doch immer kleine Nuancen gibt und kleine Veränderungen. Zunächst einmal ist es kurzfristig sicher unsere Aufgabe,

Betriebe, die es sich lohnt aufzufangen, auch tatsächlich aufzufangen. Eine wirtschaftliche Verödung weiterer Gebiete, das ist heute schon mehrfach gesagt worden, kommt nicht in Frage und würde Schäden nach sich ziehen, die wahrscheinlich irreparabel sind. (Allgemeiner Beifall.)

Ich würde im Sinne der Vorschläge, die der Herr Präsident Ileschitz gemacht hat, hier vorschlagen, daß man tatsächlich einen Schlüssel verrechnet und öffentliche Mittel im Verhältnis der Wirtschaft zugute kommen läßt und dem Unternehmen, indem diese Unternehmen in der Vergangenheit Steuerleistungen, gewinnabhängige Steuern können das nur sein, weil Umsatzsteuern bitte als solche zu betrachten, die in Ihrer Statistik mit drinnen sind, hätte wenig Sinn, das heißt, wenn die Bereiche der Wirtschaft, Handel, Gewerbe, private Industrie, verstaatlichte Industrie, so nach diesen Gruppierungen in etwa, im Verhältnis ihrer Steuerquote der vergangenen Jahre auch rechnen können, Staatshilfe zu bekommen, regional oder vom Bund, dann wäre das eine an sich gerechte Verteilung der Mittel und dann würde es wahrscheinlich auch der Sozialistischen Partei möglich sein, im Parlament für das Paket an Maßnahmen, das jetzt zugunsten der Kleinen und Mittleren von der Volkspartei eingebracht wurde, zu stimmen. Von mir aus mit einer Mehrheit von 7 : 6 oder 10 : 6, das wäre nicht das größte Malheur, solange ein positives Ergebnis herauskommt. Ich glaube, daß man sich da durchaus verständigen könnte, und Ihrem Nicken, Herr Präsident, entnehme ich, daß Sie das gerne unterstützen werden. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Ileschitz: „Vernünftige Lösungen werden immer unsere Unterstützung bekommen! Herr Landeshauptmannstellvertreter bemüht sich um solche Lösungen!“) Ich glaube weiters, daß es kurzfristig unsere Aufgabe ist, Unternehmen anzusiedeln, wo wir Unternehmen bekommen können und wohin wir sie bekommen können. Die Zeiten sind sicher schwieriger als noch vor einem Jahr oder als noch vor zwei Jahren. Es stellen sich die Unternehmer heute nicht an, um in der Steiermark einen Betrieb aufzumachen, weil der wesentlichste Anreiz in die Steiermark zu kommen, nämlich hier geschulte Arbeitskräfte zu finden, weggefallen ist, weil man die leider heute in ganz Österreich bekommen kann. Trotzdem bemühen wir uns, und weil es schwieriger geworden ist, haben wir die Werbemaßnahmen auf dem Gebiet wesentlich verstärkt. Es wird im Jänner, spätestens Anfang Februar, eine erste Werbebroschüre für die Steiermark als Investitionsland der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Es ist ein Werbefilm für die Steiermark als Investitionsland in Arbeit gegeben, und es werden alle Sozialpartner und ihre Einrichtungen, soweit sie über Geld verfügen, herzlich eingeladen, sich an dem finanziell zu beteiligen. Herr Präsident, ich werde mir erlauben, auch bei Ihnen vorzusprechen. Es ist eine Diaschau in Auftrag gegeben worden, und wir haben bei einem sehr fachkundigen Mann eine Neuaufgabe einer Broschüre über die Steiermark bestellt, wie sie in den sechziger Jahren von der CA herausgebracht wurde, wo die Steiermark hinsichtlich ihrer Geschichte, der Kultur, aber vor allem ihrer wirtschaftlichen Bedeutung vorgestellt wird, damit man der Welt überhaupt erklären kann, wer ist die Steiermark, wo ist die Steiermark, was sind die Vorteile, und was kann es

bedeuten, in der Steiermark einen Betrieb anzusiedeln. Mittelfristig geht es darum, die verkehrsbezogene Infrastruktur in der Steiermark zu stärken. Das ist ein ganz großes Anliegen der Wirtschaft, und zwar der gewerblichen Wirtschaft, der Fremdenverkehrswirtschaft, des Handels, der Dienstleistungsunternehmen. Es geht darum, daß wir endlich Autobahnen bekommen müssen, die auch in das Land hereinführen, abgesehen von dem Stück Autobahn über die Pack ist die Steiermark das einzige Bundesland, das keine Autobahn hat, die über die Landesgrenze führt. Hier ist die Autobahn vom Nordwesten herein ganz besonders wichtig. Es ist notwendig, daß wir auf der Eisenbahn eine bessere Versorgung in der Steiermark, vor allem in der Nord-West-Relation, bekommen. Die Strecke von Graz nach München, schon mehrfach gesagt, entspricht einfach nicht den Anforderungen der achtziger Jahre. In ihrer Ausbauqualität kann man diese dem Jahr 1910 bis 1920 zuschreiben. Es ist notwendig und für die Steiermark ganz besonders wichtig, daß wir auch die informationsbezogene Infrastruktur verstärken. Das ist vor allem wichtig in den Bereichen, die mit dem Flugverkehr zusammenhängen, weil es notwendig ist, daß wir hinaus und Leute zu uns kommen. Es muß uns einfach gelingen, hier auch die informellen Beziehungen zwischen Lieferanten, Kunden, Konkurrenten, Forschungseinrichtungen zu verstärken, weil, wie verschiedene Studien festgestellt haben, neue Produkte, neue Verfahren und damit neue Arbeitsplätze nur dort entstehen können, wo die Informationsdichte hoch ist und nur auf diesem Weg wieder diese vielfach schon zitierte mit dem grauslichen Wort endogene Erneuerung bezeichnete Verstärkung unserer Wirtschaftskraft möglich ist. Da gibt es keinen Weg herum, und da müssen alle Anstrengungen gemacht werden. Es gibt auf diesem Gebiet sehr viele Pläne, die auch realistisch sind, und wir werden in der nächsten Zeit hoffentlich das eine oder andere auch dann tatsächlich erreichen. Ganz wichtig in dem Zusammenhang ist die Frage der Berufsausbildung und der schulischen Ausbildung in unserem Lande. Es hilft uns sehr viel, daß im ganzen Land verstreut allgemeinbildende höhere Schulen sind. Es hilft uns noch mehr, wenn auch im Land verstreut höhere berufsbildende Schulen sind. Es ist nur das Verhältnis der allgemeinbildenden höheren zu den berufsbildenden Schulen einfach nicht entsprechend. Man hat nichts davon, wenn man in Radkersburg jährlich 90 Maturanten ausmustert und nicht einen einzigen industriellen Schlosserlehrling in dem Gebiet hat. Zunächst einmal brauchen wir die Basisausbildung und dann erst die nächsthöheren Stufen. Wir haben daher das Projekt des Gewerbeborgs für Radkersburg, über das ich schon hier gesprochen habe, entwickelt. Das Unterrichtsministerium hat zunächst durch einen hochrangigen Sektionschef eine Zusage gegeben, dann hat der Ministerialrat gesagt, naja, müssen wir wieder überdenken. Derzeit reden wir mit dem Minister, aber ich halte immer mehr von dem, was der Sektionschef sagt, als von dem, was sein Mitarbeiter sagt, und ich kann mir nicht vorstellen, daß dieses Projekt, das tatsächlich mit der derzeitigen Schulgesetzgebung in Einklang zu bringen ist, nicht durchführbar ist.

Ich habe mit der Arbeitsmarktverwaltung über die Elektronikausbildung in Fürstenfeld ein prinzipielles Einvernehmen erzielt. Das läßt sich durchführen, es ist

finanzierbar, so daß wir auch dort die Möglichkeit bekommen, aus Maturanten Elektroniktechniker zu machen in einem etwa zweieinhalbjährigen Verfahren, etwas, was für die Wirtschaft von allergrößter Bedeutung ist. Denn, ob Sie heute eine Textilfabrik nehmen oder eine Papierfabrik oder ein Stahlwerk oder eine Metallverarbeitung, ohne Elektronik geht es nicht mehr, denn die maschinellen Einrichtungen sind eben nicht mehr mit mechanischen und elektrischen, sondern mit elektronischen Steuerungen versehen. Langfristig geht es darum, in der Steiermark ein Klima zu schaffen, daß das Unternehmensein und das Unternehmerwerden entsprechend fördert. Ich habe am 19. Juli 1982 – ich muß mich korrigieren, es ist nicht sechs Monate, sondern viereinhalb Monate her – der sozialistischen Fraktion in den Wirtschaftsförderungsbeiräten mehrere Exemplare, und zwar für jedes Mitglied eines, und der Herr Dr. Kühner ist ein Mitglied davon und hat auch eines und ist in einem Nahverhältnis zum Herrn Präsidenten (Abg. Ing. Turek: „Er gibt ihm die falschen Reden!“) – Vorschläge übergeben, überschrieben „Diskussionsentwurf für Wirtschaftsförderungsrichtlinien des Landes Steiermark“. Es ist ein Ausschuß, dieses zu beraten, eingesetzt worden. Nur leider, es ist bisher zu keiner Reaktion gekommen. Ich hoffe, und mein Wunsch wäre es, daß man sich mit Beginn des neuen Jahres doch sehr intensiv mit dieser Materie beschäftigt, weil ich glaube, daß wir solche Wirtschaftsförderungsrichtlinien, die auch eine Philosophie der Wirtschaftsförderung in diesem Land beinhalten, brauchen, damit wir wissen, nach welchen Kriterien wir vorgehen. Zunächst sind wir in einer Situation, wo wir versuchen, das Schlimmste zu verhüten und dort zu fördern, wo sich Neues entwickelt. Ich könnte Ihnen hier an Hand der Entwicklungen, der Fonds, der Kleingewerbeförderung, der Mittelstandsförderung, der Industrieförderung nachweisen, daß vielmehr gelingt, als scheinbar den Weg in die Öffentlichkeit findet, und daß die Anzahl der Arbeitsplätze, die so neu geschaffen werden, wirklich beachtlich ist. Die Steiermark läßt sich das offensichtlich auch wirklich sehr viel kosten. Nur eines muß man sagen, wenn in Donawitz – es ist nicht gegen die Verstaatlichte – oder sonstwo tausend Arbeitsplätze – Bauknecht oder wo immer Sie wollen – verschwinden, es braucht eines wahnsinnigen Aufwandes und kostet unglaublich viel bis wir tausend Arbeitsplätze woanders oder an vielen Stellen neu geschaffen haben. Trotzdem sage ich, daß die Situation nicht so schlecht ist, als es aus den statistischen Ziffern hervorgeht, weil sich durch die derzeitige Entwicklung zumindest das eine Gute ergibt, daß sich die Struktur verbessert. Es war – nur am Beispiel Fürstenfeld – die Stadt Fürstenfeld wesentlich bestimmt von einem Betrieb, Eumig, der in der Spitze bis zu 1800 Arbeitsplätze hatte. Wir haben jetzt doch immerhin schon drei Firmen dort, die zwar weniger haben, aber sie sind dort. Wir sind mit weiteren drei Firmen in Verhandlung, die in dieses Eumig-Gebäude einziehen, und im Endzustand ist es mir lieber, in der großen Eumig-Halle sind – von mir aus – zehn Firmen, á 100 Leute, als eine Firma mit 1000 Leuten. Weil einfach die Wahrscheinlichkeit, daß alle zehn gleichzeitig in Schwierigkeiten kommen, geringer ist. Und auf dieses müssen wir hinarbeiten. Wenn uns das gelingt, dann haben wir die Zeit zumindest so gut, als es möglich war, genützt, wenngleich die zehnmal

hundert – die haben wir noch nicht – immer noch 800 weniger sind als die 1800, die ursprünglich einmal dort waren. Sollte es aber doch wieder einmal zu einem Wirtschaftsaufschwung kommen, dann haben wir eine bessere Startposition, und um diese Startposition müssen wir uns bemühen, denn Wunder kann in der Steiermark niemand vollbringen. (Abg. Ileschitz: „Herr Landesrat, vielleicht haben Sie etwas vergessen!“)

Interessant ist in diesem Zusammenhang (Abg. Ing. Turek: „Er hört nicht zu!“), daß der Kollege Halper gesagt hat, das, was dieses Land wirklich ruiniert hat, sind die Versäumnisse der ÖVP und nicht die schlechte Wirtschaftspolitik, die etwa eine Regierung macht. Nun, meine Damen und Herren! Und jetzt aber allen Ernstes, und ich glaube auch vielleicht beherzigenswert, wenn wir einvernehmlich der Meinung wären, daß der kleine und mittlere Betrieb auf Sicht zumindest förderungswürdig ist und daß für uns eine Anzahl von kleineren Betrieben einen teilweisen Ausgleich für den Zusammenbruch großer Strukturen bringt – und ich habe so verschiedenem Kopfnicken entnommen, daß da am Beispiel Fürstenfeld nicht soviel Meinungsverschiedenheit besteht –, dann müssen wir es auch über das Herz bringen, in unserer Gesinnung und in dem, was wir reden, nicht die, die wir brauchen, ständig zu beleidigen. (Abg. Brandl: „Das ist wahr!“) Sie ständig zu verunsichern und ihnen ständig etwas anzuhängen. (Allgemeiner Beifall.)

Und das betrifft die Unternehmer. (Abg. Brandl: „Die Bundesregierung auch, jawohl!“) Und das betrifft jetzt die Unternehmer! Und hier habe ich eine sehr unglückliche Erfahrung gemacht. Gemeinsam mit dem Kollegen Turek waren wir bei der Gewerkschaftsjugend zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. Dort ist der Herr Abgeordnete Dr. Gmoser erschienen und hat in einer sehr lockeren, flüssigen und heftigst beklatschten Rede – die haben alle so geklatscht wie Sie jetzt – Wortspiele verwendet wie, „der Unternehmer, der Herunternehmer“, da ist eines ins andere gegangen. Ich sage Ihnen etwas, das trägt nicht dazu bei, in der Steiermark ein wirtschaftsfreundliches Klima, das wir brauchen, zu kreieren. Das trägt genausowenig dazu bei, wie es beitragen würde, wenn man etwa in ein Inserat hineinschreiben würde, bitte schön, Österreich ist ein Wirtschaftsland, ein Investitionsland und außerdem sind wir gerade dabei, eine Arbeitszeitverkürzung – (Abg. Rainer: „Warum haben Sie das dem Abgeordneten Gmoser nicht gleich dort gesagt?“) Haben wir ihm so gesagt, oh, dem haben wir alles gesagt! (Abg. Rainer: „Dann paßt es nicht mehr her!“) Herr Kollege, dem haben wir alles gesagt! Oh ja, es paßt! Das paßt so gut her, wie vieles, was gerade Sie hier heute gesagt haben, mindestens so gut paßt es her!

Es ist das eine gefährliche Sache. Es will niemand niemandem den Mund verbinden. Nur, es hilft nichts, wenn man den Esel, der da schlägt, wenn man den sozusagen dann auch schlägt. (Abg. Ing. Turek: „Eine Jugendverhetzung war das!“) Der Gemeinderat Alpler war dabei. (Abg. Ileschitz: „Nicht die Gewerkschaft hat eingeladen!“) Nein, ich sage nicht, daß es die Gewerkschaft war, nur der Gmoser war es, und er ist von Ihrer Partei, und da glaube ich – (Abg. Rainer: „Wir werfen Ihnen auch nicht die unglücklichen Bemerkungen eines Piaty vor!“)

Aber bitte, aber Herr Kollege! Ich glaube, der Herr Halper war es, er hat uns die Ausführungen eines Schweizer Professors in Kärnten vorgeworfen, haben Sie uns vorgeworfen! (Abg. Halper: „Er war auf der ÖVP-Klubklausur!“) Aber entschuldigen Sie! Gmoser ist ein Vertreter der Sozialistischen Partei, der Professor aus der Schweiz ist nicht bei der ÖVP gewesen, und trotzdem darf man es hier sagen. Ich sage Ihnen nur, dieser Geist sollte nicht durch diese Räume ziehen und auch nicht hinaus ins Land, weil es ist sowieso heute für einen Unternehmer wirklich kein Honiglecken und überhaupt nicht lustig. (Abg. Preamberger: „Für die Arbeitnehmer auch nicht!“ – Abg. Dr. Dorfer: „Niemand beschimpft die Arbeitnehmer, nur die Arbeitgeber werden beschimpft!“) Das sagt ja auch niemand! Die Bereitschaft, Unternehmer zu werden, ist heute gering. Fragen Sie in Ihren Bezirken, wie viele Töchter und Söhne von Unternehmern heute lieber das sichere Brot als Beamter, als Angestellter, als Versorger suchen und das Risiko des Unternehmers gerne lassen. Die steuerliche Belastung ist wirklich hoch, auch vergleichsweise im internationalen Vergleich. Die Schwierigkeiten, die Probleme, die Vorschriften. Der Dr. Busek hat es einmal in Graz gesagt. Ein Gemischtwarenhändler muß 56 Gesetze und 66 Verordnungen einhalten. (Abg. Halper: „Aber nur in Wien. Wir sind in der Steiermark!“)

Das ist bei uns nicht viel anders. Es hat der Unternehmer genug Probleme, und gerade der kleinere und mittlere, der kein Volljurist, der in vielen Fällen eine Berufsausbildung gemacht hat ohne eine formale schulische Ausbildung etwa über die Matura hinaus, gerade der tut sich schwer genug, und den muß man nicht ständig in der Öffentlichkeit diskriminieren und damit noch den letzten Nipf nehmen. Genauso, meine sehr geehrten Damen und Herren, gehört es aber auch dazu, und da wende ich mich fast an die andere Seite, daß man erkennt, daß es natürlich nicht nur angeht, vom freien Wettbewerb zu reden und dann gleichzeitig auf Ladenschlußverordnungen, die in Wirklichkeit der Mentalität des vorigen Jahrhunderts entsprechen, zu bestehen. Leider ist hier eine totale Übereinstimmung zwischen der Gewerkschaft der Handelsangestellten und der Sektion Handel der Handelskammer. Nur paßt das gar nicht zu einer Wirtschaftsgesinnung und für ein Fremdenverkehrsland, denn in Salzburg, in Tirol, in Vorarlberg, in Kärnten laufen die Uhren völlig anders, und da gibt es die Probleme, die wir hier haben, überhaupt nicht. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – Abg. Dr. Dorfer: „Hier funktioniert die Sozialpartnerschaft!“)

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, damit es nicht zu lange wird, welche Instrumente hat die Wirtschaftsförderung derzeit zur Verfügung? Wenn ich jetzt sage Instrumente, dann ist das ein bißchen lockerer aufgefaßt, aber was sind so die wesentlichen Aktivitäten, die eingesetzt werden, nicht nur vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung, sondern überhaupt. Da ist einmal zunächst die Grazer Messe als ein ganz bedeutender Wirtschaftsfaktor und Wirtschaftsankurbelungsfaktor in der Steiermark. Ich glaube, es ist erwähnenswert, daß man doch sagt, daß ein Wechsel in der Leitung der Grazer Messe stattfindet, daß der sehr verdiente Direktor Stöffler in Pension geht, daß ein, wie wir hoffen, geeigneter Nachfolger gefunden

wurde und daß die Grazer Messe, die unter den österreichischen Messen in ihrer Erfolgsstatistik eine absolute Sonderstellung einnimmt, etwas, worauf der Präsident Höller wirklich zu Recht stolz ist, daß die Grazer Messe für die steirische Wirtschaft von ganz großer Bedeutung ist, jede Unterstützung braucht. Es ist ohnedies keine finanzielle Unterstützung notwendig, weil sie Gott sei Dank ein halbwegs gewinnbringendes Unternehmen ist. Im Rahmen des Wirtschaftsförderungreferates sind die Technova in Zusammenarbeit mit der Handelskammer und die Inofinanz zu nennen. Beide sind auf dem Sektor Technologietransfer, Finanzierung von technologischen Fortschritten, auch für kleine und mittlere Betriebe eingesetzt, funktioniert eigentlich viel besser, als man das nach so kurzer Zeit erwarten kann und bringt einen wirklichen Beitrag im Sinne einer Wirtschaftsförderung. Es haben der Exportring und die AWG im letzten Jahr sich aus verschiedenen Schwierigkeiten erholt und entwickeln sich jetzt sehr erfolgreich. Der Abgeordnete Dr. Pfohl ist zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates dort bestellt worden, und mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit nimmt er sich der Dinge an, und ich bin überzeugt, daß es auf Sicht ein großer Erfolg wird, wenngleich das ein sehr mühsamer Weg ist. Mühsam deshalb, weil es nicht leicht ist, kleine und mittlere Betriebe in den Export zu bringen, da es halt sehr vielen auch an der Erfahrung fehlt. Aber gerade dazu ist diese Einrichtung da, und sie bewährt sich. Ganz besonders gut bewährt sich der Verein für praktische Betriebsberatung. Das ist eine Einrichtung, die im wesentlichen auf die Vorstellungen des Präsidenten Feldgrill zurückgeht. Da wird gerade für den kleinen und mittleren Betrieb eine ganz wertvolle Arbeit geleistet im Sinne einer indirekten Wirtschaftsförderung. Es geht darum, diesen Betrieben zu helfen, die Stellen zu finden, wo ihnen geholfen werden kann, und zwar nicht nur mit Geld, sondern auch mit Rat und Tat, weil es eben notwendig ist, daß der kleinere und mittlere Unternehmer, der unmöglich ein Experte in allen Bereichen sein kann, in denen sein Unternehmen seiner Führung bedarf, daß er mit den Fachleuten zusammengebracht wird und auch die Schwellenangst überwindet, die er unwillkürlich spürt. Bis so einer über die Schwelle eines Büros geht, wo dann drinnen ein Universitätsprofessor sitzt, das ist halt nicht so einfach. Da gibt es alle möglichen Vorbehalte. Da muß man ihnen helfen, und das geschieht, und das bewährt sich.

Die Grundstücksbeschaffungsgesellschaft, ein nicht allseits beliebtes Kind, bewährt sich auch halbwegs. Der Herr Landesrat Dr. Klauser hat keine übertriebene Freude damit, aber ich muß ihm zugestehen, er unterdrückt seinen Groll manchenmal, und es geht eigentlich ganz gut. Sie leistet eine gute Arbeit und kann über einige, aus meiner Sicht, erfolgreiche Fälle berichten. Detto, die Beteiligungsfinanzierung. Das ist ein wichtiges Instrument, das hauptsächlich bisher eingesetzt wurde, um Unternehmen zu helfen, die in Schwierigkeiten gekommen sind und wo sich eine Hilfe lohnt. Wenn wir allen diesen Unternehmungen aus Budgetgeldern in einem Jahr helfen würden, so wie sie momentan Hilfe brauchen, dann wäre unser Wirtschaftsförderungsbudget bereits im März des jeweiligen Jahres aufgebraucht. Durch Einschaltung der Beteiligungsfinanzierung können wir das auf mehrere

Jahre erstrecken, mit der Hoffnung, diese Beteiligungen irgendwann loszuwerden und die Gelder flüssigzubekommen. Das ist der tiefere Sinn, und ich muß sagen, dank der Präsident Heidingerschen Genauigkeit und Akribie gehen wir dort keine übertriebenen wirtschaftlichen Risiken ein. Es ist heute schon erwähnt worden, ich glaube Präsident Ileschitz war es, betriebswirtschaftliches Institut, diese Gesundenuntersuchung für die Betriebe. Das ist eine wichtige Sache, das ist etwas, was wir unbedingt machen müssen. Die Verhandlungen laufen einerseits mit dem WIFI der Handelskammer, andererseits mit der ÖAF beziehungsweise mit der Forschungsgesellschaft Joanneum. Interessanterweise sind Projekte dieser Art auch jetzt in anderen Bundesländern interessant geworden und hat die Frau Minister Firnberg, wenn ich richtig unterrichtet bin, eine eigene Budgetpost für solche Dinge bekommen und hat sich mir gegenüber noch nicht, es ist noch nicht gelungen, einen Termin zu bekommen, aber anderen Bundesländervertretern gegenüber geäußert, daß sie an solchen Dingen sehr interessiert wäre. Wir liegen da nicht so weit weg. Herr Präsident, ich glaube, das wird auch für Sie erträglich sein. Sie waren da eher kritisch, aber ich glaube, das wird zu machen sein. Etwas, was ein nächster Schritt ist, der gesetzt werden muß und wo auch vorbereitende Verhandlungen laufen, ist eine Einrichtung, die etwa als Unternehmerakademie bezeichnet werden könnte. Dabei geht es schlicht um das Problem, daß der, der eine fachliche Ausbildung mit Meisterprüfung oder mit Abschluß einer berufsbildenden Schule oder eines akademischen Studiums absolviert hat, daß der noch lange nicht die Qualifikationen hat, um ein Unternehmer zu sein, daß er deswegen noch lange nichts versteht von Lohnverrechnung, Buchhaltung, betriebswirtschaftlichen Ziffern, daß er nichts vom Arbeitsrecht weiß, kurz und gut, daß dieser Neounternehmer oder einer, der sich selbständig machen will, eine Schulung braucht für den Beruf, den er dabei ist, zu ergreifen, nämlich Unternehmer zu werden. Das ist eine Forderung, die der Verein für Jungunternehmer seit langem aufgestellt hat. Die ÖAF ist jetzt dabei, sich mit dieser Frage ernstlich zu befassen, und ich hoffe, daß es gelingt, im Laufe des nächsten Jahres einen Grundkurs zusammenzubringen, wobei vorstellungsgemäß für die, die nicht im Nahbereich von Graz sind, dann eine Fernausbildung angeschlossen wird. Das ist etwas, was dann gar nicht unbedingt auf die Steiermark beschränkt sein muß, was über die Steiermark hinaus wirken könnte.

Wichtiges Instrument der Wirtschaftsförderung und der Wirtschaftsbelebung in diesem Land ist die Lehrlingsausbildung, unserer steirischen Berufsschulen. Die Steiermark war auf diesem Gebiet von Anfang an beispielgebend und soll es auch so bleiben.

Ich sage hier auf die Gefahr hin, daß ich Anstoß erzeuge, folgendes: Es ist notwendig, daß den jungen Leuten, die in der Berufsausbildung stehen, in der dualen Berufsausbildung, daß denen eine halbwegs gleichwertige Ausbildung in verschiedener Hinsicht geboten wird wie etwa den Schülern einer allgemeinbildenden höheren Schule. Das bezieht sich im wesentlichen auf den Turnunterricht. Ich glaube, es geht nicht an, daß die Hälfte der steirischen Jugend – und es ist die Hälfte der steirischen Jugend –, derzeit 30.641,

keinen Turnunterricht hat oder nur fallweise oder nur als Freigegegenstand, sondern ich glaube, es ist notwendig, daß wir auf Sicht dazu kommen, daß der Turnunterricht zumindest in den acht Wochen in der Berufsschule zu einem Pflichtgegenstand wird. (Allgemeiner Beifall.)

Es ist bedauerlich in dem Zusammenhang, daß wir durch das neue Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetz und die Auswirkungen, die dieses Gesetz mit sich gebracht hat, einen Rückschlag erlitten haben, weil man jetzt plötzlich daraufgekommen ist, daß einem Jugendlichen, der während seiner Berufsschulzeit Turnstunden und Religionsstunden genießt, daß man dem dafür im Anschluß an die Berufsschulzeit einen freien Urlaub, einen zusätzlichen Urlaub geben muß, weil er sich beim Turnunterricht und beim Religionsunterricht so angestrengt hat. Das sind die Auswirkungen eines unüberdachten Gesetzes, das effektiv zum Nachteil der Jugend ist. Aber alles Reden in dem Zusammenhang (Abg. Halper: „Ist aber begutachtet worden!“ - Abg. Dr. Dorfer: „Dallinger-Gesetz, kannst nichts machen!“) hat nichts genützt. (Abg. Dr. Dorfer: „Eine Begutachtung muß ja sein. Soweit sind wir noch nicht, daß sie ausgeschaltet wird!“)

Es hat nichts genützt, und durch eine falsch verstandene Jugendsozialgesetzgebung wird hier effektiv der Jugend ein Nachteil beschert und kein Vorteil. Trotzdem, und wir haben - glaube ich - administrative Maßnahmen gefunden, wie man die Auswirkungen dieses Gesetzes auf ein Minimum reduzieren kann. Trotzdem ist es notwendig, daß wir zu dem Turnunterricht kommen. Es hat die Abteilung ein Sportstättenprogramm für die Berufsschulen ausgearbeitet. Ich werde den Berufsschulbeirat mit diesen Vorstellungen befassen. Klar sein muß es uns, daß es zunächst einmal auch ein finanzielles Problem ist und daß man an der Lösung dieses finanziellen Problems arbeiten muß. Denn eines begreife ich auch - so leid es mir tut -, daß das Steiermärkische Landesbudget mit diesen Fragen zusätzlicher Belastungen nicht fähig ist. Aber vielleicht fällt uns irgend etwas Großartiges ein. Jedenfalls freut es mich, daß wir in diesem Punkt Übereinstimmung haben.

Ein ganz kurzes Streiflicht. Wesentlich ist für die Steiermark in manchen Bereichen die Steiermärkische Landesbahn. Das ist ein Service an der Bevölkerung, aber auch an der steirischen Wirtschaft. Die Steiermärkische Landesbahn hat eine Bedeutung. Ich will es Ihnen ersparen, hier viel darüber zu reden. Sie bekommen eine veröffentlichte Unterlage, die einen Vergleich herstellt zwischen den Leistungen der Steiermärkischen Landesbahn, der Bediensteten der Steiermärkischen Landesbahn und dem finanziellen Ergebnissen im Vergleich zur Bundesbahn. Es geht mir dabei überhaupt nicht darum zu sagen, daß wir besonders schlecht und die Bundesbahn besonders gut ist, sondern es geht mir nur darum - (Abg. Halper: „Umgekehrt!“) Nein, nein, ich habe es schon richtig gesagt!

Es geht mir nur darum, daß Sie ohne Vergleichsmaßstab kein Gefühl haben, was diese Ziffern bedeuten. Im übrigen zu Ihrer Beruhigung, pro Beschäftigten ist das Defizit der Steiermärkischen Landesbahn gleich hoch wie das der Bundesbahn, pro Beschäftigten, pro Betriebskilometer allerdings liegen wir etwa bei der Hälfte der Österreichischen Bundesbahn. Ich kann

nicht von mir aus sagen, was mehr wiegt. Aber es ist eine Information, die Sie bekommen sollen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde mich in aller Eile jetzt den aufgeworfenen Fragen zuwenden. (Abg. Ing. Turek: Lange ist es schon!“) Bitte? (Abg. Ing. Turek: „Es dauert schon lange!“) Ist es schon lange! Gut!

Da kann man nichts machen. Es haben die Abgeordneten Stoisser, Harmtodt, Schützenhöfer, Prensberger gesprochen. Ja, der Kollege Prensberger. Ich bin einer Meinung, wenn eine Firma schlecht geht, ist das Management schuld. Aber das Management besteht nicht nur aus dem Generaldirektor und vor allem nicht nur dann, wenn er der ÖVP angehört. Sondern dazu gehören auch die Aufsichtsräte, auch die Vorsitzenden und der Stellvertreter der Aufsichtsräte und der Eigentümervertreter, selbstverständlich, denn er bestellt ja schließlich und endlich die Aufsichtsräte. Er bestellt auch die sogenannten Manager, und die muß man alle mitrechnen, sonst hilft es nichts. Ich wundere mich, daß Sie darauf vergessen haben zu sagen, daß wir doch schon seit geraumer Zeit eine kräftige Mitbestimmung in den Aufsichtsräten seitens der Arbeitnehmer haben, und ich wundere mich, daß trotz Teilnahme immerhin zu einem Drittel die Verhältnisse nicht besser geworden sind, sondern die Ergebnisse - (Abg. Prensberger: „Das habe ich auch nicht gesagt!“) Na denn, dann paßt es ja! (Abg. Prensberger: „Wollte ich alles sagen, aber die vielen Zwischenrufe!“) Es war dann eine sehr lichtvolle Ausführung vom Herrn DDr. Steiner. Der Abgeordnete Trampusch hat für seinen Klub die Rolle des Schmutzkübelausschütters übernommen. (Abg. Trampusch: „Lesen Sie die ‚Tagespost‘!“) Herr Kollege Trampusch, ich halte es da mit dem Herrn Abgeordneten Horvatek, der aufgestanden ist und gesagt hat, „das ist billige Demagogie“, und ich glaube, als solche kann man es ruhig belassen. (Abg. Trampusch: „Sie vertragen die Wahrheit nicht! Das ist es!“)

Es hat der Herr Abgeordnete Rainer sehr ausführlich über das Kongreßzentrum in Wien gesprochen. Ich biete Ihnen eine Wette an: Sollte es tatsächlich sein, daß der Baustahl acht Wochen - wie Sie gesagt haben - Walzzeit in Donawitz gebraucht hat, so bin ich bereit, ein Inserat in die „Tagespost“ einzuschalten (Abg. Dr. Horvatek: „Bitte auch in die ‚Neue Zeit‘!“), wo ich meinen Fehler bekenne. Ich glaube, es war wesentlich weniger, weniger als die Hälfte. Im umgekehrten Fall macht er es in der „Neuen Zeit“. (Abg. Dr. Horvatek: „Beide in beiden Zeitungen!“) Und sollte tatsächlich italienischer Baustahl in Wien verwendet worden sein, werden Sie in der „Neuen Zeit“ ein Richtigstellungsinsert einer Viertelseite aufgeben und im umgekehrten Fall ich in der „Tagespost“. Wenn Ihnen das recht ist. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Rainer: „Ich werde zuerst mit dem Abgeordneten Burgstaller reden, ob ihm das paßt, denn er hat die Modalitäten erfunden!“)

Der Herr Kollege Ileschitz hat sich über das Wirtschaftsförderungsprogramm und über das Budget aufgehalten. Das Arbeitsplatzsonderprogramm ist Ihnen zugegangen. Jedenfalls hat es der Herr Chefredakteurstellvertreter Grieb der „Neuen Zeit“ entgegengenommen. Ich weiß schon, das ist nicht seine Aufgabe, Ihnen das zu geben. Es ist jedenfalls nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit verteilt worden. (Abg. Ileschitz:

„Haben es unsere Regierungsmitglieder bekommen?“ Das weiß ich nicht, aber wahrscheinlich, und wenn sie es nicht bekommen haben, dann bekommen sie es noch. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich habe festgestellt, daß das übersandt wurde und längst bei Ihnen sein müßte!“ – Landesrat Dr. Klausner: „Herr Landeshauptmann, ich habe es und werde in meiner Rede darauf eingehen!“) Sehr gut, ausgezeichnet. Jedenfalls wird der Herr Kollege Dr. Klausner hoffentlich auch auf die Frage des vorgezogenen Kraftwerkbaues der STEWEAG eingehen, denn er ist im Aufsichtsrat. Er kennt die Unterlagen, und ich habe hier eine Liste, und es wird Ihnen dieselbe zur Verfügung stehen, wo ganz genau steht, welches Kraftwerk für welches Jahr geplant war und wann es jetzt darankommt. Aber in Wirklichkeit braucht man sich nicht aufzuregen, die Dinge kommen sowieso an den Tag. Eines möchte ich nur vorlesen, das ist eine Aussendung des Instituts der Wirtschaftsforschung, ein unverdächtiger Zeuge, die sagen über das steirische Landesbudget. Vielleicht haben sie unrecht, aber sie sagen es. Und man hält sich halt an die Wissenschaftler. Pro Milliarde Schilling sind jetzt 747 Millionen Schilling nachfragewirksam. Beim Bund hat sich im Voranschlag sogar eine leichte Veränderung zu den weniger nachfragewirksamen Ausgaben ergeben. Das bitte nur zur Frage der Wirtschaftswirksamkeit des Steiermärkischen Budgets. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist das Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung!“)

Es ist schwierig, Herr Präsident, wenn Sie einerseits sagen, daß der Schuldenstand des Landes Steiermark so hoch ist, die Ziffern stimmen nicht, die Schulden sind meiner Information 7 Milliarden Schilling, die Forderungen sozusagen sind 17 Milliarden Schilling. Man darf ja nicht nur die eine Seite der Bilanz anschauen, sondern muß die andere auch sehen. (Abg. Ileschitz: „Ich habe alles angeschaut!“) Das heißt, das Land Steiermark hat 17 Milliarden Schilling ausgeliehen und sich mit nur 7 Milliarden verschuldet. (Abg. Loidl: „Wer ist uns 17 Milliarden Schilling schuldig?“) Wohnbaudarlehen, Wirtschaftsförderungsdarlehen und dergleichen mehr. (Abg. Ing. Turek: „Das hat der Ileschitz behauptet!“ – Abg. Trampusch: „Polemik!“) Das ist keine Polemik, das ist eine sachliche Feststellung. Es tut mir leid, wenn Sie hier etwas Unrichtiges behaupten, Herr Kollege.

Im übrigen, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu Ihrer Erlösung darf ich mitteilen, daß ich zum Schluß gekommen bin. Ich bedanke mich beim Steiermärkischen Landtag, mit Ausnahme des Abgeordneten Turek, für die Geduld, mit der Sie mir zugehört haben. Ich bedanke mich auch, und zwar weil niemand dort in Pension geht, bei den Mitarbeitern der mir unterstellten Abteilungen, und zwar von oben bis unten. Ich bedanke mich besonders bei den Damen und Herren meines Büros, die fallweise auch meine Launen zu ertragen haben und trotzdem eigentlich immer lächeln. (Abg. Brandl: „Wir müssen es auch aushalten!“)

Ich bedanke mich beim Herrn Landeshauptmann für das geschenkte Vertrauen und für die Unterstützung, mit der er Aktionen, die nicht immer ganz einfach zu tragen sind, erduldet. Ich bedanke mich beim Herrn Kollegen Klausner, mit dem ich am meisten zu tun habe, weil er durch die Landeshaftungen der Wirtschaftsförderung in vielen Fällen mit dabei ist. Die Zusam-

menarbeit ist aus meiner Sicht wirklich mehr als befriedigend, wobei die persönliche Ansprache, je nachdem, ob er mit dem linken oder mit dem rechten Fuß in der Früh aufgestanden ist, unterschiedlich ist. (Landesrat Heidinger: „Sie haben gesagt, Sie haben Launen!“) Aber das geht jedem von uns so, daß wir einen linken und einen rechten Fuß haben. Ich bedanke mich beim Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Gross und beim Herrn Landesrat Gruber, die verschiedentlich, entweder als Betriebsräte oder Gewerkschaftsfunktionäre, mit der Bundesregierung oder anderen Stellen in Sachen Wirtschaftsförderung Gespräche führen und mir sogar fallweise davon Informationen zukommen lassen. Jedenfalls habe ich keine Probleme damit, möchte ich sagen. (Abg. Brandl: „Beißen von A bis Z!“)

Und nicht zuletzt bedanke ich mich beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart für die noble Haltung, die er bei der Übergabe des Ressorts Fremdenverkehr an mich an den Tag gelegt hat. Ich hoffe, daß, wenn einmal die Stunde kommt, wo ich etwas abzugeben habe, daß es mir dann gelingt, das genauso männlich und mit der von ihm an den Tag gelegten Disziplin zu tun. (Abg. Brandl: „Disziplin ist das richtige Wort!“) Wenn wir in der Frage selbständiger Wirtschaftskörper und andere Wirtschaftskörper auch auf so viel Verständnis stoßen werden, wo es nämlich gar nicht darum geht, daß Kompetenzen weggenommen werden, sondern nur Änderungen in der Arbeitsweise sind, dann werde ich das genauso mit Dank und Anerkennung feststellen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 7 liegt nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Dr. Eichinger: Ich verzichte schweren Herzens auf das Schlußwort und bitte um Annahme der Gruppe 7.

Präsident: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wenn Sie den Posten und Ansätzen der Gruppe 7 zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Die Gruppe 7 ist einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, für die unerläßliche Lüftung des Saales unterbreche ich die Sitzung auf zehn Minuten bis 20.30 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung von 20.20 Uhr bis 20.30 Uhr.)

Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochenen Verhandlungen wieder auf. Wir kommen zur Gruppe 8, Dienstleistungen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hubert Schwab. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schwab: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Gruppe 8 behandelt die Dienstleistungen und sieht Einnahmen in der Höhe von 75,305.000 Schilling und Ausgaben von 155,313.000 Schilling vor. Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich um Annahme.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme zur Abstimmung. Ich bitte die Damen und

Herren um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie den Ansätzen zustimmen.

Die Gruppe 8 ist somit einstimmig angenommen.

Gruppe 9, Finanzwirtschaft. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Dieter Strenitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident!

Die Gruppe 9 sieht Einnahmen in der Höhe von 8.917.402.000 Schilling vor. Denen stehen Ausgaben gegenüber in Höhe von 2.285.904.000 Schilling.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt vor, und zwar wünscht der Herr Landesrat Dr. Klauser zu sprechen.

Landesrat Dr. Klauser: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die ganze Budgetdebatte hat sich vor allem um die Frage der Sicherung von Arbeitsplätzen gedreht. Der Herr Landeshauptmann hat schon in seiner Pressekonferenz am 30. November 1982 eine Unterlage ausgegeben, in der dargestellt wird, daß mit dem steirischen Arbeitsplatzsonderprogramm 16.570 Arbeitsplätze gesichert werden. Um Mißverständnisse zu vermeiden, ich habe davon in der Zeitung gelesen und mir diese Unterlage vom Herrn Redakteur Grief besorgt. Daher kann ich dazu Stellung nehmen. In der dort aufscheinenden Statistik sind im wesentlichen zwei verschiedene Gruppen von Investitionsprogrammen enthalten. Die eine Gruppe, nämlich der Kraftwerksbau, der forcierte Wasserkraftwerksbau, das Landeshochbauprogramm und das Landesstraßenprogramm, ist mit Beträgen ausgewiesen, die mit den Budgetziffern ident sind, auf denen sie aufbauen und die dem Beschäftigungseffekt zugrunde gelegt sind. Beim Landeswohnbauprogramm und beim Programm für Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung ist offensichtlich einzubeziehen, was von dritter Seite für diese Investitionen beigetragen wird. Zum Landeswohnbauprogramm hat Herr Landesrat Koiner selbst von einer bauwirksamen Summe von etwa 2 Milliarden Schilling für 1983 gesprochen. In dieser grünen Statistik scheinen 4 Milliarden Schilling auf. Beim Abwasser- und Wasserprogramm ist eine Summe von einer Milliarde Schilling ausgewiesen. Im Landesbudget sind rund 157 Millionen Schilling an bauwirksamen Landesmitteln enthalten, wozu noch die 76,4 Millionen Schilling kommen, die das Land aus dem dritten Mehrwertsteuersatz an den Wasserwirtschaftsfonds zahlt. Ich habe vergleichen lassen, meine Damen und Herren, welcher Beschäftigungseffekt unter Zugrundelegung der jeweiligen Budgetziffern und derselben Multiplikatoren beziehungsweise Relationen von Drittinvestitionen und Beschäftigungseffekt für die Jahre 1978 bis 1983 festgestellt werden kann. Nur ein solcher Vergleich mit Budgetansätzen anderer Jahre scheint mir ein richtiges Bild für die Anstrengungen, aber auch für die Grenzen des Landes zu geben.

Für das Jugendbeschäftigungsprogramm ist ein solcher Vergleich nicht möglich, weil es erstmals im Budget 1983 aufscheint. Es ist mit 1600 Arbeitsplätzen bewertet, bei einem Budgetaufwand von etwas mehr als 15 Millionen Schilling, dem übrigen Vergleich liegt

daher die Statistik des Sonderprogrammes für 14.970 Arbeitsplätze zugrunde. In der Berechnung des Beschäftigungseffektes wurde vom Herrn Landeshauptmann ein Arbeitsplatz mit einer Investitionssumme von 500.000 Schilling gleichgesetzt. Ich habe für die vergangenen Jahre der Berechnung des Beschäftigungseffektes jeweils die um den jeweiligen Index verringerte Gesamtsumme zugrunde gelegt, woraus sich zum Beispiel für das Jahr 1978 auf Grund der in der Zwischenzeit eingetretenen Kaufkraftänderung eine Berechnungsgrundlage von 383.000 Schilling pro Arbeitsplatz ergibt. Diese Statistik, die ich im übrigen selbstverständlich zur Verfügung stelle, ergibt folgendes Bild: beim Landeswohnbauprogramm für 1983 – wie gesagt – 8000, 1982 8900, 1981 9697, 1980 8616, 1979 8000, 1978 7856 Arbeitsplätze. Ich möchte Ihnen die einzelnen Ziffern hier ersparen und gleich zur Gesamtsumme kommen: 1983 14.970, 1982 16.579, 1981 17.087, 1980 15.824, 1979 16.098, 1978 16.964 Arbeitsplätze. Im einzelnen ist vielleicht am bemerkenswertesten, daß sich im Bereich von Großbauvorhaben die Umsetzung von Baubeschlüssen in tatsächliche Bauarbeiten nicht so ohne weiteres bewerkstelligen läßt. Die sogenannten Präliminäre der STEWEAG werden, die also ihre Vorhaben beinhalten werden, wie wir erst unlängst in einer Diskussion im Arbeitsausschuß der STEWEAG festgestellt haben, normalerweise nur zu 70 bis 75 Prozent erfüllt. Wenn daher die STEWEAG im Präliminar für 1982 Großbauvorhaben für mehr als 1800 Millionen Schilling vorgesehen hat, heißt dies von vorneherein, daß vermutlich nur zwischen 1300 und 1400 Millionen Schilling tatsächlich realisiert werden. Für 1983 sind an solchen Großbauvorhaben 1531 Millionen Schilling präliminiert, was erwarten läßt, daß in der Realisierung ungefähr 1100 Millionen Schilling übrigbleiben werden.

Am raschesten lassen sich Baubeschlüsse noch immer, trotz aller bekannten Schwierigkeiten, im Wohnbau umsetzen. Der Herr Abgeordnete Turek hat nach meiner persönlichen Meinung zum Sonderwohnbauprogramm gefragt. Natürlich kann der Finanzreferent mit einer langjährigen zusätzlichen Belastung, die von rund 13 auf rund 33 Millionen Schilling im dritten Jahr steigt und dann langsam wieder gegen 20 Millionen Schilling hin fällt, keine Freude haben. Auch sind die Kosten pro Wohnung für das Landesbudget sicherlich hoch, obwohl zumindest bisher im Hohen Haus diesen Kosten noch niemand die doch nennenswerten Ersparnisse bei der Wohnbeihilfe und beim Eigenmitelersatzdarlehen entgegeng gehalten hat.

Ich persönlich glaube daher, daß in der gegenwärtigen Situation dieses Programm zur Arbeitsplatzschaffung als eine Art Wirtschaftsförderung von Bau- und Baunebengewerbe gerechtfertigt und notwendig ist.

Zur Frage nach dem Ausweis der Investitionen, Kollege Turek:

Seit der VRV geschieht dies, ich muß dies zugeben, in unbefriedigender Weise. Ich habe die Frage zum Anlaß genommen, eine entsprechende Ausweisung ab dem Voranschlag 1984 zu veranlassen. Für das Jahr 1983 finden sich in den Kennziffern 2 und 3 direkte Investitionen von fast 816 Millionen Schilling. Wenn man dazu die Investitionsförderungen in anderen Bereichen der Wirtschaft sowohl an Zuschüssen wie an Darlehen in der Höhe von mehr als 3,7 Millionen

Schilling hinzuzählt, ergibt sich eine Summe von 4.519,440.000 Schilling oder 21,68 Prozent des Landeshaushaltes. Im Vorjahr waren es 23,70 Prozent. In der Diskussion hat es Meinungsverschiedenheit zwischen dem Herrn Kollegen Ofner und dem Herrn Landeshauptmann über die Höhe der Mittel gegeben, die das Land für Wasser und Abwasser nächstes Jahr ausgeben wird. Diese Meinungsverschiedenheit ergibt sich daraus, daß der Herr Kollege Ofner von jenen Mitteln gesprochen hat, die direkt den Bauträgern solcher Vorhaben vom Land zur Verfügung gestellt werden, der Herr Landeshauptmann hat dieser Summe wieder den Betrag an den Wasserwirtschaftsfonds aus den Erträgen des dritten Mehrwertsteuersatzes zugezählt.

Bekanntlich wurde anlässlich der Gründung des sogenannten KRAZAF – ich bitte für den Namen um Entschuldigung, ich habe ihn nicht erfunden – Krankenanstaltenzusammenarbeits- und -finanzierungsfonds – im Jahre 1978 dieser dritte Mehrwertsteuersatz eingeführt und sein Ertrag zwischen diesem KRAZAF und dem Wasserwirtschaftsfonds aufgeteilt. Seit 1978 hat das Land an Abwasser- und Wasserbautenförderung beziehungsweise an Zuschüssen zum Wasserwirtschaftsfonds folgende Mittel veranschlagt beziehungsweise abgerechnet:

Rechnungsabschluß 1978:	S 215,371.000,-	S 35,206.000,-
Rechnungsabschluß 1979:	S 141,964.000,-	S 60,716.000,-
Rechnungsabschluß 1980:	S 95,236.000,-	S 67,562.000,-
Rechnungsabschluß 1981:	S 94,095.000,-	S 71,088.000,-
Voranschlag 1982:	S 106,805.000,-	S 72,800.000,-
Voranschlag 1983:	S 156,805.000,-	S 76,440.000,-

Zur Jugendförderung hat der Herr Landeshauptmann zum Kollegen Erhart von einer Vereinbarung mit mir gesprochen, wonach er im Jahre 1983 diese Ansätze mit einer Million Schilling nachbedecke.

Ich muß dazu feststellen, daß die Richtlinien für die Vorbereitung des Budgets 1983 selbstverständlich generell einen strengen, manche meinen, einen zu strengen Maßstab angelegt haben. Dies hat im Zuge der Verhandlungen zu einer solchen Fülle von Wünschen geführt, daß sie alle künftigen Richtlinien im Falle ihrer Verfügung ad absurdum geführt hätten. Wir haben daher vereinbart, daß im Jahre 1983 gewisse Globalbeträge zu Nachbedeckungen zur Verfügung gestellt werden, ohne daß in der Budgetvereinbarung bereits fixiert worden wäre, für welche der offenen Wünsche diese Nachbedeckungsbeträge verwendet werden. Daher hat aus meiner Sicht sowohl der Herr Kollege Erhart recht, aber auch der Herr Landeshauptmann, nachdem er hier zugesagt hat, aus diesem Globalbetrag der Nachbedeckung eine Million Schilling für die Jugendförderung zu verwenden.

Schließlich möchte ich zu den Ausführungen des Herrn Landesrat Heidinger bemerken, daß es zwar unvermeidlich sein wird, daß das Budget unserer Krankenanstalten nicht nur in Ziffern, sondern auch, was ihren realen Wert anlangt, größer werden wird. Ich sehe allerdings den Sinn der Bemühungen um eine andere Organisation, also um das, was wir derzeit die Verhandlungen um den eigenen Wirtschaftskörper

nennen, darin, zumindest die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben zu verkleinern und damit zu einer tatsächlichen Verringerung der Belastung des Landeshaushaltes zu kommen.

Ich hoffe, daß es uns auch möglich sein wird, dieses Ziel zu erreichen. Der Herr Landesrat Fuchs hat meinen Kollegen vom sozialistischen Landtagsklub und mir selbst ein langes Sündenregister vorgehalten, ich möchte darauf nicht eingehen. Ich weiß nicht, wie ich das tun sollte, und ich jedenfalls bin fast geneigt, einen Bibelspruch zu zitieren: „Wer ohne Tadel ist, der werfe den ersten Stein.“ Ich möchte ihn nicht einmal zurückwerfen.

Bei den Strukturen des österreichischen Finanzausgleiches kann niemand von einem davon abhängigen Budget Wunder erwarten. Wir haben uns jedoch bemüht, für das Land und alle, die dafür tätig sind, auch für 1983 eine brauchbare Grundlage zu schaffen. Die Budgetdebatte erlaubt mir trotz mancher Auseinandersetzungen manchmal recht lebhafter Natur den Schluß, daß Sie, meine Damen und Herren, mit mir übereinstimmen, und dafür möchte ich allseits schönen Dank sagen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich bitte um ein Händezichen, wenn Sie mit den Posten und Ansätzen der Gruppe 9 einverstanden sind. Die Gruppe 9 ist einstimmig angenommen. Wir kommen zum außerordentlichen Haushalt. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Der außerordentliche Haushalt besteht bekanntlich aus dem Normalprogramm und aus dem Arbeitsplatzförderungs- und Strukturprogramm mit einem Gesamterfordernis von 635,412.000 Schilling. Ich bitte um Annahme der Ansätze des außerordentlichen Haushaltes.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Wer ihm zustimmt, möge ein Händezichen geben. Der außerordentliche Haushalt ist einstimmig angenommen. Wir kommen nun zu den 15 Beschlüssen des Landesvoranschlages 1983. Ich schlage vor, in zwei Teilen abstimmen zu lassen, und zwar im ersten Teil über die 14 Beschlüsse, welche von allen drei im Hohen Haus vertretenen Parteien unterstützt werden, und im zweiten Teil über den Beschlüssenantrag, der nur von der Österreichischen Volkspartei unterstützt wird.

Es handelt sich hierbei um den Antrag, mit dem die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert wird, dafür Sorge zu tragen, daß die Beiträge an die Kammer der gewerblichen Wirtschaft zum Personalaufwand der Erzieher in den Internaten, der Landesberufsschulen in Hinkunft nicht im nachhinein, sondern zu etwa zwei Dritteln des Gesamtbetrages im vorhinein a conto bezahlt werden und nach Vorliegen der Jahresabrechnung am Ende eines Schuljahres der Restbetrag an die Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Steiermark zur Ausbezahlung gelangt.

Ich frage nun den Herrn Berichterstatter Abgeordneten Hans Brandl, ob er den Antrag stellt, über die Beschlüssenanträge in dieser Reihenfolge abzustimmen.

Abg. Brandl: Herr Präsident, ich stelle diesen Antrag.

Präsident: Ich ersuche nun die Damen und Herren, welche den 14 Beschlußanträgen des ersten Teiles des Mündlichen Berichtes Nr. 26 Ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Die Beschlußanträge der ersten Gruppe sind somit mit Ausnahme von zwei Stimmen angenommen. Nun ersuche ich die Damen und Herren, welche dem Beschlußantrag des zweiten Teiles zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Ich stelle fest, daß dieser Beschlußantrag mit den Stimmen der Österreichischen Volkspartei angenommen ist. Das ist die Mehrheit.

Dienstpostenplan.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hermann Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der detaillierte Dienstpostenplan liegt Ihnen auf. Ich möchte nur die wesentlichen Hauptzahlen des Dienstpostenplanes für 1983 nennen. In der Hoheitsverwaltung sind Dienstposten in der Größe von 2950 präliminiert, dazu kommen die Sozialhilfverbände mit 361, die Fachabteilungsgruppe Landesbaudirektion und Bezirksbauleitungen, Straßenerhaltung mit 2564, so daß die Dienstposten der Hoheitsverwaltung eine Summe von 5875 ergeben. Sanitätsanstalten einschließlich der Schulen für Sanitätspersonal und Altenpflegeheime des Landes 8696, sonstige Dienststellen 1723, Wirtschaftsbetriebe 543, so daß sich insgesamt ein Personalstand von 16.837 Bediensteten ergibt, das sind um 60 mehr als 1982. Ich darf Sie um die Annahme des Dienstpostenplanes 1983 ersuchen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich schreite zur Abstimmung und ersuche um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Kraftfahrzeugsystemisierungsplan.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Zahl der systemisierten Kraftfahrzeuge des Landes und seiner Betriebe ist gegenüber dem Vorjahr fast unverändert. Ich ersuche um Annahme.

Präsident: Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, möge ein Händedeichen geben. Damit ist der Kraftfahrzeugsystemisierungsplan einstimmig angenommen. Wir haben noch über den Antrag des Hauptberichterstatters über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 280/1, abzustimmen. Ich erteile dazu dem Herrn Abgeordneten Hans Brandl das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich wiederhole meinen Antrag und bitte um Ihre Zustimmung.

Präsident: Wer mit den Ansätzen der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 280/1, einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben. Damit ist der Landesvoranschlag 1983 einschließlich Dienstpostenplan und Kraftfahrzeugsystemisierungsplan einstimmig angenommen.

Meine verehrten Damen und Herren! Nach einer Dauer von fast 35 Stunden haben sich 56 Abgeordnete und neun Regierungsmitglieder zu insgesamt 104 Wechselreden gemeldet. Damit hat das Hohe Haus die Beratungen über den Landesvoranschlag 1983 und die auf der Tagesordnung stehenden weiteren Punkte beendet und das Arbeitsjahr abgeschlossen. Es wurden 73 Anträge von Abgeordneten, 89 Regierungsvorlagen, davon 20 Gesetzesvorlagen, ein Auslieferungsbegehren, drei Anträge des Gemeinde- und Verfassungsausschusses und des Kontroll-Ausschusses, ein Antrag des Ausschusses für Landeskranken-, Heil- und Pflegeanstalten und eine dringliche Anfrage eingebracht sowie 112 Beschlüsse, davon 23 Gesetzesbeschlüsse, gefaßt. Außerdem wurden bei vier Landtagssitzungen, die mit einer Fragestunde begannen, 42 Anfragen von Abgeordneten eingebracht. Von besonderer Bedeutung war auch die Arbeit der Landtagsausschüsse, welche in 50 Sitzungen die vom Landtag beschlossenen Vorlagen vorbereitet haben. Soweit zur notwendigen statistischen Information.

Wir kommen nun zum dritten Punkt der Tagesordnung.

3. Bericht des Landwirtschafts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 240/3, zum Antrag der Abgeordneten Zinkanell, Prutsch, Meyer, Freitag und Genossen, betreffend die Gewährung einer raschen Hilfe für die Unwettergeschädigten vom 26. und 27. Juni 1982.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Josef Prutsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prutsch: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich stelle den Antrag, den Bericht Zl. 240/3 der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Zinkanell, Prutsch, Meyer, Freitag und Genossen, betreffend die Gewährung einer raschen Hilfe für die Unwettergeschädigten vom 26. und 27. Juni 1982 namens des Landwirtschafts-Ausschusses zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

4. Bericht des Landwirtschafts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 259/1, Beilage Nr. 28, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Fischereigesetz 1964 geändert wird.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Erich Pörtl.

Abg. Pörtl: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Gesetzesvorlage, Beilage 28, wurde im Landwirtschafts-Ausschuß eingehend beraten und einstimmig beschlossen. Ich stelle den Antrag um Annahme dieser Vorlage.

Präsident: Die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, mögen ein Zeichen mit der Hand geben. Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

5. Bericht des Landwirtschafts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 284/1, betreffend den Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gottfried Grillitsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Grillitsch: Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Gemäß § 17 des Steirischen Landwirtschafts-Förderungsgesetzes ist jährlich ein Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark zu erstatten. Dieser Bericht hat auch eine Zusammenstellung aller auf Grund dieses Gesetzes durchgeführten Förderungsmaßnahmen. Es wurde am 30. September 1982 der Entwurf einstimmig angenommen. Ich stelle hier den Antrag, der Hohe Landtag möge den Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark zur Kenntnis nehmen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Wenn Sie ihm zustimmen, bitte ich um ein Händenzeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

6. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 293/1, betreffend die Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG der Krankenanstaltenfinanzierung und Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Hans Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Im Namen des Finanz-Ausschusses darf ich den Antrag stellen und bitten, dieser Vorlage die Zustimmung zu geben.

Präsident: Wer dem Herrn Berichterstatter zustimmt, möge ein Händenzeichen geben.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich nehme die Gegenstimme der beiden Abgeordneten der Freiheitlichen Partei, die diesem Antrag nicht beigetreten sind, zur Kenntnis.

7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 281/1, betreffend den Ankauf des Berufsschulzentrums Graz-St. Peter von der Stadtgemeinde Graz.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete DDr. Gerd Stepantschitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. DDr. Stepantschitz: Meine Damen und Herren! Auf Grund einer geänderten Gesetzeslage ist das Land verpflichtet, die bisher von der Stadt Graz geführten Berufsschulen zu übernehmen. Um dies zu ermöglichen, sind die in der Vorlage angeführten Grundkäufe erforderlich. Ich darf im Namen des Finanz-Ausschusses um Annahme bitten.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich ersuche die Damen und Herren, die ihm zustimmen, ein Händenzeichen zu geben.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 282/1, Beilage Nr. 31, Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark.

Abgeordneter Brandl ist wieder Berichterstatter. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren!

In diesem Gesetz sind die Bedingungen festgehalten, unter denen die Steiermärkische Landesregierung ermächtigt wird, Darlehen bis zur Höhe von 900 Millionen Schilling aufzunehmen. Ich darf um Annahme ersuchen.

Präsident: Wer diesem Antrag zustimmt, möge ein Händenzeichen geben. Danke, der Antrag ist einstimmig angenommen.

9. Bericht des Gemeinde-, Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 294/1, Beilage Nr. 34, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Bezügegesetz geändert wird (Steierm. Bezügegesetz-Novelle 1982).

Berichterstatter ist Abgeordneter Univ.-Prof. Dr. Bernd Schilcher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Schilcher: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Mit der vorliegenden Gesetzesänderung werden die Bezüge, Zulagen und Auslagensätze der Abgeordneten des Steiermärkischen Landtages sowie der Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung auf dem Stand 1. Jänner 1982 eingefroren. Das heißt, die erwähnten Bezüge nehmen bis zum 1. Jänner 1986 an den generellen Bezugserhöhungen der Landesbeamten, die zuletzt 6 Prozent betragen, nicht teil. Eine Nachziehung der zwischenzeitlichen Bezugserhöhungen bei Landesbeamten findet nicht statt. Diese Maßnahme bedeutet, wie Sie der Presse entnehmen konnten, für die einzelnen Mandatäre und Mitglieder der Landesregierung einen realen Einkommensverlust von rund 20 Prozent. Der Steiermärkische Landtag setzt mit dieser Gesetzesänderung als erste österreichische Gebietskörperschaft ein deutliches Zeichen der Solidarität mit allen Steirerinnen und Steirern, aber vor allem mit jenen, die in diesen schweren Zeiten entweder keine Arbeit finden können, arbeitslos geworden sind oder von Kurzarbeit betroffen wurden. Gleichzeitig mit dem Einfrieren der Bezüge beschließt der Steiermärkische Landtag noch folgende Maßnahmen:

1. Künftig wird nur noch eine einzige Amtszulage, nämlich die höchste, für die Berechnung des Ruhegenußbezuges herangezogen. Diese Regelung wirkt auch zurück.
2. Künftig wird ein Mitglied des Steiermärkischen Landtages beziehungsweise der Steiermärkischen Landesregierung, das zwar länger als drei Jahre seine Funktion ausübt, keinen Anspruch auf Ent-

schädigung haben, wenn es nach seinem Ausscheiden ein Mitglied der Bundesregierung, des Nationalrates, des Bundesrates, der Volksanwaltschaft, des Grazer Stadtsenates oder wenn es zum Bundespräsidenten, zu Staatssekretären, zum Präsidenten, Vizepräsidenten des Rechnungshofes oder zum Bürgermeister eines Ortes mit mehr als 5000 Einwohnern gewählt beziehungsweise ernannt wird.

Namens des Gemeinde-, Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses stelle ich den Antrag, die vorliegende Gesetzesänderung zu beschließen.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

10. Wahl in den Bundesrat.

Der Herr Bundesrat Dr. Paul Kaufmann hat mit Wirkung vom 31. Dezember 1982 sein Mandat als Mitglied des Bundesrates zurückgelegt.

Für die Nachrückung auf dieses Mandat ist auf Vorschlag der Österreichischen Volkspartei Herr Gesandter Dr. Friedrich Höess, der bisher Ersatzmitglied war, vorgesehen.

Für die Nachfolge als Ersatzmitglied schlägt die Österreichische Volkspartei Herrn Kammerobmann Reinhold Purr vor.

Ich bitte die Damen und Herren des Hohen Hauses, die diesem Vorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Wahlvorschlages fest und frage den Herrn Klubobmann der Österreichischen Volkspartei, Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, ob die beiden gewählten Herren die Wahl annehmen.

Landeshauptmann Dr. Josef Krainer: Die beiden gewählten Herren nehmen die Wahl an.

Präsident: Der erforderliche Wahlvorgang in den Bundesrat ist damit durchgeführt.

Ich erteile nun Herrn Landeshauptmann Krainer das Wort.

Landeshauptmann Dr. Krainer: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wieder einmal ist diese lange und umfassende Sitzung des Steiermärkischen Landtages zur Beratung des Landesbudgets an ihrem Ende angelangt. Und nicht wenige mögen sich wohl immer wieder auch gefragt haben – und ich schließe mich durchaus ein –, ob die Form, in der wir diese Debatte führen, sozusagen das Optimum repräsentiert im Hinblick auf das, was eigentlich gemeint ist mit einer solchen Debatte. Und da gibt es sicherlich Zweifel, und jeder von uns hat sie immer wieder. Aber summa summarum wird man wohl sagen können, so ergeht es jedenfalls auch mir und nicht zum ersten Mal, es ist anstrengend, es ist manches Mal über Gebühr lang in diesem oder in jenem Punkt. Aber alles in allem ist es einfach eine große Debatte der eigentlichen Probleme unseres Landes. Ich glaube, daß es kaum ein Mitglied dieses

Hauses gibt, das nicht am Ende dieser Diskussion Antworten bekommen hat, neue Fragen natürlich auch, immerhin Einsichten gewonnen hat, die ihm persönlich und darüber hinaus in seiner Funktion als Volksvertreter oder auch als Mitglied der Regierung die Möglichkeit eröffnet, da und dort ein klärendes, ein Wort auch der Einsicht zu sprechen. Und dieser vorletzte Akt mit der Präsentation des Gesetzesbeschlusses hinsichtlich des Einfrierens der Bezüge, den Professor Schilcher für den Ausschuß hier vorgetragen hat, ist eigentlich ein sehr beachtliches Signal, das viele von uns gar nicht erwartet haben und von dem auch viele geglaubt haben, das sei quasi eine Augenwischerei. Es ist auch so geschrieben worden da und dort. Und ohne jede Selbstbeweihräucherung dieses Hauses – glaube ich – ist das ein Beschluß, der weit über vieles hinausgeht, was hier beschlossen wurde in diesem Haus in dieser Zeit, und von eminenter Bedeutung ist. Und ich möchte mir nichts anmaßen, aber ich möchte Ihnen sehr herzlich danken, weil wir mit den Obmännern der im Landtag vertretenen Parteien in großer Übereinstimmung diese Vorlage beschlossen haben und weil ich Ihnen gerne auch sage, daß ich als Landeshauptmann, der ja dem Bezügegesetz des Bundes untersteht, mit der Rechtsabteilung 1 und auch mit dem Landesrechnungshofdirektor abgesprochen habe, daß ich mich, sofern die Änderung des Bezügegesetzes im Bund nicht jenes Maß erreicht, das Sie für Ihre Bezüge beschlossen haben, die Differenz auf Ihre Bezugsreduktion gerne und freiwillig einer wohltätigen Organisation zur Verfügung stellen werde, wenn ich vom Gesetz her eine andere Möglichkeit nicht habe, auch mit Ihnen meine Solidarität zu bekunden.

Diese Debatte ist auch immer eine Gelegenheit und sie wird in aller Reditlichkeit und auch in aller Form immer wieder benützt, Dank auszusprechen, insbesondere auch jenen, die aus den Diensten der Landesregierung scheiden, hochverdienten Männern, aber jeder einzelnen Frau und jedem einzelnen Herrn, der die Pensionsgrenze erreicht hat. Was mich aber ganz besonders, und ich glaube, Sie alle heute sehr berührt hat, war die Abschiedsrede des Abgeordneten Zinkannell in ihrer unglaublichen Präzision und Charakterfestigkeit. So habe ich es jedenfalls empfunden, in diesem ganz klaren Bekenntnis zur eigenen Fraktion und politischen Herkunft, aber auch in diesem ganz und gar überzeugenden Bekenntnis zur Zusammenarbeit und zur Verständnisbereitschaft über die Grenzen der eigenen Gruppierung hinaus. Und ein Zweites, die Rede des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Wegart anlässlich seiner letzten Wortmeldung als Landesfremdenverkehrsreferent in diesem Hause. Ich glaube, daß es mehr war als Disziplin, für mich war es einfach Haltung eines Mannes, der diese Aufgabe sehr, sehr gerne ausgeübt hat, der sie auch mit großem Erfolg ausgeübt hat und der zusammen mit seinem höchsten Beamten, dem Herrn Hofrat Dr. Gaisbacher, diese Aufgabe in jüngere Hände legt. Da mag gerätselt worden sein, und da mögen echte Tränen und Krokodilstränen vergossen worden sein in diesem Zusammenhang – es ist jedenfalls ein sehr eindrucksvolles Beispiel von politischer Verantwortung. Ich danke den beiden Herren persönlich auch aufrichtig und herzlich. (Allgemeiner Beifall.) Es sind der Vorstand der Agrar-

technischen Abteilung, Hofrat Dipl.-Ing. Günther Adensamer zusammen mit Hofrat Gaisbacher, mit dem Bezirkshauptmann von Leibnitz, Wirkl. Hofrat Dr. Walther Liebenwein, dem Vorstand der Fachabteilung in der Agrarbezirksbehörde, Hofrat Dipl.-Ing. Heinrich Riedl, zusammen mit dem Hofrat Sölkner, dem Chef der Fachabteilung Ia, der schon im Sommer ausgeschieden ist, dem Herrn Primarius Dr. Zierler des Landeslungenkrankenhauses Hörgas-Enzenbach und es ist schließlich Herr Wirkl. Hofrat DDr. Gerd Stepantschitz, der als ärztlicher Direktor und insbesondere in der Funktion der IV. Medizinischen Abteilung, eine vorbildliche Arbeit geleistet haben. Ich möchte diesen Herren namens der Landesregierung und bei dieser Gelegenheit ein Wort aufrichtigen Dankes und alle guten Wünsche für die Zukunft sagen. (Allgemeiner Beifall.)

Und lassen Sie mich auch einen Dank sagen dem Landesfinanzreferenten Landesrat Dr. Christoph Klaußer mit seinen Herren Hofrat Kriegseisen, dem Leiter der Landesbuchhaltung, Reg.-Rat Ramschak, und dem Herrn Pirzl, mit allen Beamten, die in einem hohen Maße und in großer Zahl für die Erstellung dieses Budgets die technische und auch beamtenmäßige Verantwortung tragen. Es ist ein Lob, das insbesondere auch diesen Herren gilt, darüber hinaus aber natürlich den Damen und Herren des Landtages und der Regierung. Der Budgetreferent des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung – jetzt fernab des Streits um Zahlen und auch der Einschätzung derselben, die naturgemäß auf der einen Seite des Hauses anders ausfallen als auf der anderen, insbesondere in den sensiblen Bereichen, das liegt ja auf der Hand – hat festgestellt, daß sich das steirische Budget als Leistungs- und Finanzierungshaushalt charakterisieren läßt, von dem große Nachfrageimpulse ausgehen. Ich möchte nicht fortfahren, in dem, was eben in der Unterscheidung des Landes- und des Bundesbudgets in dieser Hinsicht gesagt wurde – das war Gegenstand strittiger Diskussionen in diesem Hause –, aber lassen Sie mich, meine Damen und Herren, ein Wort noch sagen im Zusammenhang mit der Situation, in der wir uns befinden, vor allen wirtschaftlich: In dieser krisenhaften Lage, die uns allen alles abfordert, bemühen wir uns gerade in unserem Lande redlich, jeder in seiner Weise, unseren Beitrag zu leisten. Der Weltbankpräsident Clausen hat in einer kürzlichen Rede davon gesprochen, daß die Weltwirtschaft in dieser Stunde aufgefordert sei, eine „disziplinierte Expansion“ zu betreiben. Ich glaube, ein gutes Wort, wenn er hinzufügt, eine disziplinierte Expansion, die weder ein Wiederaufleben der Inflation noch Zahlungsbilanzprobleme hervorrufen dürfe. Und der Vorsitzende des Rates der sogenannten fünf Weisen in der Bundesrepublik Deutschland, Professor Sievert, hat seinen Bericht überschrieben mit dem Wort „Gegenpessimismus“,

und er hat ihn so interpretiert, daß, so berechtigt die Warnung vor Illusionen sei, ohne Selbstvertrauen die Verschlechterung der wirtschaftlichen Erwartungen sich selbst antreiben und die Zeichen der Krise, die Chancen auf längere Sicht allzusehr verdunkeln können. Und wir wissen schon selbst, wie kritisch wir sein müssen, diesen injizierten Eigenblutinjektionen gegenüber, sozusagen in der Form sich selber Mut zu machen und Optimismus sich selber zuzusprechen. Aber, meine Damen und Herren, es ist einmal die Aufgabe der Führung eines Landes, eines Betriebes, eines Staates, gerade auch in diesen so schwierigen Zeiten, diesen Mut nicht untergehen zu lassen, diese Überzeugung zu fördern, daß wir miteinander in der Lage sind, mit diesen Problemen fertig zu werden. Schwer genug sind sie zu lösen. Schwer genug trifft das Los und das Schicksal Tausende von Arbeitslosen und Menschen, die die Kurzarbeit leisten müssen. Wir wollen gerne bei einer solchen Gelegenheit – wirklich auch fernab der Einschätzung jedes einzelnen in seiner Position – alles dazutun, um das Gemeinsame, um auch die Solidarität im besten Sinne des Wortes zu stärken und ihr das Wort zu reden. Es gibt ein Wort, das Erzherzog Johann ausgesprochen hat, das ich an diesem Tag und am Ende der Budgetdebatte gerade im Jahr des Gedenkens für ihn abschließend Ihnen auch gerne zitieren möchte. Ich glaube es denken viele Steirer so. Ich glaube es denken vor allem Sie, meine Damen und Herren, in diesem Hohen Hause so. Er schreibt: „Eine Übersicht zeigt, welch ein Land die Steiermark ist. Wie stille Täler, hohe Alpen in der großen Natur mit sanften bebauten und bewohnten Höhen und herrlichen Flächen abwechseln. Da wiederhole ich mir immer, nichts über Dich Steiermark.“ Ich glaube, meine Damen und Herren, daß wir dieses Bekenntnis in der Realität und in der Existenz der arbeitenden Menschen dieses Landes tagtäglich immer wieder erleben. In diesem Sinne darf ich Ihnen, Ihren Familien Glück und Erfolg und auch, soweit überhaupt möglich, besinnliche Tage des Advents wünschen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Herr Landeshauptmann, Hohe Landesregierung, meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Im Namen des Landtages, Herr Landeshauptmann, danke ich für die Wünsche. Ich erwidere sie, für den Herrn Landeshauptmann, für seine Stellvertreter und für die übrigen Mitglieder der Landesregierung. Ihnen allen, meine verehrten Damen und Herren des steirischen Landtages, wünsche ich gesegnete Weihnachten und 1983 als ein neues Jahr der Zuversicht, der Gesundheit und der gedeihlichen Zusammenarbeit. Die Sitzung ist geschlossen. (Allgemeiner Beifall. – Ende der Sitzung: 21.25 Uhr.)